



AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin

2V 7426 E

2,50 DM

Oktober

10/1983

14. Jahrgang

Vom Regionalkonflikt zum 3. Weltkrieg?

Tschad - Konflikt • Gewalt und Frieden am Beispiel Südafrika



Guatemala • Surinam
Philippinen
Südafrika

Inhalt

AIB-Aktuell:
Die Friedensbewegung im
„heißen Herbst“ 3

Frieden und Dritte Welt
Regionalkonflikte und
Weltkriegsgefahr 4
Aus dem Tagebuch des
3. Weltkriegs 9
Wie legitim ist
der Befreiungskrieg?
Das Beispiel Südafrika 10

Tschad
Die Ursachen des
Tschad-Konflikts 14
Die Tschad-Intervention
Frankreichs 18

Südafrika
Widerstand auf breiter Front 22
Deklaration der UDF 23

Surinam
Abkehr von der
„holländischen“
Demokratie 30
Gespräch mit
Staatschef Bouterse 32
Interview mit
Minister Sankatsingh 34

Guatemala
Das Gorilla-Karussell 36

El Salvador
Interview mit
Mario Antonia (2) 40

Philippinen
Der Mord an Aquino –
ein Signal 42

Ost-Timor
Die Wiedergeburt
der FRETILIN 44

Rückblick
60 Jahre Türkische Republik 46

Rezension
Unterentwicklung und Rüstung 47

Infodienst 48

Kurzinformationen 49

Kommentar
Der Fall Altun 52



Worum geht's im Tschad-Konflikt? S. 14

Folgt man dem Bild, das die Salonmedien vom Kriegsschauplatz Tschad zeichnen, so liegt die Wurzel allen Übels bei Libyens Revolutionsführer Ghaddafi begraben.

Die Interventionsmächte Frankreich, USA oder Zaire hingegen bleiben ungeschoren. Die inneren Ursachen des Dauerkonflikts im Tschad und die Schlüsselrolle Frankreichs in Afrika bleiben weitgehend im Dunkeln. Wir hellen auf.



Regionalkonflikte und 3. Weltkrieg S. 3

Die Gefahr eines atomaren Infernos geht keineswegs nur von der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Europa aus. Die Eskalationsspirale kann genauso gut von der Golfregion, vom Krisenherd Karibik/Mittelamerika oder von Korea ihren Ausgang nehmen. Das zeigt unsere Rückschau auf die Weltkrisenerfahrungen seit 1950. Das verheißen die Atomkriegspläne der USA von damals und heute.



Surinams vorsichtige Revolution S. 30

In Surinam, dem ehemaligen niederländischen Guayana, kam 1980 ein international kaum beachteter Veränderungsprozeß in Gang. Eine Gruppe linker Militärs um Desi Bouterse lenkt ihn zusehends in grenadinische Bahnen. Harald Meinke war am Ort des Geschehens.

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (064 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Julia von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Adressänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in

Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionskollektiv: Nico Biver, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer.

Mitarbeiter dieser Ausgabe: G. Diederichs, P. Garcia, P. Grund, M. Kolter, H. Meinke, N. Mina, J. Ostrowsky, P. Rosales, L. Schmitz, B. Weng, L. Wöhrmann

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 16. September 1983

Anzeigen: Jugenddienst/Hammer-Verlag, Pahl-Rugenstein Verlag, Weltkreis Verlag, Magazin-Verlag, Solidaritätsshop 3. Welt, GEB, Demokratische Erziehung, Forum, Koordinationsbüro Herbst '83, Koordinationskreis Dritte Welt, SCI, Brennpunkt Mittelamerika

AIB-Aktuell: Die Friedensbewegung im „heißen Herbst“

„Vom ersten Tag ihres Amtsantritts an war die Reagan-Administration darum bemüht, das amerikanische Volk für eine Konfrontation in der Welt zu 'konditionieren'. Diese Regierung hat nicht das geringste Interesse an Rüstungskontrolle, an Abrüstung, an Frieden. Von Anfang an juckte es diese Leute, Krieg zu führen.“ Der dies sagte, ist kein notorischer Antiamerikanist, sondern I.F. Stone, der seit den 40er Jahren zu den angesehensten politisch-militärischen Kommentatoren der USA gehört.

Es scheint so, als sei die Regierung Reagan in den letzten Wochen ein Stück auf diesem Weg vorangekommen. Der Abschub einer südkoreanischen Passagiermaschine, die Anfang September d.J. den sowjetischen Luftraum bei Sachalin verletzt hatte, wurde zu einer hysterischen Kampagne benutzt, um die weltpolitische Konfrontation gegen die UdSSR, das „Zentrum des Bösen“ (R. Reagan), auf die Spitze zu treiben und die Raketenstationierung in Westeuropa durchsetzbar zu machen.

Ohnehin konnten hinter der Kulisse einer antisowjetischen Hysterie in Washington bereits neue gefahrbringende Fakten geschaffen werden:

Da passierte der für das Pentagon beantragte Rekordhaushalt von 187,5 Mrd Dollar für das Haushaltsjahr 1984, mit dem u.a. das MX-Programm und die Produktion von Nervengas finanziert werden sollen, ohne große Diskussion Repräsentantenhaus und Senat. Da hieß es in brücker Zurückweisung eines entsprechenden sowjetischen Angebots, ein Teststoppvertrag liege nicht im Interesse der USA, weil „Atomtests für die Entwicklung, Modernisierung und Einstufung von Gefechtsköpfen sowie die Aufrechterhaltung der Verlässlichkeit und die Auswertung von Auswirkungen nuklearer Waffen erforderlich sind“.

Da steigerte Washington die Zahl seiner Soldaten, die auf US-Kriegsschiffen vor der libanesischen Küste stationiert sind, binnen kurzer Zeit von 1.900 auf mehr als 12.000, wodurch – rechnet man die Marines im Rahmen der multilateralen Friedenstruppe auf libanesischem Boden hinzu – der Gesamtumfang der US-amerikanischen Libanonpräsenz auf mehr als 14.000 Mann anwuchs. Ihr direktes Eingreifen in die Kämpfe um Beirut wurde Mitte September d.J. zusehends dreister. Nun droht ihre unmittelbare Konfrontation mit Syrien und den verbliebenen PLO-Einheiten.

Da gab es schließlich neue starke Worte zum Mittelamerikakonflikt: Ein militärischer Sieg der USA in diesem „Hinterhof“ sei „notwendig“, so Unterstaatssekretär Fred Ikle. Deshalb könne es erforderlich werden, daß „wie in Korea und Westdeutschland“ US-Truppen in Mittelamerika stationiert werden müßten. Es sind ohnehin erst einmal ca. 5.600 US-Militärs bis März 1984 auf Manöver in Honduras (siehe AIB 9/1983, S. 4ff.).

Nicht genug der regionalen und globalen Spannungen, verwehrten die US-Behörden dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko auch noch das verbriefte Recht, zu der gegenwärtig tagenden UN-Vollversammlung in New York mit einer Aeroflot-Maschine zu landen.

Kann die Stationierung verhindert werden?

Alle diese Zuspitzungen wurden durch die Reagan-Administration zu einem Zeitpunkt in die Wege geleitet, da zentrale Behauptungen, auf denen die Propagandakampagne um den Luftzwischenfall anfänglich aufbaute, durch den CIA bereits zurückgenommen worden waren; so die Behauptung, die Sowjets hätten den Jumbo eindeutig als Zivilflugzeug identifizieren müssen und entgegen internationalem Luftfahrtrecht nicht versucht, die Jumbo-Besatzung auf ihre Verirrung aufmerksam zu machen.

Weiter war bekannt geworden, daß sich zur selben Zeit ein US-Spionageflugzeug mit ähnlicher Silhouette im fraglichen Gebiet aufgehalten hatte. Und längst war auch recherchiert worden, daß seit 1947 32 Zivilflugzeuge aus dem gleichen Grund wie jetzt über der Sowjetunion abgeschossen worden waren: wegen Verletzung fremden Luftraums. Z.B. 1973 eine libysche Verkehrsmaschine durch israelische Abfangjäger...

Es bleibt somit – jenseits der hysterischen Reaktion der Washingtoner und auch der Bonner Regierungskreise – das entsetzliche Schicksal der 269 Insassen der südkoreanischen Maschine. Es muß jedoch – mit General Bastian – in Rechnung gestellt werden, daß solche Vorfälle nur auf dem Hintergrund einer konfrontativen Weltlage erklärbar und Wiederholungen nur im Zuge einer Entspannung künftig vermeidbar sein dürften.

Durch die Stationierung neuartiger atomarer Erstschlagwaffen vom Typ Pershing II und Cruise Missile vor der Haustür der UdSSR, hier



Kilometerlange Menschenkette anlässlich der Blockade des Stationierungsorts Mutlangen im September d.J.

in Westeuropa, aber würde der Spannungszustand auf Dauer festgeschrieben.

Trotz der aktuellen Hysterie, die wenig Hoffnungen auf konkrete Verhandlungsergebnisse in Genf gibt, sind die Ausgangsbedingungen für die Verhinderung der Raketenstationierung in diesem Herbst günstiger als es die demonstrative Entschlossenheit der Nachrüstungsbeifürworter vermuten läßt. Immerhin sind jetzt – laut dem ZDF-Politbarometer vom August d.J. – über 75% der bundesdeutschen Bevölkerung gegen die Stationierung.

Daß die Bundesregierung in einer hunderttausendfach an private Haushalte verteilten Broschüre für die NATO-„Nachrüstung“ wirbt, signalisiert ebenso die Schwäche und Nervosität der Stationierung Anhänger wie die Tatsache, daß die Reagan-Administration mittlerweile selbst demoskopisch erkunden läßt, ob Bundeskanzler Helmut Kohl seine Stationierungszusage hierzulande überhaupt politisch durchsetzen kann.

Wesentlicher noch erscheint: Die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik kreist immer stärker um den eigentlich entscheidenden Punkt, daß die USA mit dem Vollzug der Raketenstationierung einen zentralen Teil ihrer Strategie des Erstschlags, der Enthauptung und des begrenzten Atomkriegs in die Tat umsetzen würden, um den Preis einer realen Existenzgefährdung der Bundesrepublik. Wenn angesichts des eklatanten Widerspruchs zwischen dem deutschen Risiko und der deutschen Rechtlosigkeit im Stationierungsfall bis in das Lager der entschiedensten „Nachrüstungs“-Beifürworter hinein Irritationen entstehen und Versuche der Schadensbegrenzung unternommen werden (siehe die Debatte um den „Waldspaziergang“ oder die Forderung von H. Apel (SPD) und F.J. Strauß (CSU) nach einem bundesdeutschen Mitspracherecht beim Atomwaffeneinsatz), dann spiegelt sich hierin auch die argumentative Kraft der Friedensbewegung, die Breite und Vielfalt ihrer Aktionen.

Die Friedensbewegung selber wäre freilich schlecht beraten, wenn sie sich an der variantenreichen Diskussion um Zwischenlösungen usw. beteiligen würde. Ihre wichtigste und zentrale Aufgabe in diesem Oktober besteht darin, durch breiteste und vielfältigste Aktionen dafür zu sorgen, daß aus der demoskopischen Mehrheit der Stationierungsgegner eine aktiv handelnde Mehrheit wird. Wenn dies gelingen sollte, würde die Widerstandswoche gegen die Stationierung neuer Atomraketen mit ihren drei zentralen Volksversammlungen für den Frieden in Bonn, Hamburg und Stuttgart/Ulm am 22. Oktober d.J. nicht nur zu einem Demonstrationsereignis ohne historische Parallele in der Bundesrepublik. Es bestünden darüber hinaus reale Aussichten, einen praktischen Erfolg zu erzielen.

Wolfram Brönner

Regionalkonflikte und Weltkriegsgefahr

Wie leicht im Atomzeitalter regionale Konflikte in eine weltweite Konfrontation einzumünden drohen, das machten in den letzten Jahrzehnten verschiedene Szenarios in Ostasien, dem Nahen und Mittleren Osten sowie im karibisch-mittelamerikanischen Raum deutlich.

Im **Koreakrieg** (1950-53), wie im Fall **Vietnam**, spielten einflußreiche Kräfte in den USA mit dem Gedanken, dem Befreiungskampf dieser Völker mit dem Einsatz von Atomwaffen ein Ende zu machen. So geschehen beispielsweise 1954, als die Kolonialmacht Frankreich angesichts der Belagerung ihrer Festung Dien Bien Phu einer Niederlage gegen die vietnamesische Volksarmee entgegensah.

Damals war man in Washington der Auffassung, Vietnam könne durch die Androhung oder den Einsatz von Atomwaffen „gerettet“ werden. Und US-Außenminister Dulles bot Frankreichs Premierminister Bidault drei taktische Atomwaffen an, mit denen die Belagerung Dien Bien Phus zu beenden sei. Frankreich lehnte ab, unterlag und machte den USA Platz als Interventionsmacht.

Warnzeichen Kubakrise 1962...

In Korea wie im Vietnamkrieg (1964-73) gingen die USA ganz bewußt das Risiko einer globalen Kriegseskalation ein, denn man führte Krieg gegen Vorposten des sozialistischen Lagers – in Korea sogar gegen Freiwilligentruppen Chinas. In der Kubakrise vom Oktober 1962 kam es zu der bislang gefährlichsten Konfrontation zwischen den beiden führenden Weltmächten USA und Sowjetunion überhaupt. US-

Präsident J.F. Kennedy verfügte damals eine Seeblockade gegen die Karibikinsel und verkündete seine Entschlossenheit, die angelaufene Stationierung einiger Dutzend sowjetischer SS-4-Atomraketen um jeden Preis zu verhindern.

In jenen Oktobertagen fielen zwei weltpolitische Entscheide zusammen: Zum einen ging es um die Frage, ob die 1959 siegreiche kubanische Revolution verteidigt oder durch die Invasion von US-Kampftruppen zerschlagen würde, nachdem die vom CIA organisierte Söldnerinvasion 1961 in der Schweinebucht zurückgeschlagen worden und der erhoffte „Volksaufstand“ gegen die Revolutionsführung um Fidel Castro ausgeblieben war. Der sowjetische Präsident Nikita Chruschtschow wollte mit der Installierung von Raketen auf Kuba im Herbst 1962 die Kennedy-Administration von einer neuerlichen Invasion abschrecken.

Zum anderen zog die Sowjetunion in einem Aufrüstungsschub nach, den der NATO-Gipfel vom Dezember 1957 in Paris vorgezeichnet hatte, als er die Stationierung von atomaren US-Mittelstreckenraketen des Typs Jupiter in der Türkei und Italien beschlossen hatte.

Insgesamt 105 landgestützte atomare US-Mittelstreckenraketen der Typen Jupiter und Thor (davon 60 Stück in Großbritannien) wurden denn auch im Jahr 1960 auf türkischem, italienischem und britischem Territorium, also in Reichweite zur UdSSR in Stellung gebracht. Die Sowjetunion hielt dem 1960/61 Atomraketen des Typs SS-4 und SS-5 entgegen, die auf Westeuropa gerichtet waren.

Als die Sowjetregierung dann im Herbst 1962 auf Kuba entsprechende atomare Mittelstreckenraketen zu installieren begann, gerieten die USA erstmals selbst in Reichweite geg-



Manöver der Schnellen Eingreiftruppe in Ägypten (l.); Atomkriegs-Einsatzzentrale der USA in Nebraska

nerischer Atomraketen – ein Gegengewicht, das Washington zunächst einmal mit einer Gratwanderung am Rande des 3. Weltkrieges konterte.

Im Ergebnis der Karibikkrise zog die Sowjetunion ihre Atomraketen von Kuba ab, die USA gingen eine Nichtangriffsverpflichtung gegenüber Kuba ein und entfernten ihre landgestützten Mittelstreckenraketen aus der Türkei und Italien.¹

Die akute Gefahr einer globalen Eskalation birgt seit den 50er Jahren die Region des Nahen und Mittleren Ostens in sich.² Von Washington wird diese Region wegen ihrer geographischen Nähe zur Sowjetunion als „Aufmarschraum“ bzw. „Luftstützpunkt ... des Kriegsplanes der (NATO-)Alliierten“³ und als „unsere“ Ölregion gehandelt. D.h. sie gilt als sog. westliche Interessensphäre, in der man eine außerordentliche Militärpräsenz und ein Interventionsrecht beansprucht – ohne dies umgekehrt der Sowjetunion in der Karibik, also in einer vergleichbaren Nähe zu den USA, zuzugestehen.

...und Nahostkrieg 1973

Desweiteren bleibt der Nahe und Mittlere Osten hauptsächlich so explosiv, weil die USA an ihrer überdimensionalen Militär- und Wirtschaftshilfe (derzeit um die 3 Mrd Dollar jährlich, ein absoluter Weltrekord) für den Kriegskurs Israels festhalten und weil die Sowjetunion dem ihre Unterstützung der arabischen Frontparteien (Palästinensische Befreiungsorganisation – PLO und Syrien, ehemals Ägypten) entgegenhält.

Plötzlich im Raum stand die globale Konfrontation USA – UdSSR während des 4. Nahostkrieges im Oktober 1973. Damals reagierte US-Präsident Richard Nixon auf die anfänglichen Positionsgewinne Ägyptens und Syriens, die u.a. durch eine sowjetische Luftbrücke und den SAM-Abwehraketenschirm ermöglicht worden waren, mit einer Mobilisierung von 2,2 Mio US-Militärs, die Atomstreitmacht inbegriffen. R. Nixon gestand im Nachhinein selbst ein, daß er damit „die schwerste Krise, die wir seit der kubanischen Konfrontation im Jahr 1962 erlebt haben“⁴ heraufbeschwor.

Es versteht sich, daß in einer angespannten Weltlage in die-

sen wie ähnlichen Fällen die Gefahr des Ausufers eines Regionalkrieges zum Weltkonflikt ungleich größer ist. Eine globale Eskalationsgefahr ergab sich nach dem 2. Weltkrieg, das signalisieren unsere Beispiele oder vergleichbare Zuspitzungen in Westeuropa (Berlinkrisen), stets aus Situationen heraus, in denen ein direktes Aufeinanderprallen von Streitkräften oder Atomwaffenträgern der Weltmächte USA und Sowjetunion möglich schien.

Zwischenzeitlich, in der Phase der Ost-West-Entspannung der 70er Jahre, wurde diese Gefahr abgeschwächt. Denn im Anschluß an ihren verlorengegangenen Vietnamkrieg (1964-73) schworen die Regierungskreise in Washington dem direkten Militärinterventionismus in der sog. Dritten Welt ab und verringerten ansatzweise die US-Militärpräsenz. Sie pflegten den politischen Dialog mit dem sozialistischen Widerpart Sowjetunion, vereinbarten Rüstungsbegrenzungsabkommen (SALT I und II) und akzeptierten darin ein „annäherndes strategisches Gleichgewicht“ zwischen den beiden Paktsystemen NATO und Warschauer Vertrag.

Mit dem Rückfall Washingtons in einen globalen Konfrontationskurs, den Präsident Jimmy Carter 1979/80 einleitete und Ronald Reagan auf die Spitze trieb, hat sich der weltpolitische Konfliktstoff wiederum erhöht. Mehr noch, die in der US-Globalstrategie der 80er Jahre sichtbaren neuen Elemente laufen darauf hinaus, daß die Schwelle des Übergangs vom regionalen zum globalen Konflikt jäh gesenkt, daß auch die Dritte Welt als Schlachtfeld eines atomaren Infernos fest mit einkalkuliert wird.

Rückfall unter Carter/Reagan

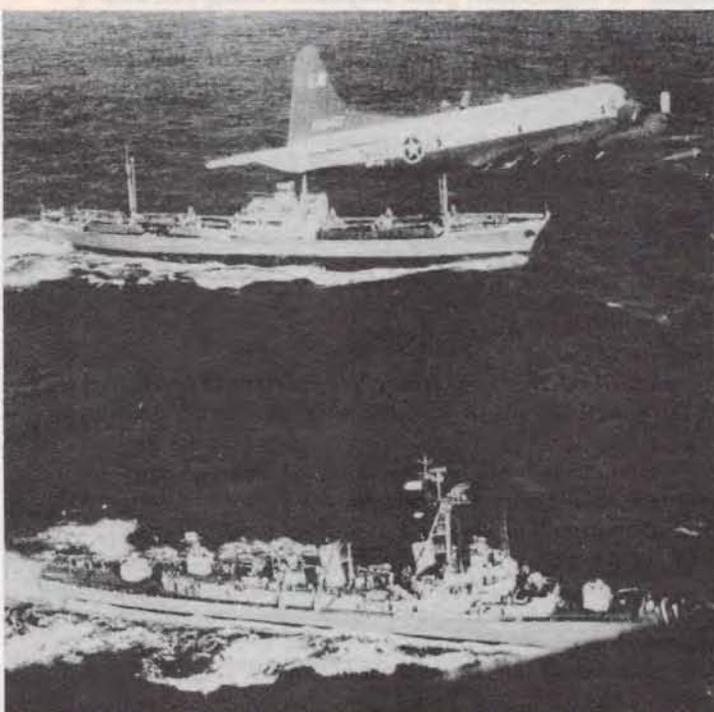
Bei den von den Reagan'schen Weltherrschaftsambitionen herrührenden Gefahrenmomenten, die in Richtung einer globalen Eskalation drängen, verdienen folgende besondere Beachtung:

- Mit der von der Reagan-Administration angestrebten **militärischen Überlegenheit** und „**Erstschlagskapazität**“ im Atomkriegsplan (MX-Interkontinentalraketen, Pershing II, Cruise Missiles) geht eine internationale Destabilisierung und Untergrabung der Verhandlungsbasis zwischen den Kontrahenten USA und UdSSR einher. Je mehr das annäherungsweise strategische Gleichgewicht zugunsten der NATO verschoben wird, desto größer wird die Versuchung der aggressivsten imperialistischen Kreise, regionale Konflikte auszuweiten (bis zu einem Punkt, an dem sie jederzeit in ein internationales Krisenszenario einmünden können) oder gar sie bewußt zu einer globalen Konfrontation zu mißbrauchen.

- Mit der Reagan'schen Mär vom „**begrenzten Atomkrieg**“ in bestimmten Krisenregionen (Europa, Golfregion, Ostasien usw.) und der Umdeutung von atomaren Waffenarten wie den **Neutronenwaffen** in angeblich „konventionelle“ Gefechts Waffen⁵ wird die Schwelle zwischen konventionellem Regionalkrieg und atomarem Weltkonflikt gefährlich gesenkt, wenn nicht verwischt.

- Mit dem Rückgriff Washingtons auf den **direkten Militärinterventionismus** in der Dritten Welt und dem Reagan'schen Konzept der gleichzeitigen Kriegführung auf mehreren Kriegsschauplätzen (u.U. auch vorbeugend!) wird die Wahrscheinlichkeit, daß es zur Globalisierung von Regionalkrisen kommt, dramatisch erhöht. Das gilt umso mehr, als man die neuformierte **Schnelle Eingreiftruppe** der USA von 200.000-400.000 Mann sowohl mit modernsten konventionellen Waffen als auch mit einem Arsenal von Atomwaffen (Cruise Missiles, Neutronenwaffen usw.) ausrüstet.

Als Einsatzgebiete dieser atomar-konventionellen Interventionstruppe sind vorrangig die Golfregion und der mittelamerikanisch-karibische „Hinterhof“ der USA vorgesehen,



Oktoberkrise 1962: US-Kriegsschiffe und Flugzeuge bedrängen in der Karibik sowjetische Schiffe.



Atompilz nach dem Abwurf der ersten Atombombe über Hiroshima am 6. 8. 1945; US-Kampfhubschrauber im Vietnamkrieg

Atomkriegspläne und -drohungen in Serie

Regierungskreise in Washington drohten seit dem Abwurf der ersten US-Atombomben gegen Japan im August 1945 in mindestens 20 Fällen den Ersteinsatz von Atomwaffen an. Die meisten dieser Atomkriegsdrohungen und -pläne zielten gegen die Sowjetunion bzw. das sozialistische Lager oder Länder der Dritten Welt. Im Zeitraum 1945-50 verfaßten der Nationale Sicherheitsrat (NSC) und die Vereinigten Stabschefs der USA eine Reihe von Atomkriegsplänen (darunter der Plan „Dropshot“ (1949) und das Memorandum NSC-68, das übrigens 1950 Paul Nitze, R. Reagans Chef-Unterhändler in Genf, produzierte), in denen ein Präventivkrieg bzw. ein „globaler Vernichtungskrieg“ gegen die UdSSR kalkuliert wurde. Mit Atombombenabwürfen auf 70 sowjetische Städte bzw. Industriezentren sollte das Strategische Luftkommando (SAC) einen massiven „Erstschlag“ führen und eine „Zangenoperation“ der US-Landstreitkräfte vom Westen und Süden her gegen die UdSSR vorbereiten (siehe dazu: B. Greiner/K. Steinhaus, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?, Köln 1980, S. 22ff.).

In einem Mitte der 50er Jahre von der US-Regierung entworfenen „Optimum Plan“ ging man vom Abwurf von 600-700 Atombomben über der UdSSR in einem simultanen Schlag aus, wodurch „praktisch ganz Rußland innerhalb von 2 Stunden in ein rauchendes, strahlenverseuchtes Trümmerfeld verwandelt würde“. (Zit. nach: CounterSpy, Washington, Jg. 6, Nr. 4, Juli-August 1982)

Was hielt die Regierungen Truman, Eisenhower oder Nixon immer wieder vom „atomaren Präventivkrieg“ ab?

Einmal die Tatsache, daß die UdSSR 1949 das Atomwaffenmonopol der USA durchbrechen, dann bis Mitte der 50er Jahre die Wasserstoffbombe entwickeln und ihr Gegenpotential an Atombomben auf ca. die Hälfte des US-Arsenals aufstocken konnte. Damit wurde das den US-Kriegsplänen wie in Dropshot (hier war der D-Tag, der Angriffstermin auf den 1.1.1957 veranschlagt) zugrundegelegte Kräftegleichgewicht USA – UdSSR zu deutlich verschoben, das laut Dropshot einen „Stand der Entwicklung von Atomwaffen in der UdSSR den USA am D-Tag einen quantitativen Vorteil von 10:1“ vorgeben sollte (B. Greiner/K. Steinhaus, Auf dem Weg..., S. 37).

Zum anderen ließen mächtige internationale Antikriegsbewegungen, die sich gerade in den USA selbst und Westeuropa entfalteten, die Verantwortlichen in Washington vor dem Erstschlag zurückschrecken. Im Fall des Koreakriegs scheute Präsident Dwight Eisenhower letztlich einen Atomwaffeneinsatz, weil wegen des UN-Mandats für die von den USA dominierten Interventionstruppen der internationale Gegendruck zu stark geriet. Im Fall des Vietnamkrieges (1964-73) wurde der von der Nixon-Administration angeordnete Atomwaffeneinsatz vor allem deshalb nicht wahrgemacht, weil die Antikriegsbewegung im eigenen Land so stark geworden war und die Sowjetunion inzwischen ein annähernd gleichwertiges strategisches Gleichgewicht erlangt hatte. Richard Nixon, für den der 3.

Weltkrieg längst begonnen hat, machte in seinen Memoiren die mangelnde Unterstützung im eigenen Land für die Niederlage „auf den Schlachtfeldern Vietnams“ verantwortlich.

Die Reagan-Administration hält ungeachtet der einseitigen sowjetischen Verzichtserklärung auf den Ersteinsatz von atomaren Waffen (1982/83) an der Doktrin des Ersteinsatzes von Atomwaffen fest. US-Außenminister Haig erklärte beispielsweise im April 1982: „Eine Strategie unter dem Motto 'kein Ersteinsatz!' (von Atomwaffen; d. Red.) wäre das Ende der flexible response (offizielle NATO-Strategie der abgestuften Erwidern) und damit zugleich das Ende der Glaubwürdigkeit der westlichen Abschreckungsstrategie.“ (Wireless Bulletin, Washington, 7.4.1982)

Durch die Rückerlangung der absoluten militärischen Überlegenheit der USA bzw. NATO will Washington einen Atomkrieg wieder führbar und gewinnbar machen. Einer der maßgeblichen Reagan-Berater, Colin S. Gray, hat die Reagan'sche Direktive „Sieg ist möglich“ so vorgezeichnet: „...die sowjetische Führung wäre weniger von der amerikanischen Bereitwilligkeit, einen begrenzten Atomschlag zu führen, beeindruckt, als von einer glaubhaften amerikanischen Sieges-Strategie. Eine solche Theorie hätte das Ende des Sowjetstaates ins Auge zu fassen. Die Vereinigten Staaten sollten planen, die Sowjetunion zu besiegen, und dies zu einem Preis, der eine Erholung der USA erlauben würde. Washington sollte Kriegsziele festlegen, die letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegs-Weltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht, in Betracht ziehen.“ (Foreign Policy, Washington, Sommer 1980)

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger ließ keinen Zweifel daran, daß ein solcher Atomkrieg in den Augen des Pentagon heute nur als globale Schlacht, unter weitgehender Einbeziehung der Dritten Welt also, denkbar ist: „...leicht irritiert haben mich akademische Debatten wie die, ob wir uns auf eineinhalb Kriege vorbereiten sollten oder auf zweieinviertel Kriege. Solch künstliche Annahmen vernachlässigen sowohl die Risiken, als auch die Gelegenheiten, denen wir uns gegenüber sehen könnten. Wir müssen bereit sein, uns mit der militärischen Macht der Sowjetunion auseinanderzusetzen, wie immer sie eingesetzt werden sollte. Und wenn die Abschreckung versagt, müssen wir fähig sein zu gewinnen, um zu überleben... Wir werden uns nicht beschränken, einer Aggression an der betreffenden unmittelbaren Front entgegenzutreten. Wenn wir zum Krieg gezwungen werden, müssen wir bereit sein, Gegenoffensiven in anderen Regionen zu führen und zu versuchen, die Schwächen des Aggressors auszunutzen, wo immer sie sich zeigen.“ (Wireless Bulletin, 18.6.1981)

Dieses Konzept liegt den neuesten Atomkriegsplänen Washingtons zugrunde, wie sie in J. Carters Präsidenten-Direktive PD-59 vom Jahre 1980 und im Leitlinien-Dokument der Reagan-Administration vom Jahr 1982 fixiert ist.

aber sie hat die Mobilität, um in jeder beliebigen anderen Region mit Raketen, B-52-Kampfflugzeugen, Kriegsschiffen, Infanterie, Panzern, Artillerie usw. einzugreifen. Sie kann also morgen genauso gut im Südlichen Afrika, in Korea, Libanon/Syrien oder Libyen den atomaren Schlagabtausch eröffnen.

Die von Washington betriebene „doppelte Einsetzbarkeit“ dieser Schnellen Eingreiftruppe⁶ birgt somit für die nächste Zukunft eine Verdoppelung der Eskalationsgefahren in sich. Diese von der Reagan-Administration entworfene Strategie ist nachzulesen in dem „Leitlinien-Dokument“ des Pentagon, das in Teilen in der New York Times vom 31.5.1982 enthüllt wurde.

„Das Dokument“, so heißt es da, „offenbart eine Strategie, der zufolge die Streitkräfte bereit sein würden, im Falle eines langen konventionellen Krieges mit der Sowjetunion Schläge gegen das sowjetische Mutterland und gegen sowjetische Verbündete wie Kuba, Vietnam und Nordkorea zu führen. (...)

In einem konventionellen Krieg, heißt es in dem Dokument, 'könnten Streitkräfte der USA gleichzeitig auf geographisch voneinander getrennten Kriegsschauplätzen benötigt werden', so zum Beispiel in Europa, Südwestasien und Korea. Insbesondere ist es, besagt das Dokument weiter, 'essentiell, daß die Sowjetunion mit der Aussicht auf einen umfassenden Konflikt konfrontiert wird, wenn sie versuchen sollte, die Ölquellen des Persischen Golfs zu erreichen'.

Das Dokument legt der Drohung mit simultaner Kriegführung in verschiedenen Teilen der Welt besonderes Gewicht bei. William P. Clark, Präsident Reagans Berater in Fragen der nationalen Sicherheit, erklärte in der vergangenen Woche, hochmobile amerikanische Streitkräfte würden nicht überall zugleich zuschlagen, sondern in einem Zielgebiet nach dem anderen. (...)

Das Pentagon will simultan zuschlagen

Die Schnelle Eingreiftruppe, deren Auftrag in der Verteidigung der amerikanischen Ölquellen um den Persischen Golf bestehen würde, soll aus bis zu fünf Armeedivisionen bestehen, zwei Divisionen und Flugzeuggeschwadern der Marineinfanterie, 10 Geschwadern mit B-52-Bombern, und es ist damit eine erheblich größere Truppe, als ursprünglich geplant war.

Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten sollen ihre Möglichkeiten ausbauen, 'befreundeten erdölproduzierenden Ländern bei der Reparatur, der Wiederinbetriebnahme oder der Verteidigung ihrer Erdölfelder und Fördereinrichtungen zu helfen'.

Marine und Luftwaffe sollen im Rahmen neuer Operationen zusammenarbeiten, um die Seewege zu verteidigen und sowjetische Schiffe zu bekämpfen, wobei die Luftwaffe die von AWACS-Radarflugzeugen gelieferten Informationen zur Verfügung stellt und Bomber einsetzt, die mit Antischiffsraketen ausgerüstet sind. (...)

Die Strategie für Südwestasien unter Einschluß des Persischen Golfs, wie sie in dem Papier dargestellt wird, fordert von den amerikanischen Streitkräften die Bereitschaft, sich, falls erforderlich, mit Gewalt Zugang zu verschaffen und nicht erst auf die Einladung durch eine befreundete Regierung zu warten, was bislang die öffentlich erklärte Politik war."

Unter solchen Vorzeichen kann der Reagan'sche „begrenzte Erstschlag“, der ein atomares Inferno auslösen dürfte, genauso gut im Indischen Ozean, im Westpazifik, in Westeuropa oder in der Karibik stattfinden.

Die Reagan-Administration hat wiederholt ihre Entschlossenheit zum Ersteinsatz von Atomwaffen bzw. zum atoma-

Zum Beispiel Korea

Im Koreakrieg (1950-53, zu Verlauf und Hintergründen dieses Kriegsgeschehens siehe AIB: 2/1976, S. 38-41) kamen nicht nur US-Truppen in einer Stärke von rund 85.000 Mann zum Einsatz. Es wurden in Washington auch eine Reihe von Sonderplänen zum Einsatz atomarer Waffen gegen Nordkorea, gegen die Truppenhilfe leistende VR China und die Sowjetunion ausgearbeitet, worüber in Regierungs- und Generalstabskreisen wiederholt diskutiert wurde. Am 30. November 1950, kurz nach seiner Bestätigung des Atomkriegs-Memorandums des Nationalen Sicherheitsrates NSC-68, erklärte Präsident Truman öffentlich, seine Regierung sei entschlossen, auch Atomwaffen gegen die „chinesische Aggression“ in Korea zu nutzen. Der erste Oberkommandierende der US-Streitkräfte in Korea, General McArthur, plädierte für den Einsatz von 30-50 Atombomben auf koreanischem Hoheitsgebiet und legte einen Stufenplan zur Ausweitung der Kriegshandlungen auf chinesisches Territorium vor.

Harry S. Trumans Tagebuchaufzeichnungen förderten später zu Tage, daß der US-Präsident im Zusammenhang mit dem Koreakrieg zumindest zweimal dessen Eskalierung zu einem Atomkrieg gegen China und die UdSSR erwog. So notierte er am 27.1.1952, man müsse Moskau ein Ultimatum von 10 Tagen stellen, jede weitere chinesisch-sowjetische „Einmischung“ zu beenden. Andernfalls werde man „die chinesische Küste blockieren ... und sämtliche erreichbaren Häfen und Städte eliminieren“. Und das bedeute, so Präsident Truman weiter, einen „umfassenden Krieg. Das bedeutet, daß Moskau, St. Petersburg (Leningrad; d. Red.), Wladiwostok, Peking, Schanghai, Port Arthur, Dairen, Odessa, Stalingrad und jede Produktionsstätte in China und der Sowjetunion eliminiert werden müssen.“ In einem Dokument des Nationalen Sicherheitsrates vom Januar 1951 wird bezüglich der Kriegsfront in Korea beklagt, „die freien Nationen sind in der Defensive, weil sie den Krieg auf die Art führen, ... welche die Sowjets am meisten begünstigt... Die freien Nationen bringen in politischen Diskussionen ihren größten Machtvorteil nicht zur Geltung, die Atombombe und die Fähigkeit sie einzusetzen.“

US-Stabschef Omar Bradley befand am 10.2.1953 vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats, „wir haben die taktische Anwendung der Atombombe oftmals diskutiert“, nämlich während des Koreakrieges. Präsident Dwight Eisenhower habe gemeinsam mit General Bradley und Außenminister John Foster Dulles für einen Atomwaffeneinsatz auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz plädiert. Konkret favorisierte D. Eisenhower damals den „Einsatz von taktischen Atomwaffen im Gebiet Kaesong“, scheute diesen letztlich jedoch wegen des UN-Mandats der Interventionstruppen und den Bedenken der Verbündeten.

(Zit. nach: CounterSpy, Washington, Jg. 6, Nr. 4, Juli-August 1982)



US-Artillerie im Koreakrieg 1951



US-Marines sind von Juli 1983 bis März 1984 in Honduras auf Manöver

ren „Warnschlag“ betont. Und Verteidigungsminister Caspar Weinberger ließ unumwunden verlauten, man werde nicht zögern, Atomwaffen auch gegen solche Gegner einzusetzen, die selbst über keine derartigen Waffen verfügen – also beispielsweise gegen Nordkorea, Kuba, Nicaragua oder Revolutionsprozesse in anderen Ländern. C. Weinberger begründete dieses „Erfordernis“ im übrigen damit, daß man sich ansonsten mit Gewißheit neue Vietnams einhandele, also siegreiche Befreiungsrevolutionen.

Auf die Frage, ob er „den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam empfohlen“ hätte, antwortete C. Weinberger: „Ich glaube, es ist immer noch möglich, gewisse Kriege mit konventionellen Streitkräften, ohne Einbeziehung von Atomwaffen, zu führen... Aber ich bin der Ansicht, daß, wenn man potentiellen Gegnern von vornherein zu verstehen gibt, man beabsichtigt nicht, gewisse Grenzen zu überschreiten, man fast sicher ein neues Vietnam haben wird... Immer, wenn man in einen Krieg eintritt, muß die Möglichkeit des Einsatzes aller verfügbaren Waffen offengelassen werden.“⁷

In Mittelamerika und der Karibik, wo Washington offen auf Invasionskurs gegen Nicaragua, Grenada und die Befreiungsbewegung El Salvadors gegangen ist, lautet die offizielle Formel, man werde keine „neuen Kubas“ mehr zulassen – so R. Reagan am 24. Februar 1982 vor der Organisation Ame-

rikanischer Staaten (OAS).

Die schrittweise Ausweitung des US-Interventionismus in dieser Region wurde zunächst damit gerechtfertigt, Kuba (und damit indirekt die UdSSR) und das 1979 befreite Nicaragua würden die salvadorianische Befreiungsbewegung mit einem Waffenstrom versorgen. Neuerdings bezeichnet die Reagan-Administration die Revolutionsprozesse in Nicaragua, El Salvador, Grenada und die Existenz Kubas schlechthin als „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ (R. Reagan) der USA.⁸ Es sei daran erinnert, daß R. Reagans außenpolitischer Beraterkreis in Sachen Lateinamerika, die Santa-Fé-Gruppe, im Jahr 1980 für den Fall der Erfolglosigkeit des gegenrevolutionären US-Interventionismus im karibisch-mittelamerikanischen Raum vorgesehen hat, dann müsse „ein Befreiungskrieg gegen Castro lanciert werden“.⁹ Die Kubakrise des Jahres 1962 aber dürfte Beweis genug dafür sein, wie fließend die Übergänge von der regionalen Kriegseskalation zum 3. Weltkrieg gerade hier angelegt sind. Entsprechendes gilt insbesondere für die südliche Nachbarregion der Sowjetunion, jenes Südwestasien, das von der Reagan-Administration als „lebenswichtige Interessensphäre“ auserkoren wurde, in welcher ein „Entscheidungskampf“ im Atomkriegsfall geführt werden müsse. Und sei es „vorbeugend“.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. zur Kubakrise besonders: D. Horowitz, Kalter Krieg, Berlin (-West) 1980, S. 183-197 und 355
- 2) Siehe Beiträge in: AIB 11-12/1981 und 1/1982
- 3) Zit. nach: U.S. News & World Report, Washington, 1.5.1953
- 4) Europa-Archiv, Nr. 1/1974, S.9
- 5) R. Reagan während seiner Wahlkampagne 1980: „Für mich ist der Neutronensprengkopf konventionell.“ Und: „Ich befürworte die Entwicklung und den Einsatz des Neutronengefechtsporfes für US-Einsatztruppen, einschließlich ballistischer Raketen, Marschflugkörper, Artillerie und Bomben.“ Zit. nach: Boston Globe, 30.3.1980; Washington Post, 24.4.1980
- 6) Zit. nach CH. Paines Studie in: MERIP Reports, London, Nr. 11, 1983. Übersetzung in: AIB 7-8/1983, S. 8 ff.
- 7) Ebenda
- 8) Siehe im einzelnen: AIB 4/1982, S. 4 ff.; 5/1983, S. 4-8; 7-8/1983, S. 60-63 und 9/1983, S. 4-7
- 9) Geheimdokument des Komitees von Santa Fé, Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre, hrsg. vom ASK, Frankfurt 1982, S.33

Zu den Herbstaktionen der Friedensbewegung 1983:

1.2.3. Welt



Frieden und Selbstbestimmung

Hrsg. vom Koordinationskreis 3. Welt (KK3W)

Mit folgenden Themen:

Mittelstreckenraketen und Dritte Welt • Die Rolle der BRD in der NATO-Gesamtstrategie • NATO-Strategie und Militarisierung im Südlichen Afrika • Frieden und bewaffneter Befreiungskampf am Beispiel Südafrika • US-Intervention in Mittelamerika • Soziale Entwicklung Nicaraguas seit der Revolution • Die Mittelamerikapolitik der Bundesrepublik • Fotodokumentation: Die Zerstörung Westbeiruts • Atomwaffen im Südpazifik • Munitionstransporte durch die BRD

36 Seiten

DM 3,-

Die Broschüre kann bezogen werden über: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1 (ab 10 Ex. 33% Rabatt). Bitte die Bestellkarte in der Hefmitte benutzen!

Anton-Andreas Guha: ENDE

Aus dem fiktiven Tagebuch des 3. Weltkrieges

Das Szenarium des Ausbruchs eines 3. Weltkrieges entwirft Anton-Andreas Guha (45), seit 1967 Redakteur der Frankfurter Rundschau und Autor mehrerer Bücher zur Militärpolitik, in seinem soeben im Athenäum Verlag (180 S., 16 DM) erschienenen fiktiven Tagebuch „Ende“.

Die weltweite Eskalation entsteht zunächst aus zwei regionalen Konfliktherden, Persischer Golf und Karibik: In der Bastion Saudi Arabien kommt es zum Linksputsch und Kuba wird von der US-Luftwaffe bombardiert. Es kommt zur Seeschlacht zwischen den Weltmächten USA und UdSSR im Indischen Ozean. Auf den Einsatz konventioneller Waffen folgt der „taktischer“ Atomwaffen, auf die Kriegseskalation in Schlüsselregionen der Dritten Welt folgt die Kraftprobe in Europa.

A.A. Guha spielt dann den „Ernstfall“, den totalen Atomkrieg auf deutschem Boden durch. Dabei gibt es nach einem 14tägigen atomaren Schlagabtausch und Überlebenskampf nichts mehr außer Tod, strahlenverseuchten Trümmerfeldern, Hunger, Panik und sozialen Auflösungserscheinungen. Hier einige Ausschnitte aus dem Anfangsteil dieses fiktiven Protokolls:

1. August, Mitternacht.

Ab morgen wird nichts mehr so sein wie bisher. Das Vertrauen der Bevölkerung zur Staatsmacht ist endgültig dahin. Ein Aufschrei der Empörung wird und muß folgen. Der Widerstand wird sich verstärken. Die Opfer sind nicht umsonst, wenn sie das drohende atomare Inferno abwenden können. Das Blut darf nicht vergeblich geflossen sein. Niemals in der Geschichte sind Menschen für eine gerechtere Sache gestorben: Für die Fortexistenz der Menschheit. Wie kann man die Totalität der Dimensionen und Perspektiven, die die atomare Bedrohung geschaffen hat, begreifen? Für die Weiterexistenz der Menschheit sterben! Die Worte versagen!

Die Nerven fiebern. Schüttelfrost, Übelkeit. Ich halte mich an Tina fest. Sie bräuchte selbst Halt.

Mechanisch notiere ich, daß die Sowjets in Iran und Pakistan einmarschieren. Japan hat mobilgemacht. Die Seestreitkräfte der NATO riegeln die Ausgänge der Ostsee und des Nördlichen Eismeer ab. Big Lift, die Luftbrücke von den USA nach Europa, ist in vollem Umfang angelaufen.

Der Erdball brennt an allen Ecken und Enden. Sie wollen mit Benzin löschen, wie die Feuerwehr von Altona.

2. August, mittags.

Der gestrige Blutsonntag erscheint wie ein Alptraum, aber die Geschwindigkeit, mit der sich die Ereignisse überstürzen, beraubt ihn seiner möglichen Konsequenzen. Die Gegenwart lähmt, läßt nicht zu Atem kommen, ist ein gewalttätiger, langanhaltender Schrecken. Was gestern war, ist unwichtig. Die Zukunft schrumpft zusammen, wird schemenhaft und dunkel.

Die 1016 Demonstranten, die gestern vor 36 Militäreinrichtungen in der Bundesrepublik für den Frieden gefallen sind, haben das Opfer umsonst gebracht. Man erinnert sich ihrer heute kaum noch. Jeder ist mit sich selbst beschäftigt. Einige halbherzige Kommentare heute morgen in Presse und Rundfunk, die meisten mit viel Verständnis für das Vorgehen der Amerikaner und der Polizei. Hart, aber angesichts der Bedrohung aus dem Osten korrekt, Verteidigungsfähigkeit muß gewahrt werden usw.

Die Gastarbeiter drängen jetzt verängstigt und wie auf Kommando nach Hause, diesmal freiwillig. Der große Exodus vom „unsichtbaren Flugzeugträger Bundesrepublik“ beginnt. Chaos in den Städten, auf den Flughäfen und auf den Straßen. Das erscheint wie Fahnenflucht und Undank. Wir kommen uns alleingelassen vor.

Aber ich würde mich jetzt auf Sizilien oder in Andalusien auch etwas wohler fühlen.

Die Bundesregierung hat eine Luftbrücke von Stuttgart, Nürnberg, Düsseldorf, Köln, Hannover und Hamburg aus nach Spanien, Portugal und Italien eingerichtet. Außerdem wurden 400 Sonderzüge bereitgestellt. Nur die Türkei weigert sich, ihre Bürger aufzunehmen.

2. August, abends.

Mit den Gastarbeitern beginnen sich auch die oberen Zehntausend abzusetzen. Ziel der Privatjets vorwiegend Nordafrika, aber auch die Schweizer und Franzosen drücken merkwürdigerweise beide Augen zu und lassen die reichen Deutschen ins Land einfliegen, während PKW-Flüchtige an den Grenzen abgewiesen werden.

An der Börse der totale Zusammenbruch.

Aus Osthessen melden unsere Lokalreporter hektische Aktivitäten

the last photo



vor den Munitionsdepots der Amerikaner und der Bundeswehr. Auch die Depots, in denen die taktischen Atomwaffen lagern, sind offenbar geräumt worden. Es kann losgehen! Niemand weiß mehr, ob die Sowjets oder die Amerikaner den jeweils nächsten Schritt auf der Eskalationsleiter tun, wer vorne ist und wer nachklettert.

Andere Zeitungen sowie Funk und Fernsehen versuchen, Zuversicht und Hoffnung zu verbreiten. Die Panikreaktionen und die verzweifelten Demonstrationen der letzten Tage zeigen aber, daß die Menschen die Hoffnung aufzugeben beginnen. Die Eskalation des Konflikts zwischen den beiden Supermächten scheint nicht zu stoppen zu sein, seit Tagen kein Indiz mehr für ein Abbremsen der Fahrt in den Abgrund. Am Ende aber steht der gemeinsame, globale Untergang. Gibt es da noch Hoffnung?

2. August, Mitternacht.

Im Rundfunk seit 20 Uhr der stündlich wiederholte Aufruf an die letzten sechs Bundeswehrjahrgänge, sich bei ihren zuständigen Stellen zu melden. Die Wehrpflichtigen werden einberufen, der Spannungsfall ist da. Morgen treten die Notstandsgesetze in Kraft. Das Parlament wird bis auf einen Alibi-Rest nach Hause geschickt. Rationierungen, Beschränkungen, Organisation, als stünde ein langanhaltender Krieg an fernen Grenzen bevor.

3. August, nachmittags.

Die Sowjets landen Truppen und schweres Gerät auf den Kurilen. Angeblich die „unausweichliche Antwort“ auf die japanische Mobilmachung. Jeder ist überzeugt, nur zu antworten. Jeder trifft nur Verteidigungsmaßnahmen, jeder fühlt sich nur bedroht, jeder will letztlich nur den Frieden. Gemeinsam bewirken sie das finale Inferno.

Schwere Luftkämpfe über dem Ochotskischen Meer. China verlegt sieben Millionen Mann an die Nordgrenzen – zusätzlich!

Kuba ist so gut wie besetzt, aber die Kubaner leisten in den Städten und in den Bergen erbitterten Widerstand. Mexiko tritt aus Protest gegen das Verhalten der USA aus der Organisation Amerikanischer Staaten aus.

Die Bundesregierung, Vertreter des Bundestages, der Parteien und einiger anderer Spitzenbehörden bereiten ihren Umzug in den atomombensicheren Bunker in der Eifel vor. Auch dies nur eine vorbeugende Maßnahme, versicherte der Regierungssprecher.



Guerillero des Umkhonto We Sizwe bei der Ausbildung; Umkhonto-Gründer Nelson Mandela (l.) 1962 im militärischen Hauptquartier in Algerien

Pater Michael Lapsley

Wie legitim ist der Befreiungskrieg?

Das Fallbeispiel Südafrika

Gibt es so etwas wie einen gerechten Krieg oder insbesondere eine gerechte Revolution? Die Inhaber der Macht, der Privilegien und des Reichtums in Südafrika sagen uns, unsere Revolution sei nicht gerecht.

Von den Rassisten werden wir als gottlose Terroristen dargestellt, während sie sich als die Verteidiger von allem ausgeben, was christlich und zivilisiert ist. Aber so weit die Rassisten ihren Propagandakrieg auch treiben, die historische Gerechtigkeit unserer Sache ist unbestreitbar.

Die Lehre vom gerechten Krieg

Im Lauf der Jahrhunderte hat sich eine bestimmte Argumentation herausgebildet, die einen Rahmen zur Untersuchung einiger moralischer Fragen im Zusammenhang mit dem Krieg abgibt. Diese Argumentation ist bekannt als die Lehre vom gerechten Krieg.

Die Gefahr des Atomkrieges und das Gespenst der Vernichtung der Welt, die er bedeuten würde, hat viele Menschen zu der Ansicht gebracht, daß es in der heutigen Welt Unsinn sei, von einem gerechten Krieg zu sprechen. Das mag richtig sein, wenn es um die Welt als Ganzes geht, aber es hilft uns nicht, die nationalen Befreiungskriege zu beurteilen, die in letzter Zeit gewonnen wurden oder noch im Gang sind, seien es die Befreiungskriege der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) in El Salvador oder der Revolutionären Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors (FRETILIN) oder der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), oder, näher bei uns zu Hause, der Volksbefreiungsarmee (PLAN) in Namibia und des Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation, bewaffneter Arm des Afrikanischen Nationalkongresses ANC; d. Red.) in Südafrika. (...)

Die Lehre vom gerechten Krieg wollen wir nun näher be-

trachten. In ihrer entwickeltsten Form enthält sie sechs Bedingungen... Jeden dieser Maßstäbe wollen wir daraufhin untersuchen, was er sowohl für die Südafrikanischen Verteidigungstreitkräfte (SADF)¹ wie für den Umkhonto We Sizwe bedeutet. Ich zitiere aus der Übersicht, die J.G. Davies erstellt hat²:

1. **Der gerechte Krieg muß von einer legitimen Autorität erklärt worden sein.** Anders gesagt, Krieg soll nicht privaten, sondern öffentlichen Zielen dienen, und die höchste Autorität ist die einzige, die darüber entscheiden kann.
2. **Die Sache muß gerecht sein.** Eine solche gerechte Sache kann in der Verteidigung gegen eine Aggression oder gegen die Mißachtung grundlegender Rechte bestehen. Die Situation muß extrem sein, um den Griff zu den Waffen zu erlauben.
3. **Er muß als das letzte Mittel unternommen werden.** Nur wenn alle anderen Mittel zur Verteidigung der eigenen Sache oder zur Erreichung der eigenen berechtigten Ziele versucht worden sind, kann Krieg als gerechtfertigt angesehen werden.
4. **Er muß gerechte Ziele haben.** Sein Ziel muß sein, zu einer fairen und gerechten Regelung zu kommen. Aus diesem Grund sind Aggressionskriege verwerflich.
5. **Die angewandten Mittel müssen gerecht sein.** Dieser Punkt betrifft sowohl die Sicherheit Unschuldiger und der Zivilbevölkerung vor direkten und indirekten Angriffen als auch die Verhältnismäßigkeit zwischen Mitteln und Ziel. Es wäre zum Beispiel ein Unrecht, eine ganze Ortschaft zu zerstören, nur weil sich ein Feind in einem einzelnen Haus verbirgt.
6. **Es muß eine vernünftige Erfolgsaussicht geben.** Das betrifft sowohl Erfolg in militärischem Sinn, d.h. die Aussicht auf Sieg muß relativ sicher sein, als auch Erfolg hinsichtlich

der Ziele, d.h. die Aussicht, die eigentlichen Ziele zu erreichen, muß günstig sein. Es muß auch eine gewisse Wahrscheinlichkeit geben, daß das errungene Gut größer sein wird als die bekämpften Übel.

Legitime Autotitüt

Südafrikanische Verteidigungstreitkräfte. Normalerweise würde das Staatsoberhaupt im Namen des Parlaments den Kriegszustand erklären. Südafrika hält weiterhin Namibia illegal besetzt, gegen die Entscheidung der Vereinten Nationen und des Internationalen Gerichtshofs. Es ist in Gebiete Angolas eingedrungen und hält sie besetzt, und es hat die territoriale Integrität von Moçambique, Zimbabwe, Swaziland und Lesotho verletzt, um Menschen zu töten und Güter zu vernichten. All das geschieht in Form eines unerklärten Krieges. (...)

*Umkhonto We Sizwe.*³ Die Frage der „legitimen“ Autorität ist in einem Bürgerkrieg schwierig. Man könnte anführen, die bei der Gründung des Umkhonto We Sizwe abgegebene (1961; d. Red.) Erklärung sei in sich selbst eine Kriegserklärung gewesen, ausgesprochen von einer Organisation, die im Lauf von 50 Jahren ihre moralische Autorität gefestigt hatte und auch in demokratischer Organisationsform den Mehrheitswillen der unbefreiten Südafrikaner repräsentierte. Auch kann der südafrikanische Staat angesichts der systematischen Unterdrückung und Beraubung der Mehrheit seiner eigenen Bürger nicht mehr die legitime Autorität in Südafrika genannt werden.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat diesen Punkt anerkannt, indem sie die Beglaubigungsschreiben der südafrikanischen Regierungsdelegation zurückwies.

Gerechte Sache

Südafrikanische Verteidigungstreitkräfte. Es genügt, einen unlängst eingekerkerten Kriegsdienstverweigerer zu zitieren, Peter Hathorn: „Zu den SADF zu gehen, heißt, im Kampf im Land Partei zu ergreifen – denn man bringt sich in eine Lage, in der man den Befehl erhalten könnte, Menschen mit Gewalt 'umzusiedeln', in der man mit todbringender Munition versehen und angewiesen werden könnte, streikende Arbeiter auseinanderzutreiben oder in Townships einzudringen und einen Schüleraufstand 'niederzuwerfen'. Man kann nicht zur Armee gehen und die Rolle des Soldaten, des Unterdrückers annehmen, und dann gegen das System der weißen Herrschaft und Unterdrückung protestieren.“

Umkhonto We Sizwe. Während die SADF dazu da sind, die Privilegien der Wenigen gegen die Mehrheit zu verewigen, das Unrecht zu schützen, ist der Umkhonto das militärische Werkzeug, um eine Gesellschaft zu erreichen, an der alle teilhaben können. Das Übel, gegen das der Umkhonto kämpft, ist eine Tyrannei, die sich seit 300 Jahren entwickelt hat. (...)

Papst Paul VI. warnte in der päpstlichen Enzyklika „Populorum Progressio“ vor den Gefahren der Revolution, „außer im Fall von offenkundiger und fortgesetzter Tyrannei, die die Grundrechte der Person mißachtet und das Gemeinwohl des Landes gefährdet.“ Die Apartheid ist sowohl „offenkundig“ als auch „fortgesetzt“ und bedeutet die Verweigerung der Grundrechte für 80% ihrer Bürger, „allein aufgrund der Hautfarbe“.

Letztes Mittel

Die *Südafrikanischen Verteidigungstreitkräfte* sind eine Besatzungsarmee in Namibia, die den Krieg dort beenden könnte, wenn sie abzöge und die Resolution 435 der Vereinten Nationen verwirklichte.

Innerhalb von Südafrika fährt die Regierung fort, das ganze Land zu militarisieren, anstatt Macht, Privilegien und Wohlstand mit allen Südafrikanern zu teilen. Die Regierung hat

sich geweigert, die politische Entscheidung zu treffen, die die Aufgabe des Militärs überflüssig machen würde.

Umkhonto We Sizwe. 50 Jahre lang hat der ANC versucht, durch gewaltlose Mittel die Grundrechte in Südafrika zu erkämpfen, aber immer traf er auf Brutalität, Folter, Mord und zunehmende Unterdrückung. Selten war ein Volk so geduldig, bevor es gezwungen war, sich für den bewaffneten Kampf zu entscheiden, als alle anderen Mittel erschöpft waren. Zulange war die Mehrheit des Volkes ohne Schutz gelassen worden. (...)

Gerechte Ziele

Südafrikanische Verteidigungstreitkräfte. Die Besetzung Namibias, die Destabilisierung aller Frontstaaten und die Verewigung der Macht in weißen Händen; all das wird beschönigt als „Verhinderung des Kommunismus“, und damit soll rundweg jeder Terrorakt abgesegnet werden, den zu begehen sich die SADF entscheiden. Innerhalb von Südafrika ist das Wort „Kommunismus“ von den Rassisten so abgegriffen worden, daß es heute alles bedeutet, was mit der Regierungspolitik nicht übereinstimmt. (...)

Der *Umkhonto We Sizwe* kämpft für eine nichtrassistische Demokratie – die Vision einer neuen Gesellschaft, wie sie skizziert ist in der Freiheitscharta, die 1955 von der repräsentativsten Versammlung, die je in Südafrika stattgefunden hat, verabschiedet wurde. Im Gegensatz zur rassistischen Politik des Ausschlusses, der Entmündigung und der Berau-



Die südafrikanische Armee (SADF) bei der Kampfausbildung nahe Johannesburg



Bewaffneter Widerstand und Völkerrecht

Von der Reagan-Administration wird die Legitimität des nationalen Befreiungskampfes, etwa der unterdrückten Völker des Südlichen Afrika, Mittelamerikas oder Palästinas, grundsätzlich in Abrede gestellt. Er wird als „Gefahr“ des „internationalen Terrorismus“ oder „internationaler Gewalt“, die von der UdSSR exportiert und ferngesteuert sei, denunziert. Laut Ex-Außenminister Alexander Haig offenbaren diese „sowjetischen Aktivitäten in den letzten Jahren ... eine wachsende Neigung, den politischen Wechsel in anderen Ländern direkt oder indirekt durch Gewalt, Blutvergießen, Terrorismus und sogenannte Befreiungskriege zu stützen.“ (Die Welt, 19.7.1981)

Demgegenüber verneinten die Vereinten Nationen in ihren Grundsatzdokumenten zum internationalen Terrorismus, so in ihrer Konvention von 1971 und einer Resolution der UN-Vollversammlung von 1973, implizit jeden Zusammenhang zwischen nationalen Befreiungsbewegungen und dem Terrorismus. Bereits im Jahr 1960 hatte die UNO in ihrer Entkolonialisierungs-Deklaration (sie wurde übrigens von der UdSSR eingebracht) das Recht auf Selbstbestimmung als Grundrecht für alle, also auch für die kolonial unterdrückten Völker anerkannt. Hinzu kam mit den UN-Konventionen des Jahres 1966 als zweites Grundrecht der Völker das der Volkssouveränität. Trotz der Obstruktionspolitik der Westmächte anerkannten die Vereinten Nationen im Jahr 1965 ausdrücklich die Legitimität des nationalen Befreiungskampfes, sei es mit gewaltlosen politischen oder mit militärischen Mitteln.

Völkerrechtlich legalisiert wurde damit der bewaffnete Widerstandskampf all jener Völker, die von kolonialer bzw. rassistischer Unterdrückung oder systematisch-massenhaften Menschenrechtsverletzungen durch Diktaturregimes betroffen sind. Die Befreiungsbewegungen Namibias, Südafrikas und Palästinas wurden seither wiederholt von der UN-Vollversammlung als authentische Vertreter ihrer unterdrückten Völker eingestuft, ihre Legitimität zum Widerstandskampf „mit allen Mitteln“ (1973 im Fall der SWAPO, 1974 im Fall der PLO) festgeschrieben. Im Extremfall Südafrika, dessen Apartheidsystem 1966 von den Vereinten Nationen erstmals zum „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ erklärt worden war, bestand man der nationalen Befreiungsbewegung ausdrücklich das Recht zum Widerstand „einschließlich des bewaffneten Kampfes“ zu (Europa Archiv, Nr. 11/1981, S. 331).

Im Jahr 1977 entschied die Genfer Konferenz über humanitäres Völkerrecht in einem Zusatzprotokoll zu den Rotkreuz-Konventionen von 1949, daß „der Kampf der Völker gegen eine Kolonialherrschaft, gegen die Besetzung durch eine fremde Macht und gegen rassistische Regime gemäß ihrem Selbstbestimmungsrecht und der UNO-Charta künftig als bewaffneter internationaler Konflikt“ (Süddeutsche Zeitung, 25.5.1977) zu gelten habe. Demnach fallen Befreiungskämpfer unter den Schutz der Genfer Konvention und haben Anspruch darauf, als reguläre Kriegsgefangene behandelt zu werden.

Anwendbar sind diese völkerrechtlichen Bestimmungen insbesondere auch auf die aktuelle Lage in El Salvador oder Guatemala, wo ein jahrzehntelanger Staatsterrorismus, eine institutionalisierte Massenmordpolitik von seiten des Militärs die bewaffnete Selbstverteidigung zum Überlebensgebot der Volkskräfte macht.

bung zielt die Freiheitscharta darauf ab, die Macht dem ganzen Volk von Südafrika zu geben, es einzubeziehen und teilhaben zu lassen. Opposition gegen die Apartheid hätte leicht darauf hinauslaufen können, „den Spieß umzudrehen“, was zwar verständlich, aber weder wirklich befreiend wäre noch von einem moralischem Gesichtspunkt aus als gerechtes Ziel angesehen werden könnte.

Gerechte Mittel

Südafrikanische Verteidigungstreitkräfte. Die katholischen Bischöfe in Südafrika und seit kurzem auch die (anglikanische) Kirche der Provinz von Südafrika haben die südafrikanischen Besatzungstruppen beschuldigt, Greuelaten zu verüben und die Kriegszonen durch „Angst und gewaltsame Einschüchterung“ zu kontrollieren. Der anglikanische Bericht stellt fest: „Wir haben zahlreiche Angaben über Schikane, Folterungen, Internierungen und Morde durch die südafrikanische Armee gehört... Während die SWAPO keine Gnade gegen Spitzel zeigt, sind viele der Greuel, die offiziell der SWAPO zur Last gelegt wurden, in Wahrheit von den SADF verübt worden.“ Die Erinnerung an Cassinga, Matola und Maseru (Massaker von Rassistentruppen in den 70er/80er Jahren in Angola, Moçambique und Lesotho; d. Red.) läßt uns keinen Zweifel über das fundamentale Unrecht der Mittel, die von den SADF angewandt werden.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß dank der stillschweigenden Duldung des Westens den SADF nukleare Kapazitäten in die Hand gegeben wurden. Gegen wen sollten sie eingesetzt werden, wenn nicht gegen die Völker Südafrikas? Die Vorstellung von Atomwaffen in den Händen der wahnsinnigen rassistischen Fanatiker, die in Pretoria regieren, sollte genügen, um die Welt aufzuschrecken, damit sie ihre Anstrengungen verdoppelt, das Apartheidregime in Südafrika zu beenden.

Umkhonto We Sizwe. Will man keinen nationalen Selbstmord begehen, so stellt der Guerillakrieg, der verknüpft ist mit einer politischen Mobilisierung der Massen, die einzig anwendbare Methode des bewaffneten Kampfes in Südafrika dar. Wenn wir die Geschichte des bewaffneten Kampfes seit der Entstehung des Umkhonto We Sizwe überblicken, so war er gekennzeichnet durch eine ungeheure Zurückhaltung, durch das Erkennen des Systems als das Problem, durch das Meiden von zivilen Zielen und durch die Ablehnung eines Gewalteinsetzes. Das ist nicht nur eine Frage der Taktik, sondern es ergibt sich auch aus der Moral der Sache des Umkhonto We Sizwe und daraus, daß das System und nicht das Volk als Gegner identifiziert wurde. Die SADF jedoch verwischen die Konturen im Prozeß der Militarisierung des ganzen Landes.

In seiner Ansprache bei der Begräbnisfeier nach dem Massaker von Matola (Überfall südafrikanischer Kommandos auf die Hauptstadt Lesothos und Mord an 42 südafrikanischen Flüchtlingen am 9.12.1982; d. Red.) stellte ANC-Präsident Tambo die Frage, ob der Besitz einer Waffe oder die Fähigkeit, sie zu führen, einen militärischen Stützpunkt darstelle. Denn wenn das der Maßstab sein soll, dann benutzen die Rassisten jede weiße Wohnung in Südafrika als militärischen Stützpunkt. (...)

Vernünftige Erfolgsaussicht

Südafrikanische Verteidigungstreitkräfte. Eine Wehrpflichtigenarmee, die für die Bewahrung eines von Grund auf ungerechten Systems kämpft und widerrechtlich das Land eines anderen besetzt hält, hat Gott ebenso wie die Geschichte gegen sich. Die Erfolgschancen der SADF sind langfristig gleich null. Aber sie hat immer noch die Macht, in diesem Kampf weiterhin massenhaft Tod und Zerstörung zu bringen, wobei sie unterstützt wird durch den Mangel an politischem Willen bei den Nutznießern der Apartheid in west-

Die FMLN/FDR zu Gewalt und Frieden

Die salvadorianische Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) und die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) haben ihre Grundposition zum Verhältnis von Gewalt und Frieden mehrfach dargelegt, so im Rahmen ihrer Friedensinitiativen vom Oktober 1981 und vom Oktober 1982.

FMLN/FDR-Vorschläge für Friedensverhandlungen an die 36. UN-Vollversammlung (Oktober 1981):

Wenn sich heute unser Volk, geführt von seinen Organisationen FMLN und FDR, im bewaffneten Kampf befindet, dann, weil Regimes der Unterdrückung und Repression alle friedlichen Wege einer Veränderung versperrten. Dem Volk blieb als einziger und legitimer Weg seiner Befreiung der bewaffnete Kampf, die Ausübung des universellen und konstitutionellen Rechts, gegen ein rechtswidriges und blutiges Regime den Volksaufstand zu setzen.

Unser Krieg ist also ein gerechter und notwendiger Krieg zur Schaffung des Friedens und der Gleichheit aller Salvadorianer. Zweifellos ist unser Wille der Friede, und um ihn zu erreichen, schlagen wir eine politische Lösung vor, die die Beendigung des Krieges und die Errichtung einer neuen wirtschaftlichen und politischen Ordnung zum Ziel hat, eine politische und wirtschaftliche Ordnung, die den Salvadorianern ihre Bürgerrechte und ein menschenwürdiges Leben sichert. Dies alles geht einher mit unserem ausdrücklichen Willen, einen Dialog mit zivilen und militärischen Vertretern einzuleiten, die die Junta im Laufe der Friedensgespräche bestimmen soll.

(Quelle: Barricada. Edition Especial, Managua, Oktober 1981)

Dialogvorschlag der FMLN/FDR (Oktober 1982):

Wir erkennen den historischen Kampf des salvadorianischen Volkes an. Es hat mit ungeheuren Anstrengungen die verschiedenen möglichen legalen und friedlichen Kampfformen angewandt, um Gerechtigkeit und das unveräußerliche Recht zu erringen, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und eine Gesellschaft aufzubauen, die ihm die Durchsetzung des Rechtes auf Selbstbestimmung erlaubt. Ungeachtet dessen machte eine privilegierte Minderheit immer von der Gewalt Gebrauch, um diese Sehnsüchte des Volkes zu unterdrücken. Die unvermeidliche Konsequenz war, daß das salvadorianische Volk zu militärischen Mitteln des politischen Kampfes griff und damit von einem sowohl allgemein anerkannten als auch legitimen Recht Gebrauch machte.

(Quelle: Venceremos, El Salvador, Nr. 8/1982)

lichen Ländern, die die Macht haben, die Zeit abzukürzen und die Kosten zu verringern.

Umkhonto We Sizwe. Die Gerechtigkeit der Sache des Kampfes gegen die Apartheid ist unbestreitbar. Es wäre naiv, zu denken, daß es eine Automatik oder gar etwas Mechanisches in dem Prozeß gäbe, durch den der Sieg errungen wird. Die SADF sind wegen der Weigerung der Politiker, gerechte politische Entscheidungen zu treffen, dabei, massenhaft den Tod auszuteilen. Der Umkhonto We Sizwe seinerseits führt einen bewaffneten Kampf, untrennbar verbunden mit den politischen Kämpfen eines weithin unbewaffneten Volkes, zusammengehalten durch das Ziel, die politische Macht zu übernehmen, um eine nicht-rassistische Demokratie zu verwirklichen – um die Freiheitscharta zu verwirklichen.

Es ist lehrreich zu vermerken, daß viele Leute, die das Gefühl hatten, die Gründung des Umkhonto We Sizwe 1961 sei selbstmörderischer Wahnsinn, heutzutage die politische Wirksamkeit dieser disziplinierten Armee zur Kenntnis nehmen und widerwillig eingestehen, daß wegen der tiefen Entschlossenheit, des Mutes und der Disziplin der Volksmehrheit keine Macht auf Erden den Machtwechsel in Südafrika verhindern kann.

Was ich hervorheben möchte, ist, daß zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedliche Schlüsse über die Chancen des Machtwechsels gezogen werden können. Es ist interessant, politische Wissenschaftler, Historiker und Soziologen zu lesen, die voraussagten, daß eine Machtübernahme durch Volkskräfte in Angola, Moçambique und Zimbabwe unmög-

lich sei. Auf psychologischer Ebene hat die Phase der bewaffneten Propaganda, die vom Umkhonto We Sizwe durchgeführt wurde, viel dazu beigetragen, die rassistischen Mythen der Unbesiegbarkeit in den Köpfen der Leute abzubauen, und sie hat dem Volk eine tiefe Hoffnung auf Erfolg zurückgegeben – „Freiheit zu unseren Lebzeiten“.

Grundsätze hinter der Theorie

Es verdient, angemerkt zu werden, daß die Lehre vom gerechten Krieg nicht entstanden ist aus einem Versuch, einen Krieg zu verherrlichen oder gar anzuzetteln, sondern eher ihn zu begrenzen und die Brutalität zu mindern, indem Grenzen gesetzt wurden für das, was menschliche Wesen in noch vertretbarer Weise anderen antun dürfen.

Auch in unserem Engagement für den bewaffneten Kampf dürfen wir nie vergessen, daß wir menschliche Wesen sind, die durch ein böses System gezwungen sind, andere menschliche Wesen zu töten, und daß wir eine neue Gesellschaft wollen, wo die Kette von Unterdrücker und Unterdrücktem zerbrochen ist. In meinen Augen ist das Engagement im bewaffneten Kampf motiviert durch eine tiefe Liebe für die Menschheit, nicht durch Haß gegen den Feind, und durch die verzweifelte Notwendigkeit, das Apartheidregime zu zerstören und eine neue Gesellschaft aufzubauen.

Die Gründe für einen gerechten Krieg in Südafrika kommen aus der Erfahrung eines Volkes, das sich in einem Konflikt auf Leben und Tod befindet. Auch wenn die Argumente innerhalb eines christlichen Rahmens ausgearbeitet worden sind, verdienen sie es, von allen Menschen durchdacht zu werden, die Frieden wollen. (...)

(Quelle: Sechaba, London, Juni 1983, S. 9-14)

Anmerkungen:

- 1) Zur Konzeption der SADF und zur Militarisierung Südafrikas durch das Apartheidregime siehe: AIB 6/1983, S. 19-21; d. Red.
- 2) Christians, Politics and Violent Revolution, J.G. Davies, SCM, 1976, S. 166
- 3) Eine Bilanz der Umkhonto-Aktivitäten findet sich in: AIB 6/1983, S. 29-31; d. Red.

**PERSHING II
CRUISE MISSILES
NEIN!**

Ein bißchen Frieden...

... kostet verdammt viel Geld!

Spendet für die Herbstaktionen!

Sonderkonto Herbstaktionen, J. Leinen:
Postcheckamt Köln, BLZ 370 100 50, Kontonr.: 276 002-508
Volksbank Bonn, BLZ 380 601 86, Kontonr.: 1 501 492-023
Koordinationsbüro Herbst '83, Estermannstr. 179, 5300 Bonn 1

Nico Biver

Die Ursachen des Tschad-Konflikts

N'Djamena bedeutet: „Laßt uns zur Ruhe kommen.“ Bei der Namensgebung der tschadischen Hauptstadt scheint jedoch eher der Wunsch als die Wirklichkeit Pate gestanden zu haben.

Seit 1965 herrscht ein Bürgerkrieg im Tschad, der immer wieder durch das Eingreifen französischer Truppen geschürt wurde. Heute stehen nicht nur 3.000 französische Fremdenlegionäre im Land, sondern auch 2.700 Soldaten des zairischen Diktators Mobutu, hunderte Söldner und US-Militärberater. Sie sollen den jetzigen Präsidenten Hissène Habré vor seinem Sturz bewahren.

Begründet wird dieser militärische Aufmarsch mit den angeblichen Eroberungsgelüsten des libyschen Staatschefs Oberst Muammar el Ghaddafi. Seine Regierung hatte sich auf seiten der Truppen der Übergangsregierung der Nationalen Einheit (GUNT) unter Goukouni Oueddei geschlagen, die noch bis Juni 1982 ihren Sitz in N'Djamena hatte.

Vernachlässigung des „nutzlosen“ Nordens

Geht man den Ursachen des Tschad-Konflikts auf den Grund, so fällt zunächst einmal auf: Der Krieg im Tschad findet nicht erst seit dem Machtantritt M. Ghaddafis (im Jahr 1969) statt. Er begann bereits 4 Jahre früher, als die Bauern und Nomaden im Norden und Osten des Landes sich spontan erhoben. Anlaß waren erneute Steuererhöhungen durch die Zentralregierung unter François Tombalbaye und die Zwangsmaßnahmen der Steuereintreiber aus dem Süden. Die Wurzeln des Konflikts liegen jedoch tiefer. Der Krieg ist

die Folge der Kolonialisierung des Landes und des Versuches, die neokolonialen Verhältnisse aufrechtzuerhalten.

Wie die meisten Staaten Afrikas, ist auch der Tschad ein künstliches Gebilde, in dem unterschiedliche Volksgruppen vereint wurden. Der Norden des Landes ist von islamisierten, arabischsprachigen Viehzüchtern und Nomaden bewohnt, während im fruchtbaren Süden seßhafte Bauern Landwirtschaft betreiben. Sie waren vor der Kolonialisierung Anhänger von Naturreligionen, ihre Oberschicht bekennt sich heute meist zum christlichen Glauben.

Im Herzen Afrikas gelegen, war der Tschad erst spät eine Kolonie geworden. Im Jahr 1900 wurde der arabische Heerführer und Sklavenhändler Rabeh Fa Sllah von den französischen Truppen entscheidend geschlagen. Der Norden des Landes konnte jedoch erst bis 1918 vollständig erobert werden.

Im Süden hatten die französischen Kolonialisten relativ leichtes Spiel, da sie seine Bewohner von den Überfällen der Sklavenhändler aus dem Norden befreit hatten. Dieser Nord-Süd-Gegensatz, der auch in religiöser und ethnischer Hinsicht bestand, wurde von der Kolonialverwaltung geschürt, um eine einheitliche antikoloniale Bewegung zu ersticken. Man beteiligte lediglich Angehörige der südlichen Völker an der Kolonialverwaltung und an der Ausbeutung des Landes. Bereits 1927 wurden den Bauern des „nützlichen Tschad“, wie die Franzosen den fruchtbaren Süden nannten, der Baumwollanbau aufgezwungen. Damit wurden die traditionellen Austauschbeziehungen mit dem Norden (Fleisch gegen pflanzliche Produkte) teilweise unterbrochen und damit



Tschadische Flüchtlinge am Shari, dem Grenzfluß zu Kamerun (l.); Kämpfer der Frolinat

die nationalen Gegensätze weiter verschärft. Der trockene „nutzlose“ Norden wurde in jeglicher Beziehung vernachlässigt, da er keine Möglichkeit einer exportorientierten Agrarproduktion bot.

Die Baumwollproduktion beherrscht noch heute die Wirtschaft des Tschad. In den 70er Jahren größter Baumwollproduzent Afrikas, ist das Land mittlerweile auf den 3. Platz zurückgefallen. Die aufgezwungene Monokultur hat dazu geführt, daß 30% der Importe aus Nahrungsmitteln bestehen. Wie in der Kolonialzeit wird die Wirtschaft auch heute noch vor allem von französischem Kapital dominiert. Die Verarbeitung und Vermarktung der Baumwolle unterliegt der Cotonchad, die bis 1971, als der tschadische Staat 45% des Kapitals übernahm, Cotofran hieß.

Der Exportpreis der Baumwolle übersteigt den Ankaufspreis bei den Bauern um das zehnfache. Ein ähnlicher Ausbeutungsgrad gilt auch für die französische Firma Prodel, die den Fleischexport kontrolliert. Andere Wirtschaftsbereiche wie das Transportwesen, die Stromversorgung und die Banken sowie die wenig entwickelte Industrie (Textil-, Zigaretten-, Bier- und Zuckerproduktion) werden ebenfalls von französischen Firmen beherrscht.¹

Strohmänner Frankreichs: von Tombalbaye...

Die nach der Unabhängigkeit im Jahr 1960 an die Macht gekommene Regierung F. Tombalbaye beschränkte sich darauf, die Interessen der französischen Firmen und einer schmalen Oberschicht aus dem Süden zu wahren. Die Vernachlässigung und Auspressung des Nordens ging weiter und jegliche politische Opposition wurde unterdrückt. Diese Umstände führten im Jahr 1965 zu den Aufständen im Norden, der bis dahin noch unter französischer Militärverwaltung stand.

Bereits am 22. Juni 1966 organisierte sich die Opposition in Form der Nationalen Befreiungsfront (Frolina), die später in Frolinat umbenannt wurde. Das t steht für Tschad und weist auf das Ziel hin, den gesamten Tschad zu befreien. Unter Führung Ibrahim Abatchas nahm sie ein radikales Programm an. Er entstammte der progressiven Tschadischen Nationalunion (UNT), die sich bereits 1958 gegen eine Eingliederung in die neokoloniale „Communauté Française“ (Französische Gemeinschaft) eingesetzt hatte. Die Frolinat forderte den Sturz des neokolonialen Regimes, eine Agrarreform, die Beseitigung des wirtschaftlichen Monopols der imperialistischen Staaten und die Auflösung aller Militärstützpunkte (Frankreich unterhielt bis 1975 einen Stützpunkt).²

Doch neben den Kräften, die das ganze Land in den Kampf gegen den Neokolonialismus einbeziehen wollten, gab es in der Frolinat Kräfte, vor allem traditionelle Stammesführer, die lediglich die Vorherrschaft der Oberschicht des Südens durch ihre eigene ersetzen wollten. Mit der Unterstützung ihrer jeweiligen Volksgruppen, rangen sie um die Führung der Frolinat.

Verstärkt wurden diese Differenzen durch die Spaltungspolitik des neokolonialistischen Regimes und durch die selektive Unterstützung, die Libyen ab 1970 einigen Gruppen gewährte. Dies hatte zur Folge, daß die Bewegung bis 1979 in neun verschiedene Gruppen zerfiel. Ab 1966 jedoch, führte sie einen erfolgreichen Kampf, so daß sie bis 1968 2/3 des Landes befreien konnte.

Daraufhin bat F. Tombalbaye Frankreich um Hilfe, das seine im Tschad stationierten Truppen von 2.500 auf 5.500 erhöhte. Es gelang zwar die Aufständischen zurückzudrängen, ohne sie jedoch entscheidend schlagen zu können. Das Eingreifen führte im Gegenteil dazu, daß sich mehr Bauern der Frolinat anschlossen und Algerien seine Unterstützung verstärkte. Bereits damals beteiligten sich der Kongo (Kin-

shasa), das spätere Zaire, mit Waffen und Soldaten sowie Israel mit Beratern an der Niederschlagung des Aufstands.³

1972 zog Frankreich den größten Teil seiner Truppen ab, beteiligte sich jedoch weiter punktuell an den Kämpfen. Frankreich ging und geht es dabei weniger um wirtschaftliche Interessen, als um geopolitische Ziele, obwohl im Tschad reiche Uran- und Ölvorkommen entdeckt und US-Ölkonzerne fündig wurden.

Hauptziel Frankreichs bleibt es zu verhindern, daß erstmals eine Befreiungsfront in den ehemaligen französischen Kolonien an die Macht kommt und damit eine Beispielwirkung erzeugt werden könnte. Den neokolonialen Regimes der Region muß schließlich bewiesen werden, daß sie sich auf den französischen Imperialismus verlassen können. Hinzu kommt die geostrategische Bedeutung des Tschad, der mit Ausnahme Libyens nur an neokoloniale Regimes grenzt.

...zu Hissène Habré

Nach dem Teilrückzug der Franzosen im Jahr 1971 blieb die Lage des Regimes in N'Djamena prekär. F. Tombalbaye gelang es weder Teile der Frolinat für sich zu gewinnen noch sie zurückzudrängen. Aus diesem Grunde wurde er am 13. April 1975 vom Militär unter der Führung Félix Malloums gestürzt.

Malloum versuchte, mit einer Politik der „nationalen Versöhnung“, allerdings auf neokolonialistischer Grundlage, den Widerstand zu brechen. Zuerst gelang es ihm nur zwei Splittergruppen der Frolinat auf seine Seite zu ziehen. Am 22. Januar 1978 wurde jedoch in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum ein Abkommen für die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit zwischen F. Malloum und Hissène Habré geschlossen. Dieser wurde am 31. August 1978 zum Ministerpräsidenten ernannt.



Statthalter Frankreichs: Tombalbaye, Malloum, Habré (v. l. n. r.)

H. Habré war erst 1971 zur Frolinat gestoßen, nachdem er in Frankreich eine Ausbildung an der Nobelhochschule „école des sciences politiques“ genossen hatte und von F. Tombalbaye zum Unterpräfekten ernannt worden war. Er war ab 1971 gemeinsam mit Goukouni Oueddai, dem Sohn des geistigen Führers des nördlichen Stammes der Toubous, zum Führer der größten Fraktion der Frolinat, der Streitkräfte des Nordens (FAN), geworden. Da er eine Zusammenarbeit mit Libyen ablehnte, wurde er im Oktober 1976 ausgeschlossen. Er baute daraufhin mit Hilfe des Sudan seine eigene Armee auf.

Von seinen ehemaligen Mitkämpfern wurde Habré beschuldigt, ein Agent des französischen Geheimdienstes SDECE zu sein, der mit dem Auftrag, die Frolinat zu spalten, eingeschleust worden sei. Darauf deutet nicht nur hin, daß er ab 1976 wie das Regime in N'Djamena die Libyer zum Gegner erklärte und er später vom US-Geheimdienst CIA unterstützt wurde, sondern auch sein plötzliches Lob für den französischen Neokolonialismus: „Frankreich bleibt das sicherste Bollwerk für die Verteidigung der Souveränität des



Aus: stern, 15. 9. 1983

Tschad-Daten

Territorium: 1.284.000 qkm
Bevölkerung: 4,55 Mio Einwohner (1981). Im Norden Stämme der Kanuri, Tibbu und Zagara (10%), im Südwesten Haussa und verwandte Gruppen (19%), im Süden Sara und Bango (50%) und über das ganze Land verstreut die Sudan-Araber
Hauptstadt: N'Djamena, 300.000 Einwohner
Religion: 50% Moslems (im Norden, Zentralteil und Südosten), 10% Christen (vor allem die Sara), 40% Anhänger von Naturreligionen
Sprache: Die Amtssprache, das Französische, wird nur von 10% der Bevölkerung beherrscht, das Arabische hingegen von 50%. Insgesamt werden mehr als 100 verschiedene Sprachen gesprochen
Währung: CFA-Franc; 1 CFA-Franc = 0,0067 DM (Stand Juni 1983)
Wirtschaft und Soziales: Der Tschad ist ein schwach entwickeltes Agrarland, das weitgehend von französischem Kapital beherrscht wird. Die Industrie trägt nur mit 5% zum Bruttosozialprodukt (BSP) bei. Mit 110 Dollar pro Kopf ist der Tschad das ärmste Land Afrikas. Hauptausfuhrprodukte sind Baumwolle (60-70%) und Tierprodukte (20%). Haupthandelspartner ist Frankreich. Die Lebenserwartung beträgt 43 Jahre, die Analphabetenquote 85%.
Geschichte:
 1900 Eroberung durch Frankreich, die 1918 abgeschlossen ist
 1960 Verkündung der staatlichen Unabhängigkeit. Präsident François Tombalbaye
 1966 Gründung der Frolinat
 1968 Intervention französischer Truppen gegen die Frolinat
 1975 Machtübernahme durch Félix Malloum
 1978 Eintritt Hissène Habrés in die Regierung Malloums
 1979 Bildung der Übergangsregierung der Nationalen Einheit (GUNT) unter Goukouni Oueddeï
 1980 Rebellion Habrés und Anforderung libyscher Truppen durch die GUNT
 1981 Rückzug der libyschen Truppen
 1982 H. Habré übernimmt die Macht
 1983 Gegenoffensive der GUNT, Entsendung französischer und zairischer Truppen

Tschad."4

Sein Einbeziehen in die Regierung war vor allem bedingt durch eine neue Offensive der Frolinat, deren wichtigste Fraktionen sich wieder unter der Führung G. Oueddeis lose zusammengeschlossen hatten. Sie konnte auch durch eine erneute französische Intervention im Mai 1978 nicht zurückgedrängt werden. Das Bündnis Habré/Malloum zerbrach jedoch im Januar 1979, als H. Habré versuchte, mit Duldung der französischen Armee die Macht allein an sich zu reißen. Unter der Schirmherrschaft der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) kam es daraufhin zu mehreren Versöhnungskonferenzen, die am 10. November 1979 zur Bildung einer Übergangsregierung der Nationalen Einheit führten (GUNT), an der alle elf politisch-militärischen Gruppen des Landes beteiligt waren.

G. Oueddeï wurde zum Präsidenten und H. Habré zum Verteidigungsminister ernannt. Diese Koalition aus antiimperialistischen und neokolonialistischen Kräften war jedoch nicht von langer Dauer.

Aufstieg, Fall und...

Am 20. März 1980 rebellierten die auf Staatskosten aufgepöpelten Streitkräfte H. Habrés, was die GUNT veranlaßte libysche Truppen zu Hilfe zu holen, die Habré in den Sudan vertrieben. Auf Drängen Frankreichs und neokolonialistischer Staaten in Afrika, beschloß die GUNT jedoch die Zurücksendung der libyschen Soldaten, was im November 1981 erfolgte.

Die OAU hatte die Aufstellung einer Friedenstruppe beschlossen, die einen erneuten Vormarsch H. Habrés verhindern sollte. Dieser hatte mittlerweile mit Hilfe des Sudan, Ägyptens und der USA eine neue Armee aufgebaut. Vor dem Geheimdienstausschuß des US-Repräsentantenhauses gaben Vertreter des CIA zu, daß er zu diesem Zweck 10 Mio Dollar erhalten hatte. Gleichzeitig bezahlten die USA 12 Mio Dollar für die OAU-Friedenstruppe, die aus Zairern, Nigerianern und Senegalesen bestand.⁵ Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß die Truppen dieser H. Habré freundlich gesonnenen Regierungen keinen Finger rührten, als dieser nach dem Abzug der libyschen Armee auf die Hauptstadt marschierte und sie am 7. Juni 1982 einnahm. Obwohl vertraglich verpflichtet, stellte die französische Regierung der legitimen Regierung kaum Waffen zur Verfügung. Die Niederlage der GUNT erklärte G. Oueddeï folgendermaßen: „Wir waren vielen äußeren Pres-



G. Oueddeï (l.) auf Staatsbesuch bei F. Mitterrand

sionen ausgesetzt, zusätzlich zu unseren inneren Widersprüchen. Dies führte zur Schwächung unserer Linien. Außerdem forderten wir den Rückzug der libyschen arabischen Truppen. All dies verursachte unser Versagen, das uns zum Verlassen N'Djamenas zwang."⁶

Nach dieser Niederlage kam es zu langen Diskussionen zwischen den einzelnen Fraktionen der GUNT über die Ursachen der Streitigkeiten, über ein gemeinsames Programm und über die Kampfmethoden.

...Wiederkehr der GUNT unter G. Oueddei

Angesichts der Tatsache, daß die Regierung H. Habrés noch immer nicht von der OAU anerkannt war (das geschah erst auf dem 19. Gipfel vom 8.-12. Juni d.J., der sonst gescheitert wäre), beschloß man die GUNT aufrechtzuerhalten. Sie wurde im Mai d.J. von allen 10 Gruppen neu konstituiert. Gleichzeitig wurde ein ideologisches Programm ausgearbeitet.

Zu den gesellschaftspolitischen Zielen der GUNT erklärte ihr Informationsminister Uschar Tourkoudi am 12. August d.J. gegenüber dem AIB: „Wir wählten den Weg des fortschrittlichen Sozialismus und sind dabei, soziale, politische und administrative Strukturen in diesem Sinn aufzubauen.“ Auf eine stärkere Einheit deutet auch die Eingliederung der einzelnen Armeen in die Nationale Befreiungsarmee (ANL) hin, die von einem Mann aus dem Süden, General Ngue Djogo, geführt wird. Erstmals sind in der Befreiungsbewegung Mitglieder aller Volksgruppen vertreten, was darauf hindeutet, daß der Kampf nicht mehr entlang ethnischer, sondern entlang politischer Linien geführt wird.

Die GUNT begann ihre Gegenoffensive bereits Ende 1982. Im Dezember 1982 hatte sie sich in Bardai, im äußersten Norden des Landes niedergelassen. Dort baute sie mit libyscher Hilfe ihre Armee auf und drang dann schrittweise nach Süden vor. Am 24. Juni d.J. eroberte sie die wichtige Oase Faya Largeau und am 7. Juli d.J. die östliche Stadt Abéché. Auch in anderen Landesteilen, so im Südosten, Osten und Süden kam es zu Aktionen von Guerillagruppen.

H. Habré stellte den Vormarsch der ANL als libyschen Angriff hin. Prompt erhielt er Waffenhilfe von Frankreich und von den USA (im Wert von 25 Mio Dollar). Zaïre entsandte auf Kosten der USA 2.700 Soldaten und 6 Kampfflugzeuge. Dadurch gelang es H. Habré wieder bis nach Faya Largeau vorzurücken, von wo er allerdings mit Hilfe zweier libyscher Kampfflugzeuge durch die ANL wieder vertrieben wurde. Mittlerweile hatten die USA AWACS-Flugzeuge zur Überwachung des libyschen Luftraums entsandt. Und Frankreich schickte anschließend 3.000 Soldaten und 14 Kampfflugzeuge.

Der Beweis, daß Libyer sich an den Kämpfen beteiligten, blieb H. Habré jedoch anfangs schuldig. In Abéché waren 300 libysche Gefangene merkwürdigerweise getötet worden. Journalisten in Faya Largeau hatten außerdem keine Libyer entdecken können.

Allerdings hatte G. Oueddei bereits im Mai d.J. erklärt: „Sollte es jedoch eine Intervention ausländischer Kräfte in die Angelegenheiten des Tschad geben, um Habré zu unterstützen, werden wir unsere libyschen Brüder bitten zu intervenieren, wie sie es vorher getan hatten.“⁷

Erst nach dem Eingreifen Zaires, Frankreichs und der USA beteiligten sich ab Anfang August d.J. libysche Soldaten an den Kämpfen auf seiten der GUNT. Libyen hält nach wie vor die GUNT für die legitime Regierung, da sie in ihrer Zusammensetzung dem Abkommen mit der OAU im Jahr 1979 entspricht.

Hinzu kommt noch, daß die Libyer in der Anbindung H. Habrés an die USA einen weiteren Beweis für die Einkrei-

sungspolitik gegen ihr Land sehen. M. Ghaddafi hatte erklärt, er verfüge über Beweise, daß H. Habré den USA einen Militärstützpunkt zugesagt habe. Bereits Anfang Juli d.J. hatte M. Ghaddafi gewarnt: „Jede ausländische Intervention im Tschad wird von uns als ein Kriegaakt gegen Libyen betrachtet.“⁸ Bisher ist es jedoch noch nicht zu militärischen Auseinandersetzungen mit den französischen Truppen gekommen.

Jedoch wird die momentane Teilung des Landes in einen befreiten nördlichen Teil und einen von H. Habré und Frankreich kontrollierten südlichen Teil keinen Bestand haben, weil sie sowohl von den tschadischen Parteien als auch von der OAU abgelehnt wird. Eine Verhandlungslösung unter der Schirmherrschaft Frankreichs oder der OAU würde zu den gleichen Problemen führen, wie sie sich Ende 1979 der GUNT stellten.

Eine Lösung des Konflikts kann nur darin bestehen, daß Frankreich, die USA und ihre Helfershelfer in der Region sich jeglicher Einmischung enthalten und im Tschad die neokolonialen Verhältnisse, die die Ursache des Konflikts sind, endgültig beseitigt werden. Dies kann allerdings nur gegen Frankreich und die USA durchgesetzt werden.

Anmerkungen:

- 1) Nach: L'Economiste du tiers monde, Paris, Nr. 11/Februar-März 1976
- 2) Vgl.: Pensamiento Critico, Havanna, Nr. 40/Mai 1970
- 3) Siehe: Tricontinental, Havanna, Nr. 58/Januar 1971
- 4) Afrique Asie, Paris, Nr. 208/3.3.1980
- 5) Vgl. The Evening Standard, London, 28.6.1983
- 6) Al-Zahaf Al-Akhdar, Tripolis, 25.5.1983
- 7) Ebenda
- 8) Le Monde, Paris, 2.7.1983

Zeitschriftenschau

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 70/1983

Protokoll der KA-Sitzung vom 29.31.7. ● Leserbrief ● Erklärung der IKA-Redakteure ● Impuls: Stoppt den Rüstungsexport ● Im Frühtau zur Demo ● Hunger und Rüstung ● Protokoll der KKSW-Sitzung ● Pharma Brief ● Aufruf zur BMZ-Blockade am 21.10.83 ● Comiso will nicht das Hiroshima von morgen sein ● Gegen die US-Intervention in Nicaragua ● Materialien und Medien ● Termine
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
Bezug: FEA-Verlag, Broichstr. 12, 4040 Neuss 1

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 3/1983

Schwerpunkt: Das Medienbild der Dritten Welt ● Grundsatzartikel (zur Kritik der Berichterstattung und zur „Neuen Internationalen Informationsordnung“) ● Fallbeispiele (Türkei und Korea-Bild der deutschen Medien) ● Artikel über Arbeitsbedingungen der Korrespondenten (Zimbabwe) ● Erfahrungsberichte von Journalisten ● Schilderung eines ehemaligen CIA-Agenten, wie man Nachrichten lanciert ● Schwierigkeiten der Solidaritätspresse (am Beispiel Guinea-Bissau)
Einzelpreis 4 DM; Abo 22 DM
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

Informationsdienst südliches Afrika, Nr. 7-8/1983

Namibia: Initiative des Sicherheitsrats gefordert ● NGO-Treffen auf der Pariser Namibia-Konferenz ● Chronologie der Verhandlungen ● Erklärung des SWAPO-Repräsentanten in der BRD beim Friedenstag in Krefeld ● Soziale Lage ● Gewerkschaften ● Landwirtschaft ● Multis plündern Namibia ● Deutsch-Lutherische Kirche in Namibia ● Perverse Traditionspflege ● Südafrika: Militärische Eskalation ● Bonner ANC-Vertreter zum bewaffneten Widerstand ● Labour in der Sackgasse ● Berichte zu Aktionen ● Rezensionen zu Namibia-Büchern ● Kurznachrichten
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Mittelamerika-Magazin, Nr. 31/1983

Nicaragua: Vom Manöver zum Krieg? ● Zermübungskrieg der Contra ● „Wir würden lieber eine Schule einweihen als einen Freund beerdigen ● Regierung weiß von nichts ● Millionenschäden für die Wirtschaft ● Wirtschaftsjahr 1982: Besser als erwartet – Teil I ● Costa Rica: Vor dem Bankrott ● El Salvador: „Mit einem Herz und einer Seele“ ● Verhandlungen: USA verkleiden sich ● Amnestie: Gebühr zahlt Empfänger ● Fragen und Zweifel ... ansatzweise beantworten ● Guatemala: Ein Mohr hat seine Schuldigkeit getan ● Die Gewehre Guatemalas
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15 bzw. 25 DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Latinamerika-Nachrichten, Nr. 118-119/1983

CHILE: Die Minimalforderung ist: Weg mit Pinochet! Auf der Suche nach Veränderung ● Kongress-Nachlese Münster 1983 ● 2. Feministisches Treffen Latinamerikas: „Die Frauenbewegung ist ein Faktor der sozialen Veränderung“ ● Rückblick: Chile vor 10 Jahren ● MITTELAMERIKA: Hoffen auf Henry? ● GUATEMALA: Militärdiktatur und kein Ende? ● Ein Jahr danach ● SPD-MDB preist Guatemalas Demokratie ● MEDIEN: Mittelamerika im „Internationalen Frühschoppen“ ● NICARAGUA: Kooperativen ● MEXIKO: Zur aktuellen Lage ● Linkskoalition in Juchitan abgesetzt ● Nuclear, no gracias? ● JAMAICA: 21 Jahre politische Unabhängigkeit ● BRASILIEN: Massenproteste gegen Austeritätsprogramm ● PARAGUAY: Nazis in Paraguay ● BOLIVIEN: Das Volk fordert Brot und Mitbestimmung ● PERU: Der Herbst der „Demokraten“ ● Zustände wie in Mittelamerika ● SOLIDARITÄT: Grüne gegen Entwicklungshilfe für Argentinien ● Ateneo Libertad ● Bücherei für Massaya ● Chile-Demonstration ● REZENSIONEN
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 40 bzw. 65 DM
Bezug: FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61



Französische Mirage-Flugzeuge in N'Djamena

Rainer Falk

Die Tschad-Intervention Frankreichs

„Frage: Sie haben im Juni in Yaoundé (Kamerun) erklärt, daß es keinen Unterschied in der Afrikapolitik Frankreichs vor Mai 1981 und danach gibt.

Mitterrand: Das Vorgehen mag sich ändern, das Ziel aber bleibt. Das Ziel ist, die Rolle und die Interessen Frankreichs zu bewahren und unsere Aufgaben gegenüber unseren afrikanischen Freunden zu erfüllen, mit denen wir Verpflichtungen und sogar Bündnisse, zum Teil auch Militärabkommen eingegangen sind. Nicht zu vergessen die beträchtlichen wirtschaftlichen Anstrengungen, die wir in Afrika unternehmen.“
Interview in Le Monde am 25.8.1983

Im Wahlsieg François Mitterrands vom Mai 1981 sahen viele eine Chance für ein neues Verhältnis Frankreichs zur Dritten Welt.¹ Heute – mehr als zwei Jahre danach – sind derartige Hoffnungen weitgehend verfliegen.

Seit dem Algerienkrieg (1956-62) hat es keine solch massive militärische Machtdemonstration Frankreichs in Afrika mehr gegeben wie bei der Tschad-Intervention vom August 1983. Die Entsendung von rund 3.000 Fallschirmjägern und Fremdenlegionären, von Mirage-Flugzeugen, Panzern und Flak-Geschützen unter dem Kodennamen „Operation Manta“ folgte ihrer eigenen Logik.

Diese Logik hat nichts zu tun mit jenem „neuen Typ der Kooperation“ und mit jenen „Solidaritätsprinzipien“, die das „sozialistische Frankreich“ zu Eckpfeilern seiner Dritte-Welt-Politik machen wollte. Sie verweist vielmehr auf die alte interventionistische Kontinuität des französischen Neokolonialismus in Afrika.

Dabei hat die Tschad-Intervention die Rückkehr der Mitterrand'schen Außenpolitik in die Fußstapfen ihrer Vorgänger lediglich besiegelt. Schon vorher hatte Paris die Chancen für eine radikalere Neubestimmung seiner Rolle in den internationalen Beziehungen weitgehend vertan:

• Jeglichen positiven Impuls ließ die neue Regierung in Abrüstungs- und Sicherheitsfragen vermissen. Im Gegenteil: die

französische Militärstrategie befürwortet nach wie vor den vorrangigen Ausbau der eigenen Atomstreitmacht (unter Einschluß der Neutronenbombe) und plädiert energisch für die Stationierung von Erstschlagswaffen des Typs Pershing II und Cruise Missile im Rahmen der NATO-„Nachrüstung“ in Westeuropa. Außerdem strebt Paris mit der Neuaufstellung einer 80.000 Mann starken Eingreiftruppe (FAR) im Rahmen der Planung 1984-88 eine Effektivierung des globalen militärischen Interventionspotentials an. Krisenstrategien zum Interventionismus in der Dritten Welt leben wieder auf (s.w.u.).

Obwohl zur Begründung dieses Rüstungskurses in gaullistischer Tradition die Losung von der „Unabhängigkeit Frankreichs“ hochgehalten wird, demonstrierte Paris u.a. mit seiner Gastgeberrolle für ein Ministertreffen der NATO, das Mitte Juni 1983 erstmals seit 17 Jahren wieder in der französischen Hauptstadt stattfand, deutlich seine Bereitschaft zu einer stärkeren Einfügung in die westliche Arbeitsteilung.²

• Die Mittelamerikapolitik der Regierung Mitterrand setzte zwar im August 1981 mit der Anerkennung der Befreiungsfront FMLN/FDR als politischer Faktor im El-Salvador-Konflikt einen positiven Akzent, der dem Interesse der Reagan-Administration an der baldigen Wiederherstellung der Friedhofsruhe in ihrem mittelamerikanischen „Vorgarten“ zuwiderlief. Die im Frühjahr 1983 von Frankreich angekündigte Einstellung der Rüstungshilfe an das bedrohte Nicaragua kam jedoch dem Interventionskurs der USA zweifellos sehr gelegen; sie schwächt das Verteidigungspotential der Sandinistas perspektivisch und ist somit keineswegs geeignet, wie in Paris behauptet wurde, den Friedensprozeß in der Region zu fördern.

• Vor diesem Hintergrund nimmt sich das Versprechen des

sozialistischen Außenministers, Claude Cheysson, geradezu makaber aus, Frankreich werde – als derzeit drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt – bei seinen **Waffenexporten** künftig zwischen „guten“ und „bösen“ Kunden zu unterscheiden wissen. Tatsächlich verdoppelten sich die französischen Waffenexporte nahezu im Jahre 1982 gegenüber dem Vorjahr auf 70 Mrd Francs (= ca. 25 Mrd DM). Über 80% davon gingen in den Nahen Osten und nach Nordafrika.

• Auch die **Auslandshilfe** Frankreichs weist nicht jene breitere Streuung auf, die man nach einigen Hinweisen aus der Anfangszeit der Regierung Mitterrand hätte erwarten können. Zwar hält Paris an seinem Ziel fest, die öffentliche Entwicklungshilfe bis 1988 auf 0,7% des französischen Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Eindeutiger Schwerpunkt unter den Empfängerländern französischer Entwicklungs- und Militärhilfe ist aber nach wie vor die frankophone Klientel in Afrika. Von der Hilfe bekommen jetzt auch solche Länder wie die VR Kongo, Benin oder Guinea etwas ab, die von früheren französischen Regierungen bereits abgeschrieben worden waren.

• Die **französische Diplomatie** orientierte sich ebenfalls auf ihr traditionelles „Jagdgebiet“. Allein vier Rundreisen unternahm Präsident Mitterrand bislang nach Schwarzafrika. Während er dabei die traditionellen Bande zu solch profranzösischen Ländern wie Elfenbeinküste, Senegal, Gabun, Kamerun und Togo auffrischte, besuchte er als erster französischer Präsident auch die VR Kongo und Benin, wobei in beiden Fällen Fortschritte in der „Westöffnung“ registriert werden konnten.

Der profilierteste Exponent einer auf internationale Partnerschaft ausgerichteten Reformpolitik, Jean-Pierre Cot, trat Ende 1982 allerdings von seinem Amt als Entwicklungsminister zurück. Er wollte den Versuch Mitterrands, es allen auf einmal rechtzumachen und dabei auch die Unterstützung menschenrechtsverletzender Regimes in Kauf zu nehmen, nicht länger mittragen.³ Sein Nachfolger, Christian Nucci, verkörpert die neue Linie: Er war von Dezember 1981 bis Oktober 1982 Hoher Kommissar des Überseegebietes Neukaledonien, dessen Bevölkerung trotz einiger Selbstverwaltungsrechte immer noch auf die politische Unabhängigkeit wartet.

In Afrika stützt sich Frankreich nach wie vor auf seine altbewährten Instrumente. Dazu gehört neben der militärischen Präsenz und einem weitverzweigten System von Verträgen zwischen der Metropole und den ehemaligen Kolonien vor allem auch die Institution französisch-afrikanischer Konferenzen.

Die 9. Konferenz vom 8.-11. Oktober 1982 in Kinshasa/Zaire war ein besonderer Erfolg für Paris. An ihr nahmen außer F. Mitterrand immerhin 18 Staatshäupter des frankophonen Afrika teil, während sich weitere 17 afrikanische Staaten durch Minister vertreten ließen.

Präsident Mitterrand nutzte die Konferenz vor allem als Werbeforum für die Prinzipien seiner Dritte-Welt-Politik:

„Selbstversorgung auf dem Nahrungsmittelsektor, Unabhängigkeit im Energiebereich, angepaßte Industrialisierung, autozentrierte Entwicklung, Interdependenz zwischen Nord und Süd...“ wolle Paris fördern.⁴ Die Verkündung derartiger Ziele verträgt sich aus Pariser Sicht offenbar durchaus mit der „historischen Originalität der französisch-afrikanischen Beziehungen“ (F. Mitterrand), mit der das „Mutterland“ seit jeher seinen besonderen Vorherrschaftsanspruch in Afrika begründete.

In Kinshasa trieb der französische Präsident die Propagierung dieser „Frankophonie“ auf die Spitze. Er erklärte, Ziel seiner Politik sei es, in möglichst kurzer Frist Institutionen für die Bildung einer neuen frankophonen „Communauté“ (Gemeinschaft) zu schaffen. Deutlicher als durch diesen Rückgriff auf ein altes, Ende der 50er Jahre von Präsident de Gaulle eingeführtes Modell der neokolonialen Anbindung, der sog. Französisch-Afrikanischen Gemeinschaft, konnte die Kontinuität, in der auch die Afrikapolitik des „sozialistischen Frankreich“ steht, kaum noch unterstrichen werden.

Popanz Ghaddafi

In Bezug auf den Tschad-Konflikt hatte der Kinshasa-Gipfel vor allem die Funktion, daß der Quisling Hissène Habré, der im Sommer 1982 die legitime Regierung der GUNT unter Goukouni Oueddei aus N'Djamena vertrieben hatte (siehe Beitrag von N. Baraki), von Gastgeber Mobutu mit der Gloriole internationaler Anerkennung versehen wurde. Mehr noch, der Pressesprecher des Elysée-Palastes erklärte die französische Bereitschaft, dem tschadischen Staat seine Hilfe zukommen zu lassen, „wer immer seine Regierung stelle“, und alles für die Aufrechterhaltung seiner Einheit, nationalen Zusammengehörigkeit und Unabhängigkeit zu tun.⁵

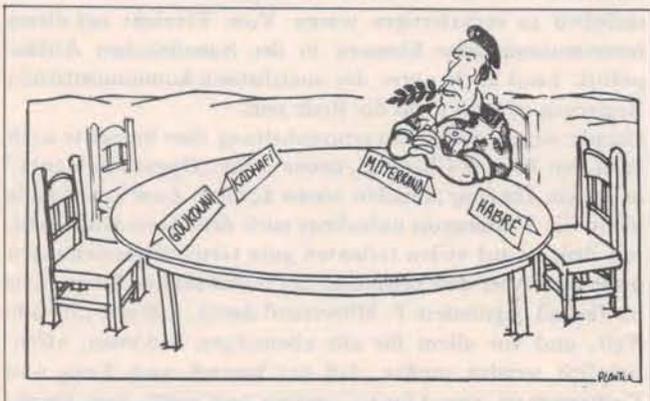
Angesichts der gegebenen Machtkonstellation im Tschad konnte dies nur als Ermutigung und Unterstützung für Habré verstanden werden. So waren die politischen Weichen für das spätere militärische Eingreifen lange vor dem Sommer 1983 gestellt worden.

Das Szenarium der „Operation Manta“ lief allerdings in einer Weise ab, die sowohl die Eingebundenheit der französischen Afrikapolitik in die innerimperialistische Arbeitsteilung als auch die von Paris beanspruchte Eigenständigkeit als Interventionsmacht in Afrika demonstrierte. Daß es dabei zu Widersprüchen zwischen Paris und Washington kam, ist nicht verwunderlich, sollte aber auch nicht überbewertet werden.

Während der Elysée-Palast noch zögerte, drängte die Reagan-Administration den Verbündeten F. Mitterrand, der seit der Rückeroberung der Oasenstadt Faya Largeau im Juni d.J. durch die GUNT-Streitkräfte eine Waffenluftbrücke nach N'Djamena eingerichtet hatte, zur direkten Intervention. „Der Tschad“, so Ronald Reagan, „gehört nicht zu unserer primären Einflusssphäre, sondern zu der Frankreichs.“⁶

Um die Notwendigkeit direkter militärischer Einflußnahme auf die Ereignisse im Tschad zu unterstreichen, hatte Washington das 2.700 Mann starke Interventionskorps des zairischen Diktators Mobutu finanziert (siehe Kasten), ein Aufklärungsflugzeug vom Typ AWACS in die Region entsandt und neben Mobutu noch den senegalesischen Staatshauptmann Abdou Diouf, der im August d.J. Präsident Reagan einen Besuch abstattete, zur entsprechenden Beeinflussung Frankreichs motiviert.

Gleichzeitig inszenierten die USA mit der Entsendung des Flugzeugträgers „Eisenhower“ in den Golf von Syrtis vor der libyschen Küste und durch ein Manöver der Schnellen Ein-



greiftruppe (RDF) mit 5.000 Mann unter dem Kodennamen „Bright Star“ in Ägypten eine großangelegte militärische Präsenzdemonstration. Ähnliche RDF-Manöver fanden zeitgleich im Sudan, Somalia und Oman statt.⁷

Hinter diesem Muskelspiel steht die der Reagan-Administration eigene Dramatisierung politischer „Turbulenzen“ in der Dritten Welt, die der US-Doktrin von der „Globalität“ der „vitalen Interessen“ der USA entspringt. Nach einer Art afrikanischer Domino-Theorie sieht Washington für den Fall, daß der Tschad in feindliche Hände fällt, gleich alle Länder dieses geostrategisch bedeutsamen Raums (Sudan, Ägypten, Kamerun, Nigeria, Niger und die Zentralafrikanische Republik) auf einmal bedroht. Als zentraler Drahtzieher dieses Szenariums und „Bösewicht“ dieser Weltregion erscheint Libyens Staatschef Muammar el Ghaddafi, der seinerseits nur stellvertretend für „Moskau“ agiere.

Für Ronald Reagan ist Ghaddafi deshalb schon lange der „gefährlichste Mann der Welt“, dessen Sturz eines der vorrangigen Ziele der US-amerikanischen Afrikapolitik ist.⁸ Gerade kürzlich hat US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger in einem geheimen Pentagonbericht „Defense Guidance“ (Verteidigungsleitlinie) diese Orientierung dahingehend ergänzt, daß die „libysche Gefahr“ die US-Interessen in Afrika und im Nahen Osten gefährde und Washington

Hilfspolizist Mobutu

Als einziger afrikanischer Staatschef antwortete Zaires Diktator Mobutu Sese Seko auf das Hilfeersuchen des bedrängten Hissène Habré. Seit dem 3. Juli d.J. schickte Mobutu 2.700 Soldaten in den Tschad, dazu zwei Mirage-Flugzeuge, drei Erdkampfflugzeuge vom Typ „Aermacchi“ sowie zwei Großtransporter vom Typ „Hercules C-130“.

Der militärische Beistand, dessen Effizienz von französischen Experten in N'djamena eher belächelt wird, kommt von einem Regime, das selbst als einer der unsichersten Kantonisten des Westens in Afrika gilt. 1977 und 1978 bedurfte es jeweils einer Interventionsstreitmacht aus französischen, belgischen und marokkanischen Truppen, um Mobutus Sessel in Kinshasa vor einer Aufstandsbewegung im südzairischen Shaba zu retten.

Nichtsdestotrotz hat Mobutu sein Engagement außerhalb der Landesgrenzen seither ausgedehnt und sich besonders im Tschadkonflikt als Gegenstück zu Libyens Ghaddafi zu profilieren versucht. Auch mit der in letzter Zeit wieder intensivierten Unterstützung für die prowestliche FNLA gegen die Volksrepublik Angola machte er von sich reden. Sein Auf-den-Plan-treten rief ihn in Paris auch bei der Regierung Mitterrand als traditionellen Verbündeten Frankreichs in Erinnerung. Und es bescherte ihm eine erheblich verstärkte Unterstützung seitens der Reagan-Administration.

Schon 1981 hatte Mobutu – nach dem Abzug Libyens – Soldaten nach N'djamena entsandt, zunächst im Rahmen der Friedensstreitmacht der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Damals wie heute geschah bzw. geschieht dies mit der finanziellen, ausrüstungsmäßigen und logistischen Unterstützung aus Washington. Bei seinem Washington-Besuch Anfang August d.J. nahm Mobutu nicht nur die Glückwünsche Präsident Reagans für sein „mutiges“ Engagement gegen Ghaddafi entgegen: Die Kosten der neuerlichen zairischen Tschad-Expedition werden zu 100% aus dem Staatshaushalt der USA beglichen. Mobutu bekam in Washington die Zusage für eine erneute Umschuldung seiner 5 Mrd Dollar Auslandsschulden und erhielt die Zusicherung neuer US-Investitionen in seinem Land. Mit der diplomatischen Anerkennung Israels als erster afrikanischer Staat (im Sommer d.J. folgte Liberia diesem Beispiel) hatte sich Zaire bereits vorher des zionistischen Beistands bei der Ausbildung der 2.000 Mann starken Leibwache des Präsidenten und bei der Neubeschaffung und -organisation der elf in Shaba stationierten zairischen Bataillone versichert.

Stellt man ferner in Rechnung, daß der größte Teil des zairischen Finanzwesens direkt durch die Beamten des Internationalen Währungsfonds verwaltet wird, so kann es nicht überraschen, daß das „Permanente Tribunal der Völker“ 1982 in Rotterdam Zaires Einmann-Diktatur als ein Regime charakterisierte, dessen Autorität sich „in Wirklichkeit auf eine Delegation von Macht durch ausländische Mächte zum Nutzen der Wirtschaftsgruppen dieser Länder gründet“.

deshalb „die libyschen subversiven Aktivitäten in ganz Afrika durch die militärische Unterstützung der befreundeten Regierungen kontern muß.“⁹

Diese Strategie schließt durchaus auch direkte militärische Schläge gegen die libysche Armee ein, wozu der Abschub zweier libyscher Flugzeuge 1981 im Golf von Syrte dann nur ein Vorspiel war.

Informierte Beobachter der Washingtoner Szene gehen heute davon aus, daß ein begrenzter Schlag gegen Libyen der Reagan-Administration gegenwärtig doppelt ins Kalkül passe: Zum einen wäre er innenpolitisch geeignet, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vom Interventionskurs in Mittelamerika abzulenken. In den Schlagzeilen der veröffentlichten Meinung war das Thema Mittelamerika von der Tschad-Berichterstattung im August d.J. bereits auf den zweiten Platz verdrängt worden. Vor dem Hintergrund der grellen Zeichnung Ghaddafis als „Verrückter“ durch die US-Medien ist im Falle einer Militäraktion gegen Libyen kaum mit Protesten zu rechnen.

Zum anderen aber wäre eine solche Aktion dazu geeignet, das Interventionspotential der Schnellen Eingreiftruppe auch einmal im praktischen Ernstfall zu erproben. Da aufgrund der konventionellen Ausrüstung der libyschen Armee kaum wie in Mittelamerika mit der Verwicklung in einen langwierigen Guerillakrieg gerechnet werden müßte, könnten die Reagan-Leute auf einen schnellen Sieg spekulieren. Und dieser könnte ihnen auf der Woge einer chauvinistisch aufgeladenen Stimmung erneut zu einem Erfolg in den kommenden Präsidentschaftswahlen verhelfen.

Die Interessenlage Frankreichs im Tschad-Konflikt stellt sich demgegenüber aus Pariser Sicht etwas nüchterner dar. „Es geht nicht um wirtschaftliche, sondern um politische Interessen“, meinte Georges Buis, ein Militärberater des französischen Präsidenten. „Die Interessen Frankreichs und der USA sind hier (d.h. gegenüber Libyen und dem Tschad; d. Verf.) nicht identisch. Frankreich will gegenüber den afrikanischen Staaten sein Image bewahren. Sie müssen auf Frankreichs Wort zählen können. Hätte Frankreich im Tschad nicht eingegriffen, so hätte das Auswirkungen in ganz Schwarzafrika.“¹⁰

Die „Operation Manta“

Zwar dürften auch die in dem von Libyen seit 1973 besetzt gehaltenen Aozou-Streifen im Norden Tschads entdeckten Uran-Vorkommen nicht völlig belanglos für die Atommacht Frankreich sein. Doch erst einmal geht es um das „Image“, das Frankreich in der Vergangenheit in Afrika genoß und das mit der Tschad-Intervention erneut unter Beweis gestellt wurde, nämlich das des verlässlichen Wachhunds westlicher Interessen in Afrika. „Vertragstreue“ galt in Paris allemal als Legitimationsformel, mit deren Hilfe militärische Stützaktionen für bedrohte neokoloniale Regimes auch noch völkerrechtlich zu rechtfertigen waren. Vom Verzicht auf dieses interventionistische Element in der französischen Afrikapolitik kann auch unter der sozialistisch-kommunistischen Regierung in Paris nicht die Rede sein.

Gerade wegen dieser Erwartungshaltung aber brauchte auch Paris den Popanz Ghaddafi, bevor es die „Operation Manta“ in vollem Umfang anlaufen lassen konnte. Zwar strebt Paris nicht wie Washington unbedingt nach dem Sturz Ghaddafis, mit dem es auf vielen Gebieten gute Geschäftsbeziehungen unterhält. Aber den Zeitpunkt des französischen Eingreifens im Tschad begründete F. Mitterrand damit, daß erst „für alle Welt, und vor allem für alle ehemaligen Kolonien, offensichtlich werden mußte, daß der Wunsch nach Krieg und Vorherrschaft von Libyen ausging und nicht von Frank-

reich, und daß Frankreich nur eingreifen würde, um die Unabhängigkeit und die berechtigten Interessen eines befreundeten Landes zu verteidigen."¹¹

Dabei ist die von Frankreich und fast den gesamten westlichen Medien aufgestellte These vom „Krieg der libyschen Armee“ für die gegenwärtige Etappe des Tschad-Konflikts ebensowenig bewiesen wie die vorgeblich massive Bombardierung Faya Largeaus Mitte August d.J. Während Libyen jedes direkte Engagement in Tschad dementiert hat, stellte sich bei einem von der Regierung Habré präsentierten libyschen Piloten, der bei einem Luftangriff abgeschossen worden sein sollte, heraus, daß er sich bereits seit den Kämpfen zwischen Oueddei und Habré im Jahre 1981 in der Gefangenschaft des letzteren befand.

Bei den Kämpfen um Faya Largeau, so schreibt Eric Rouleau, der Regionalspezialist von Le Monde, hätten zwei libysche Flugzeuge – und nicht 50, wie die westliche Presse behauptete – eingegriffen, bevor die Stadt Mitte August d.J. zum zweiten Mal von der Befreiungsarmee der GUNT eingenommen wurde. Das libysche Militärengagement beschränkte sich nach dieser Quelle bis Anfang August d.J. auf logistische Hilfestellung für die GUNT und steht in keinem Verhältnis zu der massiven Material- und Truppenhilfe Frankreichs für die Regierung Habré.¹²

Was nun die kurzfristige Zielsetzung der „Operation Manta“ betrifft, so umfaßt die Pariser Selbstdarstellung bestenfalls die halbe Wahrheit: „Es ist klar“, so F. Mitterrand, „daß die Ankunft einer größeren Zahl schwerbewaffneter französischer Soldaten strenggenommen den Rahmen des Abkommens (zwischen dem Tschad und Frankreich; d. Verl.) von 1976 sprengt. Wir erfüllen weiterhin unsere Aufgaben der Ausbildung und der logistischen Unterstützung. Aber wir spielen darüber hinaus eine Abschreckungsrolle gegenüber jedem, der sich dem Gebiet nähert, in dem wir uns aufhalten.“¹³ Es mag sein, daß auf den De-facto-Stillstand der Kämpfe, der nach der Massierung der französischen Truppen entlang des 14. Breitengrades seit Mitte August d.J. eingetreten ist, eine Phase folgt, während der der Zwang zu einer politischen Verhandlungslösung des Tschad-Konflikts, wie sie der Regierung Mitterrand vorzuschweben scheint, in den Vordergrund tritt.

Es bleibt jedoch das Faktum, daß Paris erneut – und diesmal unter sozialistischem Vorzeichen – zugunsten eines Regimes in Afrika interveniert hat, dessen Legitimität nicht nur fragwürdig ist, sondern das sich darüber hinaus fast ausschließlich auf die Unterstützung der USA, Frankreichs und von deren lokalen afrikanischen Vassallen (siehe Zaire) stützt, ohne die es nicht einen Monat lang überleben könnte. Wie schließlich kann man noch an einen substantiellen Unterschied zwischen der Afrikapolitik Mitterrands und der seiner Vorgänger glauben, wenn inmitten Afrikas eine Eingreiftruppe von 3.000 Mann unter dem Kommando eines Jean Poli agiert, der bereits in Indochina, Algerien, Madagaskar, Togo, Djibouti und zuletzt in Zaire zur Stelle war, als es galt, das Leben neokolonialer Satrapen zu verlängern?

Anmerkungen:

- 1) Siehe: AIB 10/1981, S. 32-35 und AIB 11-12/1981, S. 60-62
- 2) Vgl. Le Monde, Paris, 19./20.6.1983
- 3) Vgl. dazu: Le Monde, 16./17.1.1983
- 4) Zit. nach: Le Monde, 10./11.10.1982
- 5) Ebenda
- 6) Zit. nach: Der Spiegel, 15.8.1983
- 7) Vgl. Jeune Afrique, Paris, Nr. 1182/31.8.1983 und Afrique Asie, Paris, Nr. 303/29.8.1983
- 8) Vgl. Le Monde Diplomatique, Paris, September 1983
- 9) Zit. nach: Afrique Asie, Nr. 303/29.8.1983
- 10) Interview in: Stern, 15.9.1983
- 11) Interview in: Le Monde, 25.8.1983
- 12) Vgl. dazu: Le Monde Diplomatique, September 1983
- 13) Interview in: Le Monde, 25.8.1983



Service Civil International

Dieser literarische Kalender aus 12 Fotos und Gedichten enthält Aufnahmen, die in Dörfern in Westafrika entstanden sind. Afrika '84 soll Ausdruck unserer Sympathie für Afrika, seine Menschen und ihr Ringen für politische, wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit sein.

Der Erlös dieses Kalenders ist für den Aufbau eines Landwirtschaftsprojektes in Moçambique und für die Arbeit der Afrika-Kommission im SCI bestimmt.

Wir haben auch eine Postkartenserie über den Senegal herausgebracht. Sie besteht aus 8 Farbpostkarten mit Begleitheft und kann ebenfalls über uns bezogen werden.

Bestell-Coupon. Bitte einschicken an: SCI-Hamburg, c/o D. Koppe, Bahrenfelder Ch. 101, D-2000 Hamburg 50

Ich/wir bestelle/n:

... Expl. AFRIKA '84 à 10,- DM

... Expl. Postkartenserie „Senegal“ à 8,- DM

Den Rechnungsbetrag von DM + 2,80 DM Versandanteil habe/n ich/wir auf das Kto. 1370549800 bei der BfG Hamburg, BLZ 200 101 11, überwiesen.

Verrechnungsscheck über DM (incl. 2,80 DM Versand) liegt bei.

Ab 10 Expl. Lieferung frei Haus. Auslieferg. nach Eingang des Betrages.

Ort/Datum: Unterschrift:

AIB-Friedensflugblatt anfordern!



Atomkrieg und 3. Welt

... heißt unser Schwerpunkt im heißen Herbst der Friedensbewegung. Wir beleuchten das Thema Frieden aus der Sicht der Dritten Welt.

Z. B. in AIB 7-8/83: Mittelstreckenraketen und Dritte Welt

- Die Schnelle Eingreiftruppe Eckpfeiler im Atomkriegsplan Washingtons
- Wer plant den biologischen Krieg?
- Kriegsschauplätze der Dritten Welt: Südliches Afrika, Libanon, Mittelamerika
- Die neue Friedensbewegung in Israel
- und vieles andere mehr

Wir suchen dringend AIB-Leser, die uns bei Werbeaktivitäten im „heißen Herbst“ 1983 unterstützen möchten und bereit sind, unser Flugblatt „Atomkrieg und Dritte Welt“ massenhaft bei Friedensveranstaltungen unter die Leute zu bringen. Insbesondere brauchen wir Flugblattverteiler für die Volksversammlungen am 22. Oktober in Bonn, Stuttgart/Ulm und Hamburg. Meldet Euch, wenn Ihr uns dabei helfen könnt! Wir stellen Euch das Flugblatt dann in der gewünschten Auflagenhöhe zu.

Anerkennungsgeschenk: Jeder Flugblattverteiler bekommt von uns zwei aktuelle Dritte-Welt-Bücher kostenlos!

Schreibt uns oder ruft an: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 06421/24672

Jürgen Ostrowsky

Widerstand auf breiter Front

Beobachter waren sich einig: Die Gründung der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) am 22. August d.J. markiert den Beginn „einer neuen Phase des Befreiungskampfes in Südafrika“ (The Sowetan).

Veteranen dieses Kampfes vermochten sich nur an ein vergleichbares Ereignis zu erinnern: An den historischen Volkskongress des 26. Juni 1955 in Kliptown bei Johannesburg mit seinen über 3.000 Delegierten, den die „Kongress-Allianz“ organisiert hatte – das Bündnis aus der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC), dem nichtrassischen Gewerkschaftsbund SACTU sowie den demokratischen Organisationen der Inder, der Farbigen und der Weißen –, und der die „Freiheitscharta“ verabschiedet hatte, das heute noch gültige Grundsatzprogramm des ANC für ein befreites Südafrika.

Diesmal waren es 12.000 Teilnehmer, die in das Rocklands Civic Center von Mitchell Plains vor den Toren Kapstadts geströmt waren. Sie vertraten etwa 400 Organisationen unterschiedlichster Art – Ausdruck der gewaltigen Breite des Widerstands gegen das Apartheidsystem heute: Gewerkschaften wie SAAWU, CUSA oder GAWU, die sich großen Anhangs unter den Schwarzen Südafrikas erfreuen; Schüler- und Studentenorganisationen wie COSAS und AZASO sowie den Studentenverband der englischsprachigen Weißen, NUSAS; Frauenverbände, kirchliche Gruppen wie die Young Christian Students oder den Kirchenrat des Witwatersrand-Gebiets und religiöse Gemeinschaften wie den Islamic Council of South Africa, Berufsvereinigungen wie die Demokratische Anwalts-Vereinigung und schließlich die Widerstandsgruppen der Farbigen bzw. Inder wie die Inderkongresse von Transvaal und Natal. Die Mitgliederzahl dieser Organisationen geht in die Hunderttausende, ihre Anhängerschaft zählt nach Millionen.

Die Gründung der UDF geht wesentlich auf die Initiative des farbigen Pastors Alan Boesak, des Präsidenten des Weltbundes Reformierter Kirchen, zurück.

Aufbruchstimmung bei der UDF-Gründung

Sie ist auch eine Reaktion auf das Einschwenken der Partei der Farbigen, der Labour Party, im vergangenen Jahr auf die Verfassungspläne des Rassistenregimes, die eine Pseudobeteiligung der Inder und Farbigen an der Regierung und den endgültigen Ausschluß aller Schwarzen von der Bestimmung ihrer Geschicke vorsehen (das Verfassungsreferendum ist zum 2.11.1983 angesetzt; d. Red.). Der daraus entstehende Konflikt, so Boesak im Februar d.J. in einem Interview, werde diesmal keiner „entlang der rassistischen Linie sein. Er wird sie überschreiten. Aber er wird deshalb nicht weniger gewaltsam oder tragisch sein.“

Am 23. Januar 1983 fand in Johannesburg die Gründung der UDF von Transvaal statt. In ihrer Deklaration nahm die Forderung nach „Schaffung eines nichtrassischen, einheitlichen Staates in Südafrika“ die zentrale Stelle ein, ergänzt um die folgerichtige Betonung der Notwendigkeit der „Einheit im Kampf“ aller Demokraten „ungeachtet der Rasse, Religion oder Hautfarbe“; Ziel war die Mobilisierung gegen



UDF-Gründer und Ehrenpräsident, Pastor Alan Boesak

die Verfassungspläne sowie neue Zwangsumsiedlungsgesetze des zuständigen Ministers („Koornhof-Gesetze“). Dem Beschluß von Transvaal folgten ähnliche Gründungen in den Provinzen Natal und Kap.

Diese Zusammenschlüsse auf regionaler Grundlage bilden die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit der UDF. Wesentlich dafür werden vor allem Jugendkongresse sein wie der „Kap-Jugendkongress“ (CAYCO), den über 1.000 Delegierte zahlreicher Jugendverbände Ende Mai 1983 in Kapstadt gründeten.

Die nationale Gründungskonferenz im August d.J. prägten Aufbruchstimmung und Militanz. Die südafrikanische Zeitung The Star berichtete: Aubrey Mokwena, Leitungsmittglied des „Freiheit für Mandela“-Komitees, „riß die Menge mit Worten mit wie: 'Betet nicht wie Missionare, die ihre Augen beim Gebet schließen, sondern wie Revolutionäre, die mit geöffneten Augen beten.'“ Der Kongress verabschiedete eine Anzahl Resolutionen, vor allem aber eine Grundsatzserklärung (siehe Kasten), in welcher die Notwendigkeit der Einheit betont wird und die Kampfziele benannt werden.

Nur kurze Passagen enthalten „programmatische“ Aussagen über langfristige Ziele – und diese gleichen den entsprechenden Formulierungen in der Freiheitscharta von 1955 fast aufs Wort. Nicht von ungefähr.

Die UDF begreift ihren Kampf vorrangig als Abwendung der Verfassungspläne und der „Koornhof-Gesetze“. Andererseits lassen die Aussagen der UDF-Führer keinen Zweifel daran, daß die Grundprinzipien der Charta ihre Politik weitestgehend bestimmen.

Überdies betrachtet sich die UDF nicht als irgendeine Art Ersatz für die Befreiungsbewegung – also vor allem für den ANC. So erklärte die UDF von Transvaal zur Hinrichtung der „Moroka Drei“ genannten ANC-Guerillakämpfer Anfang Juni d.J.: „Die unterdrückten Massen betrachten diese drei Männer nicht als Feinde des Volkes, sondern als Feinde eines Unrechtsregimes.“

„Die UDF ist eine Front“, hatte Ende Juli d.J. der schwarze Studentenfunktionär David Johnson erklärt. „Sie ist keine einzelne Organisation, sondern besteht aus einer Anzahl Organisationen, die sich auf der Basis eines Katalogs von Minimalforderungen zusammengefunden haben.“ Aufgabenstellung – Massenmobilisierung – sowie (freilich unter den gegebenen Umständen prekäre) Legalität weisen ihr eine wesentliche Rolle im Befreiungskampf zu, machen sie objektiv zum Bestandteil einer Strategie, wie sie der ANC entwickelt hat.

1981 hatte Oliver Tambo, amtierender ANC-Präsident, vor dem UN-Sonderausschuß gegen Apartheid erklärt: „Wir haben dem bewaffneten Kampf in unserem Land den Vorrang gegeben, aber wir haben niemals eine erfolgreiche Entwick-

lung dieses Kampfes ohne die Massenmobilisierung und -aktivierung unseres Volkes angenommen, ohne die Vereinigung der patriotischen Kräfte im Lande sowie die Bestärkung der demokratischen Bewegung unter den Weißen.“ Und in einem Interview im Juli 1983: „Wir operieren an drei Fronten – derjenigen der Arbeiter, derjenigen der Massenaktionen des Volkes sowie derjenigen bewaffneter Aktionen.“

Daß sich die UDF in diese Gesamtstrategie „fügt“, ist weder Zufall noch Ergebnis von „Drahtzicherei“. Wenn Veteranen der „Kongreßallianz“ – etwa Helen Joseph, eine Weiße, der Inder R.D. Naidoo oder der schwarze Anwalt Archie Gumede, Sohn eines ANC-Präsidenten der 20er Jahre – auf der UDF-Konferenz eine personelle Kontinuität demonstrierten; wenn zu Ehrenpräsidenten der UDF neben Alan Boesak, dem weißen Pastor Beyers Naude und anderen der ANC-Präsident Nelson Mandela sowie die sieben mit ihm 1964 zu lebenslanger Haft verurteilten Guerillaführer bzw. ANC-Führungsmitglieder Walter Sisulu, Govan Mbeki, Raymond Mhlaba, Elias Motsoaledi, Andrew Mlangeni, Ahmed Kathrada und Dennis Goldberg gewählt wurden; wenn mit dem Gewerkschafter Oscar Mpetha und Archie Gumede so-

Deklaration der Vereinigten Demokratischen Front Die Vision eines geeinten, demokratischen Südafrika

Wir, freiheitsliebende Menschen Südafrikas, teilen der ganzen Welt mit einer Stimme mit, daß wir die Vision eines geeinten, demokratischen Südafrika hegen, das auf dem Willen des Volkes beruht, und daß wir nach der Einheit unseres gesamten Volkes durch gemeinsame Aktionen gegen die Übel der Apartheid und gegen wirtschaftliche wie alle anderen Formen von Ausbeutung streben, und daß wir uns auf unserem Marsch hin zu einem freien und gerechten Südafrika von diesen hohen Idealen leiten lassen:

Wir treten ein für die Schaffung einer wirklichen Demokratie, unter der alle Südafrikaner an der Regierung unseres Landes teilhaben werden.

Wir treten ein für ein einziges, nichtrassisches, nicht zersplittertes Südafrika, ein Südafrika frei von Bantustans und Volksgruppengebieten.

Wir sagen, daß alle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung beendet werden müssen.

Wir sagen nein zum Verfassungsgesetz

In Übereinstimmung mit diesen hohen Idealen reichen wir – kommunale, Frauen-, Studenten-, religiöse, Sport- und andere Organisationen sowie Gewerkschaften – einander die Hände und sagen nein zur Apartheid.

Wir sagen nein zu der Republik des Verfassungsgesetzes von Südafrika – ein Gesetz, das lediglich eine weitere ungerechte Verfassungssituation in unserem Geburtsland schaffen wird.

Wir sagen nein zu den Koornhof-Gesetzesvorlagen, die immer mehr Afrikaner ihres Geburtsrechtes berauben werden.

Wir sagen ja zur Geburt der Vereinigten Demokratischen Front an diesem historischen Tag.

Wir sind uns bewußt, daß diese Regierung entschlossen ist, die Einheit unseres Volkes zu zerbrechen, daß unser Volk noch größere Mühsale zu gewärtigen hat, daß unser Volk, in rassistisch abgetrennten Gebieten und umgesiedelt lebend, von dem Reichtum abgeschnitten sein wird, den es in den Städten produziert, daß Mieten und andere grundlegende Gebühren steigen und daß unser Lebensstandard fallen wird, daß die arbeitenden Menschen Rasse für Rasse, Städter von Landbewohner, Beschäftigter von Arbeitslosem, Männer von Frauen voneinander getrennt werden.

Niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Angriffe auf unsere Gewerkschaften werden fortbestehen, die Lernenden werden weiterhin unter einer ungleichen Ausbildung zu leiden haben, die geschaffen wurde, um ein Reservoir billiger Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben.

Ethnische Kontrolle und ungleiche Möglichkeiten werden bleiben, die Apartheid wird weiter in den Klassenzimmern zu spüren sein.

Das religiöse und kulturelle Leben unseres Volkes wird in Mitlei-

denschaft gezogen werden.

Die Sünden der Apartheid werden weiterhin der Kultur und den Religionen unseres Volkes den Stempel aufdrücken. Die Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen wird weitergehen. Unter den neuen Paßgesetzen werden die Frauen noch stärker zu leiden haben, sie werden von ihren Kindern und ihren Familien getrennt werden.

Armut und Unterernährung werden weiterhin das Familienleben zerstören.

Die Hauptlast der Apartheid werden immer noch unsere Familien zu tragen haben. Der nichtrassische Sport wird in Mitleidenschaft gezogen werden, es wird weniger Geld für den Bau von Sportanlagen geben, und die forcierte Separierung wird dem nichtrassischen Sport einen weiteren Schlag versetzen.

Wir wissen, daß die Apartheid fortbestehen wird, daß weiße Herrschaft und Ausbeutung fortbestehen werden, daß Zwangsumsiedlungen, die Volksgruppengebiete und die Bantustans bleiben werden.

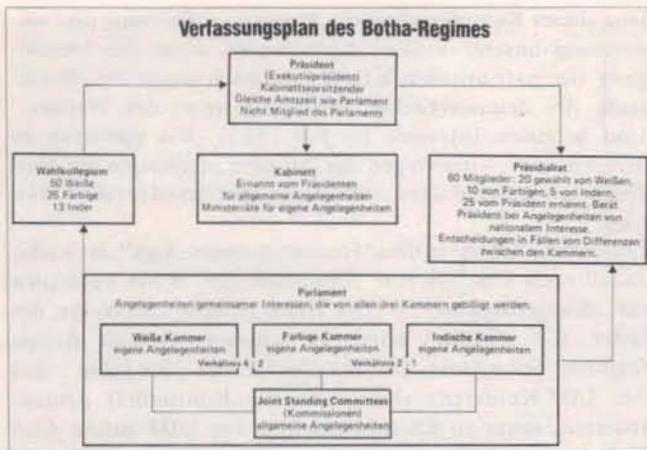
Wir wissen, daß es mit der ungleichen Verteilung von Land, Reichtum und Schätzen des Landes kein Ende haben, daß das Wanderarbeitersystem fortbestehen und das Familienleben zerstören wird. Wir wissen, daß die Regierung immer falsche Führer benutzen wird, die ihre Juniorpartner werden und uns kontrollieren sollen.

Unser Leben wird weiterhin angefüllt sein mit Ängsten – vor Schikanen, Bann, Haft und Tod.

Eingedenk der Tatsache, daß die neuen Verfassungspläne und die Koornhof-Maßnahmen Apartheid und weiße Vorherrschaft noch tiefer verankern werden, verpflichten wir uns auf die Vereinigung unseres gesamten Volkes, wo immer auch es sich befindet – in den Städten wie auf dem Land, in Fabriken und Bergwerken, Schulen, Hochschulen und Universitäten, daheim und auf Sportplätzen, in Kirchen, Moscheen und Tempeln –, um für unsere Freiheit zu kämpfen.

Wir entschließen uns daher, in unserem gemeinsamen Kampf Schulter an Schulter zu stehen und verpflichten uns, gemeinsam dafür zu arbeiten, alle kommunalen, Arbeiter-, Lernenden-, Frauen-, religiöse und andere Organisationen unter dem Banner der UDF zu organisieren und zu mobilisieren; unser Volk ständig und aufrichtig anzuhören und uns standhaft zu bemühen, seine Ansichten und Bestrebungen zu vertreten; alle über die auf uns zukommenden Gefahren und die Notwendigkeit der Einheit aufzuklären; alle Organisationen des Volkes aufzubauen und zu stärken, und in der Aktion gegen diese Gesetzesvorlagen und andere, unser Volk tagtäglich betreffende Probleme geeint zu sein.

Daher geloben wir jetzt, in dieser Vereinigten Demokratischen Front zusammenzukommen und Seite an Seite gegen die Verfassungspläne der Regierung und die Koornhof-Vorlagen zu kämpfen. (Quelle: The Star, Johannesburg, 29.8.1983)



wie Walter Sisulus Gattin Albertina gleichfalls ANC- bzw. SACTU-Veteranen zu UDF-Präsidenten bestimmt wurden – dann drückt dies vor allem die nationale Anerkennung des ANC, seiner Politik und seiner Führer aus. Und dann bestätigt dies die von ihm auf der Leitungskonferenz im tansanischen Morogoro 1969 entworfene Strategie des Befreiungskampfes.

In dem Grundsatzdokument „Strategie und Taktik“ hatte der ANC u.a. die Notwendigkeit der Einheit aller derjenigen Kräfte herausgestellt, die das Hauptziel des Kampfes für ein demokratisches Südafrika zu unterstützen bereit sind – die Befreiung der Masse der Afrikaner als der am stärksten unterdrückten Bevölkerungsgruppe – und damit seine Bündnisposition bekräftigt: „Überzeugte Revolutionäre sind unsere Brüder, gleich zu welcher Gruppe sie gehören. In unserer Bewegung darf es keine Mitglieder zweiter Klasse geben.“

Kollektive Erfahrungen wie der verschärfte Terror des Regimes (Soweto 1976 etwa), der Druck sozialer Verschlechterungen zum einen, gewachsenes Selbstbewußtsein, zumal durch erkämpfte Teilerfolge, die Wirkung der ANC-Guerillaaktionen, die die Verwundbarkeit des Systems demonstrieren, die Entwicklung Rassenschranken und soziale Trennungslinien überschreitender Kampfaktionen zum anderen bilden die Basis für die Erfolge der Einigungsbestrebungen. Wenn Boesak auf der Nationalkonferenz erklärte, „es ist nicht wahr, daß die Apartheid die Unterstützung aller Weißen findet“, dann verleiht die reale Entwicklung dieser Aussage ihre Glaubwürdigkeit und politische Wirkung. Zugleich belegt die UDF-Gründung die Überholtheit etlicher Konzepte eines engen schwarzen Nationalismus wie er innerhalb der „Bewegung des schwarzen Selbstbewußtseins“ gängig war und teilweise noch ist.

So geriet das Bündnis, das sich um die AZAPO (Azanische Volksorganisation, die wichtigste Nachfolgegruppe der 1977 verbotenen Organisationen des „Schwarzen Selbstbewußtseins“) Ende Juni d.J. als Nationales Forum gebildet hatte, bereits in den politischen Sog der UDF. Kein Geringerer als der AZAPO-Führer Curtis Nkondo betonte jüngst in einem Interview die einigende Wirkung der Freiheitscharta für den Kampf „aller unterdrückten und ausgebeuteten Massen und aller progressiven demokratischen Massen“.

Die UDF-Gründung stellt den nächst dem Volkskongreß von 1955 historisch bedeutendsten Versuch der Schaffung eines breiten Bündnisses dar. Sie steht in einer Reihe mit der Non-European Convention von 1930 und der All-African National-Convention von 1935 sowie der Konferenz von Bloemfontein von 1981 – und übertrifft diese sämtlich. Sie stellt den Spaltungskonzepten des Regimes, die es blind für die Wirklichkeit verfolgt, die Einheit entgegen – eine militante Einheit: „Wir wollen alle unsere Rechte“, rief Alan Boesak unter dem Beifall der 12.000 aus, „wir wollen sie hier und wir wollen sie jetzt!“

AIB-Sonderhefte



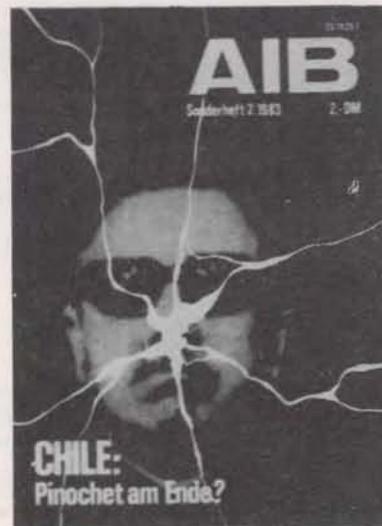
1/83: Bundesrepublik und 3. Welt

Mit folgenden Beiträgen:

Bilanz der Entwicklungspolitik der sozialliberalen Koalition • Neokolonialistische Weltmacht BRD – eine Datenübersicht • Die Dritte-Welt-Konzeption der Rechtskoalition Kohl/Genscher • Dokumente zur Dritte-Welt-Politik der CDU/CSU • Vormarsch der bundesdeutschen Multis in der Dritten Welt • Die stetige Ausweitung der BRD-Rüstungsexporte

36 Seiten

DM 2,-



2/83: Chile

Mit folgenden Beiträgen:

Einschätzung der aktuellen Lage • Stimmen der Linksoption: Statements von C. Almeyda (PS), G. Dias (MIR), L. Corvalan (PCC) und A. Sule (PR) • H. Cuevas (CNT) zur Rolle der Gewerkschaften • Bundesrepublik und Chile: Beiträge von G. Stuby und H. O. Vetter, Faktenübersicht • Materialien des Chile-Kongresses von Münster

24 Seiten

2,- DM

3/82: El Salvador

Mit folgenden Beiträgen:

El Salvador – kein neues Vietnam • Soziale Veränderungen im Griff der Oligarchie • Von der „Reform“junta zum Krieg gegen das Volk • Der Befreiungskampf der FMLN/FDR

40 Seiten

DM 2,50

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

4. _____
(Name)
- _____ (Straße/Hausnummer)
- _____ (Ort)
5. _____
(Name)
- _____ (Straße/Hausnummer)
- _____ (Ort)
6. _____
(Name)
- _____ (Straße/Hausnummer)
- _____ (Ort)

**Bestellliste**

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
—	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00	
—	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00	
—	Graphikmappe , Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
—	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
—	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten (ab 10 Exemplare 2,70 DM)	3,00	
—	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-El Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Silber	14,00	
—	Anhänger ASK-Minitaube aus Silber	9,00	
—	Silberkettchen , dazu passend	7,00	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
—	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	19,80	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	23,00	
—	Anstecker ASK-Taube aus Silber	19,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau	5,00	



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:

Four vertical lines for the sender's address on the postcard.



An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“
mit 15 Plakaten aus dem freien
Nicaragua, DIN A3, alle Plakate
mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal, Vega, DIN A4 Überformat, s/w, Stück 10,— DM, ab 10 Ex. 8,— DM



Anhänger ASK-Taube aus Silber,
Stück 14,— DM



Ohrhänger ASK-Taube aus Silber,
an Kettchen mit Stecker,
Paar 27,50 DM

Anhänger ASK-Taube aus Ton,
braun oder blau, Stück 5,— DM

Unser aktuelles Buchgeschenk

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen? Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert. Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.

W. Huismann
Dieser Augenblick rückt näher
Reportagen aus Chile
Pahl-Rugenstein 1983

Dritte-Welt-Kalender '84
Lamuv 1983

W. Brönner/H.E. Gross
EL SALVADOR
die unsichtbare Front
Weltkreis 1983

Kleine Bibliothek
Pahl-Rugenstein

Dritte-Welt-Kalender '84

Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Achtung:
Bestellkarte in der
Heftmitte benutzen!

Für's AIB werben lohnt sich!

Harald Meinke

Abkehr von der „holländischen Demokratie“

Bis zum 25. Februar 1980 war Surinam keine Erwähnung in den Spalten der Weltpresse wert. Selbst seine englischsprachigen Nachbarn wußten nur wenig über die Interna des Landes.

Nicht zuletzt lag das an der Landessprache, dem Niederländischen, der Sprache der holländischen Kolonialherren. Surinam ist geographisch, sprachlich und kulturell vom Rest des Kontinents isoliert.

Im Jahr 1975 hatte Holland seiner Kolonie Surinam endlich die langersehnte Unabhängigkeit gewährt. Der niederländische Gouverneur J. Ferrier wurde der erste „gewählte“ Präsident der Republik. Die Frankfurter Allgemeine beschrieb die Situation am 7.2.1983 zutreffend: „Surinam war 1975 ein völlig von niederländischen und anderen ausländischen Interessen und Gewohnheiten beherrschtes Land. Die Regierung war korrupt, aber immerhin herrschte eine Demokratie nach holländischem Vorbild.“

Und so sah diese Demokratie aus: 1980 hatte die Arbeitslosenquote die Rekordmarke von 35% erreicht und das, obwohl in einem Massensexodus zwischen 1965 und 1978 über 130.000 Surinamesen ihre Heimat in Richtung Holland verlassen hatten, immerhin rund ein Drittel der Bevölkerung! „Die Regierung war korrupt, aber immerhin...“, mit diesem Ist-Zustand wollte sich eine Gruppe idealistischer Unteroffiziere nicht abfinden. Tage vor dem Militärputsch am 25.

Februar 1980 wurden Männer aus dieser Gruppe von der Polizei verhaftet.

Allesamt Mitglieder der „Gewerkschaft der Militärkader“, die quasi illegal unter der Führung des damaligen Unteroffiziers Desi Bouterse gegen soziale Mißstände und die Korruption innerhalb der Armee kämpfte. Die Forderungen dieser Gewerkschaft stießen auf wenig Gegenliebe bei der Regierung des damaligen Premiers von Surinam, Henk Aaron.

Die Unteroffiziere handelten. Kurzenschlossen kaperten sie das Küstenschiff S-402, ausgerüstet mit modernen Beaufort-Schnellfeuerkanonen. In der wichtigsten Garnison Paramaribos, der „Memre Boekoe-Kaserne“, sammelten sich die revolutionären Unteroffiziere und begannen mit der Operation „Stunde U“. Sie eröffneten das Feuer auf die Polizeistationen der Stadt, um ihre inhaftierten Armee-Kollegen zu befreien.

Die Polizei-Hauptwache von Paramaribo, in der sich Premier Henk Aaron verschanzt hielt, wurde mit den Kanonen des S-402 zusammengeschossen. Am Abend standen nur noch die sechs Steinsäulen, die den Eingang zum Polizeihauptquartier gebildet hatten. Der Holzbau selber war bis auf die Fundamente niedergebrannt.

Henk Aaron und die Polizisten ergaben sich. Er lebt immer noch in Paramaribo, als Geschäftsmann. Die „Revolution“,



Februar 1980: Flammen in der Polizeistation der Hauptstadt Paramaribo – Auftakt der „Operation U“ (L); Unabhängigkeitsplakat 1975

die keine Volksrevolution nach kubanischem oder nikaraguanischem Muster war, hatte fast unblutig „gesiegt“.

Der Revolutionsführer, Oberstleutnant Desi Bouterse (37), Chef der kleinen, 1.000 Mann starken Armee des Landes, wird von Radio Niederland seitdem als amerikanischer Idi Amin (Ex-Diktator Ugandas; d. Red.), als Dracula-Ver-schnitt und Mächtegern-Frankenstein titulierte.

Der Offizier, der am nächsten Morgen vor uns steht, paßt nicht in diese Schablone. Desi Bouterse ist ein charismatischer Mann, ruhig, mit kohärenten Gedankengängen, ein Patriot, kein Radikalinski. Er ist kein plumper Unteroffizier, eher ein Intellektueller, der fließend englisch und deutsch, holländisch und Taki-Taki, das heimische Kauderwelch, spricht.

Er redet viel vom „holländischen“ und vom „US-Imperialismus“. Mit Desi Bouterse begegnen wir einem Mann, der für beides steht: für die Suche nach einer surinamesischen Identität und für seine eigene Vergangenheit, als holländisch erzogener und auf den Westen, sprich die NATO, fixierter Offizier. Er diente in Holland und der BRD als NATO-Soldat, trat im November 1975 in die surinamesische Armee ein, wurde 1978 zum Vorsitzenden der „Gewerkschaft der Militärkader“ gewählt und stand 1980 an der Spitze der Kommandotruppe, die Henk Aaron absetzte.

Desi Bouterse gilt heute in Washington als trojanisches Pferd Kubas und der Sowjetunion in Südamerika. Richtig ist, daß der Oberstleutnant gemeinsam mit Kubas Staatschef Fidel Castro und dem Premierminister von Grenada, Maurice Bishop, im April 1983 nach Delhi, zum Gipfel der Nicht-paktgebundenen gereist ist.

Ein Aktionsplan als Revolutionsgerüst

Richtig ist sicher auch, daß Bouterse den kubanischen Entwicklungsprozeß mit Respekt, ja sogar mit offener Bewunderung betrachtet. Aber Bouterse kennt die fast irrationale Skepsis seiner Landsleute gegenüber Kubanern generell – Folge einer über 20 Jahre – systematisch betriebenen anti-kubanischen Propaganda.

Kuba versucht, Surinam dort zu helfen, wo es aus eigener Kraft gewisse Engpässe nicht überwinden kann. So haben nach dem Dezember 1982, als die Revolutionäre eine etwas härtere Gangart einschlugen, einige Surinamesen das Land verlassen. Aber es gab und gibt keinen Exodus, wie nach dem Sieg der kubanischen Revolution.

Damals verließen fast alle Ärzte die Zuckerinsel, in Surinam waren es nur wenige. So lebt in Paramaribo kein Senior-Cardiologe mehr und nur ein Orthopäde. Kuba hat Surinam seine Fachärzte angeboten.

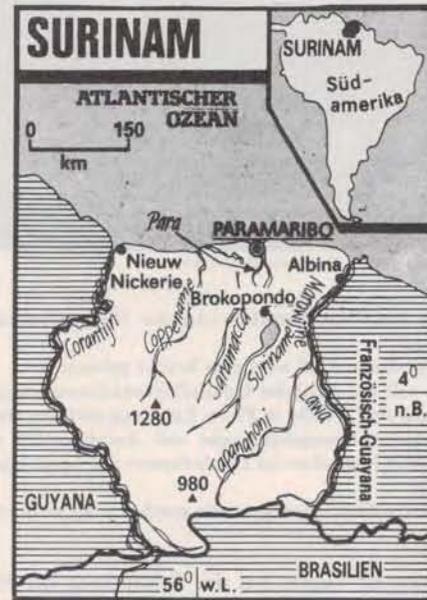
Im Fußballstadion von Paramaribo, beim Qualifikationsspiel für die Olympischen Spiele zwischen Surinam und Kuba (Ergebnis 1:0, Temperatur 42 Grad im Schatten), sind Osvaldo Cardenas, Kubas Botschafter, und Surinams Premierminister Errol Alibux, dessen Union der Fortschrittlichen Arbeiter und Bauern (PALU) gemeinsam mit der linken Revolutionären Volkspartei (RVP) und der gemäßigten Partei der Nationalen Republikaner (PNR) die politische Basis der Revolutionsregierung bildet, Ehrengäste des Tages.

Mit Dick de Bie, dem Chef der nationalen Informationsagentur NVD, ziehen wir nach dem Spiel in sein Office im Grote Combeweg 5. Wir bitten ihn, uns die Ziele der Februar-Revolution darzulegen.

Heraus kommt kein großes ideologisches Gerüst, sondern eine Art Aktionsplan, den die Bouterse-Gruppe in die Tat umsetzen will. Einige Punkte seien genannt:

- eine allgemeine Altersversorgung soll eingeführt werden;
- die Alterspensionen sollen jährlich der Inflationsrate angepaßt

Surinam-Daten



Territorium: 163.265 qkm (1/3 größer als die BRD)

Bevölkerung: 390.000 Einwohner (1980). Davon 38% Inder, 31% Kreolen, 15% Javaner, 10% Schwarze, 3% Indios, 2% Chinesen und 1% Europäer

Hauptstadt: Paramaribo, 161.000 Einwohner (1978)

Religion: 45% Christen (meist Protestanten), 20% Moslems, 28% Buddhisten oder Brahmanen

Sprache: Amtssprache ist das Niederländische, dazu Sprachen der Volksgruppen und Mischsprachen

Währung: Surinam-Gulden (SF); 1 SF = 1,42 DM (Stand Juni 1983)

Wirtschaft und Soziales: Suriname ist ein wenig entwickeltes kapitalistisches Agrarland mit exportorientiertem Bauxit-Bergbau. Das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt lag 1980 bei 2.840 Dollar. Vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) entfielen im gleichen Jahr 10,1% auf die Landwirtschaft, 18,0% auf den Bergbau und die Bauxitverarbeitung, 15,4% auf Industrie, Versorgung und Bauwirtschaft, 56,5% auf Dienstleistungen. Der Bauxitabbau, der 1980 zu 80,7% zum Export beitrug wird vom US-Konzern ALCOA beherrscht. Haupt-handelspartner sind die USA und die Niederlande.

20% der Bevölkerung sind Analphabeten. Die Lebenserwartung beträgt 68 Jahre

Geschichte:

1498 Kolumbus entdeckt die Küste Surinams

1598 Erste niederländische Ansiedlungen

1815 Surinam wird niederländische Kronkolonie

1863 Aufhebung der Sklaverei nach mehreren Sklavenaufständen

1954 Die Bevölkerung erkämpft sich das Recht auf bedingte Selbstverwaltung

1975 Surinam wird unabhängig

1980 Sturz der bürgerlich-demokratischen Regierung durch einen Militärputsch progressiver Militärs um Desi Bouterse

werden, außerdem werden sie auf ein Minimum von 90 SF angehoben;

- ein Solidaritätsfond soll gegründet werden, aus dem die Bedürftigen versorgt werden;
- Paramaribo soll ausreichend Tageszentren für Kleinkinder erhalten, um mehr Frauen die Teilnahme am Produktionsprozeß zu ermöglichen;
- in Paramaribo und den umgebenden Distrikten sollen 3.500 Häuser für Niedrigverdiener, speziell auch Behinderte gebaut werden;
- der soziale Wohnungsbau soll verdoppelt werden;
- acht Reismühlen und Silos sollen im Land errichtet werden;
- 300 ha Land sollen für den Anbau von Erdnüssen erschlossen werden;
- drei Fischer-Kooperativen sollen bei Neu-Nickerie, Pomona und Hildesheim gegründet und ausgestattet werden;
- die bei der Edelh Holzgewinnung anfallenden Äste sollen für den Aufbau einer nationalen Holzkohle-Industrie genutzt werden;
- der Raubbau am Dschungel soll gestoppt werden, eine gründliche



Bauxitabbau – eine wichtige Devisenquelle Surinams

Reform des Wald-Managements und der Holzgewinnung wird verwirklicht;

- über den Surinam-Fluß wird eine Brücke gebaut;
- drastisch soll die Zahl der Gesundheitsstationen wachsen, bereits in der Planung sind welche in Flora, Lelydorp und Geyersvljijt;
- eine Alphabetisierungskampagne soll Anfang 1984 starten, um mehr als 60.000 Menschen im Landesinnern das Lesen und Schreiben beizubringen;
- Erwachsenen-Bildungsprogramme werden ausgearbeitet und ausgeführt.

In den nächsten Tagen, bei der Erkundung der Hauptstadt erleben wir die letzten Tage der Regenzeit. Hemd und Hose sind den ganzen Tag über feucht und klamm. Auch wenn es nicht regnet, dafür sorgt die Luftfeuchtigkeit.

Paramaribo ist eine kleine, attraktive Stadt. Mittags liegt eine schläfrige Schwüle über dem Ort. Moskitos. Bremsen.

Die Holzhäuser erinnern an Amsterdam, an Bluefield in Nicaragua, an Curacao und Willemstad. Paramaribo ist ein riesiger Vogelkäfig. An jeder Ecke werden Finken, Lerchen, Nachtigallen, Bachstelzen und Papageien verkauft.

Überhaupt ist Paramaribo ein exotisches Plätzchen. Vom China-Restaurant blickt man auf den jüdischen Tempel; gleich daneben wird die größte Moschee des Landes errichtet, Kupferbleche bedecken schon zur Hälfte ihre Kuppel. Niemand stört sich am Nebeneinander der Religionen.

Die revolutionären Veränderungen im Straßenbild sind minimal. Ein paar hundert bunte Revo-Plakate kleben an Hauswänden, Zäunen, Verkehrsschildern, vor den Käfigen, in denen schimmernde und spottende Papageien kreischen. In den Straßen der Stadt sind die Anschläge vielfach abgekratzt. Die Cola- und Pepsi-Werbung gleich daneben, bleibt dagegen unangetastet.

Der Zwergstaat Surinam exportiert den besten Reis der Welt und ist Multimillionär, jedenfalls was seine Bauxitvorräte angeht.

Das „seine“ bedarf der Relativierung. Die Bauxitminen sind im Besitz zweier Multis: der SURALCO, einer 100prozentigen Tochter der Aluminium Company of America (ALCOA) und der Biliton, einer Tochter des niederländischen Multis Shell.

Mit einem gemieteten VW-Käfer 1300 aus brasilianischer Produktion verlassen wir die Hauptstadt in Richtung Süden. Die SURALCO-Anlagen, voran der große Aluminium-Schmelzer Paramaribo, sind unser Ziel. Aber es kommt nicht zum Betreten der SURALCO/ALCOA-Anlage. Wir haben

Gespräch mit Revolutionskommandant Desi Bouterse Ein Revolutionsprozeß auf realistische Art

Oberstleutnant Desi Bouterse (37), Sproß einer Arbeiterfamilie, führte als Vorsitzender der „Gewerkschaft der Militärkader“ im Februar 1980 die siegreiche Rebellion der surinamesischen Unteroffiziere an. Heute steht er als Oberkommandierender der Armee und als Kommandant der Revolution an der Spitze des Veränderungsprozesses des Landes. In Paramaribo befragten ihn Harald Meinke und Heinz O. Pohlmann nach Feinheiten dieses Prozesses.

FRAGE: Von Normalität im Alltag kann keine Rede sein. Die Sperrstunde dauert von 24.00 bis 5.00 Uhr, der Flugplatz wird von unzähligen Uniformierten bewacht. Rechnen Sie mit einem Gegenputsch?

D. BOUTERSE: Es gab verschiedene Versuche, diese Revolution zu stoppen. Aber der revolutionäre Prozeß ging weiter. Heute sind wir in der Lage, das Land tatsächlich zu kontrollieren.

Jetzt greifen die Revolutionsgegner zum letzten Mittel, das ihnen verbleibt: dem Einsatz von Söldnern. Wir haben zuverlässige Informationen, die besagen, daß da Vorbereitungen laufen. Das ist immer so gewesen in der Geschichte. Nehmen Sie Guatemala, die Schweinebucht-Invasion, die Seychellen oder jetzt aktuell Nicaragua. Immer ziehen sie zum Schluß die Söldner-Karte aus dem Ärmel.

Das bedeutet für uns, daß wir sehr gut aufpassen müssen, damit der Tag der Nacht folgen kann. Genauso, wie der Ebbe die Flut folgt, wie dem Sonnenschein der Regen folgt, folgt der Revolution die Konterrevolution.

FRAGE: Ihr Image in Europa und in den USA ist so, daß Sie aus einem Horrorfilm stammen könnten...

D. BOUTERSE: ...man hat mich als Idi Amin Südamerikas dargestellt. Man sagt, Idi Amin war ein Sportsmann, Bouterse war ein Sportsmann (surinamesischer Meister im Langlauf, über 1, 5, 10 und 20 km; d. Red.). Idi Amin war Unteroffizier, Bouterse war Unteroffizier. O.k., die Presse beschreibt mich als Monster...

FRAGE: ...im Zusammenhang mit den 15 Toten, die der Planung eines Putschversuches gegen Sie im Dezember 1982 beschuldigt wurden.



D. BOUTERSE: Mit den 15 Toten vom letzten Dezember versucht man zu verschleiern, was eigentlich geplant war. Teile der Presse schrieben, seht her, da sind 15 Leute grausam abgeschlachtet worden. Ich hab in der Times gelesen, daß mit Messern Körperteile (bricht ab)...

Über den Hintergrund habe ich dagegen nirgends was gelesen, dar-

keine Genehmigung der Zentrale und müssen zwangsläufig abdrehen.

Zurück in die Hauptstadt. Paramaribo Luxushotel Nr. 1 heißt Torarica. Es ist einer dieser Bauten, wie es sie überall auf der Welt gibt, dort, wo das große Geld nährt. Im Hotelfoyer treffen sich die Verbitterten. Das Torarica ist in Paramaribo die wichtigste Nachrichtenbörse.

Ab 20.00 Uhr treffen die Reichen und Superreichen im hoteleigenen Spielcasino ein. Das Torarica lebt vom Casino-Betrieb. Seit der Revolution vor drei Jahren sind die Touristen ausgeblieben, verkauft doch die holländische Presse Surinam als ein zweites Uganda. Die Furcht trägt Früchte: Das Hotel kann kaum 15% Auslastung vorweisen, die 85 Angestellten stehen sich auf den Füßen. Kein Wunder, daß Mr. Robles, der Hotelchef, nicht gerade zu den Freunden der Revolution zählt.

In diesem Milieu machen wir Kontakte zur SURALCO-Spitze. Sie fing in Surinam bereits 1916 mit Bergbaugeschäften an. SURALCO ist eingetragen als eine – so wörtlich – „Western Hemisphere Trade Corporation“ im Handelsregister von Delaware/USA. SURALCO-Direktor ist Mr. Smit. SURALCO will in diesem Moment keine Filmaufnahmen in seinen Anlagen zulassen, erfahren wir...

Bauxit finanziert das öffentliche Leben Surinams. Im Land liegen noch mindestens 490.000.000 Tonnen (t) dieses wertvollen Minerals, genug für die Produktion von 160.000.000 t Aluminium. Gegenwärtig werden 3 Mio t Bauxit jährlich abgebaut. Surinam nimmt damit den 8. Platz unter den wichtigsten Bauxitförderländern ein.



Afrikanerdorf im Landesinneren

Mehr als 80% des gesamten surinamesischen Exports macht die Ausfuhr von Bauxit und Aluminium aus. SURALCO ist der größte Privatunternehmer Surinams und stellt durch seine Steuern den wesentlichen Teil der surinamesischen Staatseinnahmen.

1981 sah sich SURALCO das erste Mal genötigt, seinen Arbeitern eine Art Rechenschaftsbericht zu geben. In diesem Jahr sieht die darin aufgezeichnete Zukunftsperspektive düster aus. „Zeiten wie diese brauchen ein Team, das an sich glaubt, an die Company...“

Und so sehen die Zeiten in Zahlen aus: die Bergbauaktivitäten wurden um 30% gedrosselt. Die direkten Zahlungen der Company an den Staat nehmen seit Beginn der Revolution ständig ab. 1980 waren es noch 112.893.000 SF, 1982 noch ganze 56.767.000 SF. SURALCO konnte in diesen Jahren

über nämlich, daß geplant war, unter der Linken ein solches Blutbad anzurichten, daß sie sich die nächsten 100 Jahre nicht wieder erholt hätte. Das ist mißlungen, das macht sie wütend, sie sind ohnmächtig, ich verstehe ihre Wut auf mich.

FRAGE: Als Besucher fragt man sich in Surinam, was sich denn eigentlich hier verändert hat. Das private Business geht weiter, die Multis SURALCO und Biliton (Shell) wurden bislang nicht nationalisiert, sogar das Spielcasino macht weiter.

D. BOUTERSE: In der Tat kann ein Ausländer, wenn er sich nicht gründlich umschaut, wenn er nicht gut informiert ist, insbesondere auch im direkten Vergleich mit anderen Ländern, zu dem Schluß kommen, daß hier keine Revolution stattfindet. Wir sind bei der Wahl unserer Maßnahmen sehr vorsichtig.

Die Revolution paßt sich den Zuständen an, in denen wir hier leben. Wir müssen religiöse Faktoren berücksichtigen, ethnische Fragen, aber auch die verschiedenen politischen Vorstellungen. Wenn man all diese Faktoren im Kopf hat, kann man sagen, daß die Schritte dieser Revolution sogar sehr gut geplant worden sind.

Wir führen im Moment einen antiimperialistischen Kampf, und da hat es gar keinen Zweck alle möglichen Sachen zu unternehmen...

FRAGE: ...wie die Nationalisierung der Multis?

D. BOUTERSE: Die Revolution hat jetzt nichts mit der Nationalisierung des privaten Sektors der Ökonomie im Sinn.

Ich glaube, man muß den Menschen zunächst bewußt machen, was eigentlich passiert ist in Surinam. Unsere Lage ist kompliziert, wir brauchen unbedingt die Einheit der Bevölkerung.

Wenn man jetzt anfängt mit der Nationalisierung und anderen wilden Sachen, dann kann man zwar mitlaufen, aber die meisten Leute werden den Sinn der Maßnahmen nicht verstehen.

Übrigens gibt es eine Menge Beispiele dafür, daß Nationalisierung allein gar keinen Erfolg gebracht hat.

Die USA haben hier nichts zu kontrollieren

FRAGE: Kann man die surinamesische Revolution als „sozialistisch“ bezeichnen?

D. BOUTERSE: Man muß Surinam an seiner Wirklichkeit messen. Wer unser Regierungsprogramm liest, wird sehen, daß wir uns eine „mixed economy“, eine gemischte Wirtschaftsform vorstellen. Wir leben hier in einer kapitalistischen Gesellschaft, wir wollen diese Gesellschaft verändern, in der Tat, aber das machen wir nicht auf die schnelle Tour, nicht an einem Weekend.

Dieser Prozeß braucht seine Zeit. In der jetzigen Entwicklungsphase gibt es zur gemischten Wirtschaftsform keine Alternative. Damit liegt man gut. Der Privatsektor hat nie so viele Chancen be-

kommen wie gerade jetzt in der Revolution. Wer weiß schon, daß die SURALCO gerade 150 Mio Gulden in Surinam investiert hat? Man kann wirklich sagen, daß wir auf eine realistische Art die Revolution führen.

FRAGE: Hat Kuba Einfluß auf die „realistische Art, die Revolution zu führen“?

D. BOUTERSE: Wir unterhalten gute Beziehungen mit Kuba.

Man muß wissen, daß, wenn man eine Revolution macht, es einfach keinen Zweck hat, das Schießpulver noch einmal zu erfinden. Es hat keinen Zweck auf all die Erfahrungen, die Kuba in den letzten 25 Jahren gesammelt hat, zu verzichten.

Wir wollen von diesen Ländern lernen, von Grenada, von Kuba, von China, von allen Ländern in denen Revolutionen stattgefunden haben, von denen wollen wir lernen. Ich habe gute Beziehungen zu Fidel Castro, wie zu anderen auch. Ich bewundere politische Führer, die sich ganz für ihr Volk aufopfern.

Das heißt doch aber nicht, daß wir an der kubanischen Leine laufen. Manche sagen das, die wollen den Ost-West-Konflikt nach Surinam hineinbringen, da haben wir gar nichts mit zu tun.

FRAGE: Ihre Beziehungen zu den USA sehen demnach weniger eng und freundlich aus?

D. BOUTERSE: Ich glaube, daß die USA immer wieder einen wichtigen Denkfehler machen. Die USA denken, mit repressiven Mitteln können sie über uns Kontrolle ausüben, auf ganz Lateinamerika, auf die karibische Region. Sie beschwören ein kommunistisches Gespenst, ich rede aus eigener Erfahrung, und stoppen jetzt auch ihre Entwicklungsgelder für uns.

Die USA versuchen auf alle nur erdenklichen Arten dieses Land zu destabilisieren. Dort inszenieren sie die größten Tratschkampagnen gegen mich als Person, ich hab' gerade im Time-Magazin gelesen, was für ein Dracula ich bin.

Diejenigen, die diese Politik verantworten, wissen wahrscheinlich gar nicht, was sie damit wirklich erreichen. Man muß nur nach Grenada sehen oder nach Nicaragua oder hierher nach Surinam. Wenn man uns in Ruhe lassen würde, wenn man damals Kuba in Ruhe gelassen hätte, damals zu Beginn der Revolution, dann würden die Beziehungen Kuba-USA heute vielleicht anders aussehen. Die USA müssen einfach akzeptieren, daß das surinamesische Volk das Recht hat, sich selbst zu entwickeln. Und man darf nicht sagen, der Teil der Welt gehört zu mir und das kontrolliere ich, das ist mein „Hinterhof“. Die USA haben hier nichts zu kontrollieren.

Heutzutage muß sich jedes Land in Lateinamerika selber entwickeln können, aber die USA machen immer wieder den Fehler zu denken, daß man nur repressiv genug auftreten muß, um die Sache zu kontrollieren. Das gilt für ganz Südamerika. So wird man Revolutionen niemals stoppen können.

Gespräch mit Bildungsminister Glenn Sankatsingh Unsere Linie ist noch in der Diskussion

Surinams Minister für Erziehung und Wissenschaft, Dr. Glenn Sankatsingh, gehört dem linken Spektrum der surinamesischen Regierung an. Er kommt von der Revolutionären Volkspartei (RVP). Politische Erfahrungen sammelte er in Holland und Amerika, so hat er während der Regierung Salvador Allendes (1970-73) in Chile gearbeitet. Mit ihm sprachen in Paramaribo für das AIB Harald Meinke und Heinz O. Pohlmann.

AIB: 1975 wurde Ihr Land unabhängig...

G. SANKATSINGH: ...die Holländer hatten sehr viel aus ihren Erfahrungen mit Indonesien gelernt, dort war der militante Kampf des Volkes die Basis für die spätere Unabhängigkeit. Deswegen machten die Holländer rechtzeitig aus Surinam ein halbkoloniales Land, d.h. 1975 wurden wir formal unabhängig, aber es fand kein grundlegender Wandel im Land statt.

Dieselben Leute, die unter der holländischen Kolonialmacht regierten, waren auch die neuen Herren. Der letzte Kolonialgouverneur wurde der erste Präsident von Surinam.

AIB: Der Massenemigration folgte die Revolte der Unteroffiziere vom 25. Februar 1980, die sich wie ein Militärputsch unterer Ränge ausmachte, nicht wie eine Revolution.

G. SANKATSINGH: Es hat sich nicht um eine Revolution gehandelt, in welcher das Volk direkt die Macht übernommen hat, in der es wußte, wie es damit umzugehen hätte. Sicher ist aber, daß die Macht den wirtschaftlich Starken, den Kolonialisten und Imperialisten, aus der Hand genommen wurde. Das ist der springende Punkt.

Es waren einfache Unteroffiziere und Söhne des Landes, die die Macht übernahmen, ohne ideologische Bildung, ohne zu wissen, was eine Revolution ausmacht, welche Gefahren sie beinhaltet. Relativ viele in dieser Gruppe vermochten auch nicht zu übersehen, was überhaupt im Lande vor sich ging.

Was wir also nach diesem Datum beobachten können, ist eine ziemliche Zick-Zack-Politik in Surinam. Aber die Amplitude des Zick-Zacks wird immer enger.

Dennoch suchen wir noch immer nach einem Weg, nach einer Linie, wir haben noch keine konkrete Linie. Sie wird immer noch diskutiert, und das ist gut.

AIB: In Regierungskreisen geht man hier von einem Grad der Massenunterstützung aus, der bei den aktiven Unterstützern der Revolution so um die 15% liegt. Auch die im Aufbau befindlichen Milizen bestehen bislang erst aus 400 Mann. Vor welchen Schwierigkeiten stehen Sie, was die Volksmobilisierung angeht?

G. SANKATSINGH: Wir wissen, daß die Unterstützung der Massen nicht sehr breit ist, noch nicht. Wir sehen, daß sie wächst, daß sie schnell wächst und ständig. Das Volk hat ein sehr stark ausgeprägtes Gefühl für das, was es interessiert und was nicht.

Massenalphabetisierung ab 1984

Die Leute sehen ganz klar, daß das, was passiert, sich nicht gegen die Armen richtet. Für die Mittel- und Oberklasse, vor allem die älteren dieser Gruppe, ist der Prozeß sehr viel schwieriger zu verstehen.

AIB: Ist Ihr Erziehungsprogramm ein Kontrastprogramm zur Kolonialzeit? Wie sieht es aus?

G. SANKATSINGH: Die Erziehung ist ein sehr starkes Instrument für die Revolution, dafür, diese Gesellschaft zu ändern.

Das erste Ziel unserer Erziehung ist: Sie muß im Dienst der Bevölkerung stehen und zu ihrem Nutzen sein. Unser Erziehungssystem muß helfen, eine nationale Wirtschaft aufzubauen und zu stärken...

AIB: Welche Schwächen des alten Bildungssystems können Sie nennen?

G. SANKATSINGH: Was sehen wir in diesem Land? Jede Menge Leute, die wir brauchen, fehlen. Ich will ein Beispiel nennen. Wie Sie wissen gewinnen wir in Surinam Bauxit, das wir im Lande zu Aluminium und Alumina verarbeiten. Wir haben aber bis auf den heutigen Tag nicht einen Fachmann auf diesem Gebiet ausgebildet. Es sind alles in Holland oder den USA trainierte Kader.

Im Oktober d.J. werden wir die ersten Stipendien vergeben für Leute, die sich mit diesen Fragen in Surinam beschäftigen werden.

AIB: Wie sieht es mit den Grundlagen der Bildung in Surinam aus. Können alle Einwohner lesen und schreiben? Haben zumindest die meisten eine Art Grundschule besucht?



G. SANKATSINGH: Wir leben in einer Situation, da leben Busch neger im Landesinnern, genauso Amerindians, die indianische Urbevölkerung. Und beide Gruppen sind sehr benachteiligt, was die Möglichkeiten der Erziehung betrifft. Ihre Analphabetenrate ist sehr hoch.

Zur Zeit haben wir etwa 60.000 Analphabeten in Surinam, etwa 20% der Gesamtbevölkerung.

AIB: Sie planen demnach eine Alphabetisierungskampagne?

G. SANKATSINGH: Wir werden 1984 mit der Massenalphabetisierung starten. Wir starten im August nächsten Jahres und wollen die 60.000 Menschen in sechs Monaten alphabetisieren.

AIB: Wer wird diese Kampagne durchführen? Sind nach der Revolution die Lehrer im Land geblieben?

G. SANKATSINGH: Wir haben so an die 7.500 Lehrer in Surinam...

AIB: ...die zum größten Teil hinter der Revolution stehen?

G. SANKATSINGH: Ich will es einmal so sagen: Unter den Lehrern gab es ein ziemlich großes Ausmaß an Ineffizienz.

Sie hatten ja nie die Möglichkeit selbst zu sehen, was auf dem Gebiet der Erziehung alles hätte gemacht werden können. Sie hatten nur geringe Chancen, kreativ zu sein. Das genau müssen wir jetzt ändern.

AIB: Welche Inhalte sollen diese Lehrer den jungen Surinamesen vermitteln?

G. SANKATSINGH: Erziehung muß ein elementares Gefühl von Gerechtigkeit in unserer Jugend entwickeln. Ein wichtiges Ziel unserer Erziehung ist es, die Solidarität mit denjenigen Völkern zu fördern, die für ihre Befreiung kämpfen.

AIB: Nehmen die Kirchen Einfluß auf die Erziehung des surinamesischen Volkes?

G. SANKATSINGH: Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wir haben hier wie gesagt so 7.500 Lehrer. 1.200 von ihnen sind an römisch-katholischen Schulen tätig, sie werden aber von der Regierung bezahlt, die ja die ganze Erziehung bezahlt. 900 Lehrer sind an Schulen der reformierten Kirche tätig, dann noch einmal 600 an Schulen anderer Konfessionen.

Insgesamt werden etwa 40% der Schulen von den Kirchen betrieben, und sie alle werden von uns bezahlt. Für den Augenblick sehen wir darin kein Problem. Aber wir fühlen, daß das eines werden kann, wenn die Kommunikation zu uns einmal schlecht wird.

einen ausgewiesenen Profit von 132.000.000 SF einsacken, rund 170 Mio DM, ein schöner Batzen.

Die Aussichten sehen für 1983 nach Meinung der Konzernspitze noch schlechter aus. Uns erklärt der SURALCO-Chef für Öffentlichkeitsarbeit, daß „die zu erwartenden Zahlungen für 1983 'less than 1982', geringer als 1982, sein werden“, nach seinen Angaben sogar wesentlich. Die Aktionen von SURALCO sind auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Regierung und damit auf das erzwungene Ende der Revolution ausgerichtet.

Die Niederlande verfolgen exakt denselben Plan. 1975 wurde Surinam vom „Mutterland“ insgesamt 2,7 Mrd Gulden (G) Entwicklungshilfe zugesagt, die nicht indexiert waren. Laut Vertrag müssen die Gelder innerhalb von 15 Jahren ausgezahlt werden. Zusätzliche 300 Mio G wurden für den Fall versprochen, daß der Basisbetrag zur Finanzierung wichtiger Entwicklungsprogramme nicht ausreichen sollte.

Vor einer Söldnerinvasion?

Den Haag garantierte schließlich noch für 500 Mio G, die Surinam als Darlehen aufnimmt. Insgesamt erhielt Surinam also einen „goldenen Händedruck“ in Höhe von ca. 3,5 Mrd G, von denen bislang nur ca. 1,1 Mrd ausgezahlt wurden. Im Dezember 1982 stoppte Den Haag die Auszahlung der Entwicklungsgelder und brach einseitig die geschlossenen Verträge.

Die ökonomische Waffe ist die stärkste, die Holland gegenüber den aufmüpfigen Revolutionären in seiner ehemaligen Kolonie in der Hand hat.

Rückschläge. Seit dem Sieg der jungen Unteroffiziere im Februar 1980 gab es bislang sechs Versuche, das Regime der herrschenden Uniformierten zu stürzen.

Beteiligt daran waren Funktionäre der US-Botschaft, der holländischen Regierung, des CIA und des nordamerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes AFL/CIO. Zwei US-Diplomaten – Richard Laroche (der an der US-Botschaft in Santiago de Chile vor dem Sturz Salvador Allendes gearbeitet hat) und Edward Joseph Donovan – wurden am 17. Januar 1983 aus Surinam ausgewiesen, nachdem ihnen die direkte Beteiligung an Umsturzplänen nachgewiesen werden konnte. Ihr Schicksal teilt der niederländische Militärattaché Oberst Van Dan Maarseveen, auch er mußte aus ähnlichen Gründen das Land verlassen.

Im April 1980, gerade zwei Monate nach dem Februar-Putsch, wurde der Plan zweier rechter Armee-Männer aufgedeckt, die einen Contra-Coup planten: Leutnant Surendre Rambocus und Unteroffizier Wilfried Hawker. Beide wurden verhaftet.

Einen Monat später versuchten Mitglieder der alten Regierung Henk Aarons mit 300 gutbewaffneten Söldnern die neue Regierung zu stürzen. Der Versuch scheiterte abermals. Zu ihrem – vorerst – letzten Schlag holten die Revolutionsgegner im Dezember 1982 aus. Das Gerücht ging durch die Hauptstadt, Bouterse werde das Jahresende 1982 nicht erleben. Öffentlich wurde seine Liquidierung angekündigt. Die Gerüchte verdichteten sich, daß der 25.12.1982 der Tag des Umsturzes sein sollte.

Doch Bouterse Truppen waren auch diesmal schneller. In den Tagen des 8. und 9. Dezember 1982 wurden die Köpfe der Gegenseite verhaftet. Die Straßen seien so rot gewesen wie der Surinam-Fluß, las man in der holländischen Presse. Von Massenmord war die Rede. Richtig ist, daß 15 Männer in diesen Tagen ihr Leben verloren haben.

Als Antwort auf die verschiedenen Putschversuche wurden mehr als 200 Volkskomitees gebildet. Außerdem hat das Ministerium für Volksmobilisierung und Kultur unter dem

Minister Sital damit begonnen, eine Revolutionsmiliz von vorerst 400 Männern aufzubauen. Dieser Prozeß wird fortgesetzt. Milizen und Volkskomitees sollen, im Falle einer Söldnerinvasion, der kleinen Armee zur Seite stehen.

Wie real die Gefahr einer Söldnerinvasion tatsächlich ist, darüber gibt es nur Spekulationen. Die gängigste sagt, daß die Invasion von Französisch-Guyana aus gestartet wird.

Dort, am Grenzfluß Maronie, in der Stadt Albina, explodiert eine Bombe gerade als wir ankommen. Das zentrale Zollgebäude fliegt in die Luft. Eine Untergrundtruppe, die sich „Revolutionäre Karibische Allianz“ nennt, kämpft so gegen die sozialistisch-kommunistisch regierte französische Kolonialmacht. Niemand kennt ihre Schlupfwinkel.

Sie sind genauso unbekannt, wie die Trainingslager einer neuen Söldnerarmee, die der ehemalige surinamesische Ministerpräsident Chin-A-Sen in Französisch-Guyana trainieren läßt. 70 sollen es im Moment sein...

Das Fazit ist deprimierend und hoffnungsvoll zugleich: Niemand muß sich in diesem Moment vor der surinamesischen Revolution fürchten. Nicht SURALCO, nicht Shell, nicht das holländische Geschäftswesen, nicht einmal die einheimischen Zuhälter und schon gar nicht die eingeflogenen Mädchen aus Guyana und Kolumbien. Nicht Mr. Robles vom Torarica und nicht Mr. Reagan vom Weißen Haus. Der schon gar nicht. Die Revolution ist sozialreformerisch, nicht radikal.

Aber die „Herren Imperialisten“ (Fidel) scheinen nicht viel aus ihren Lektionen mit Kuba gelernt zu haben. Sie drohen Surinam, sie halten ihre Hilfe zurück, sie sabotieren die Ökonomie, sie verunsichern, sie verunglimpfen. Und sie erreichen damit nur das Gegenteil: Surinam wird gezwungen, sich denjenigen zuzuwenden, die ihm jetzt beistehen – Grenada, Kuba und der UdSSR.

In Washington wissen die Herren, wie man Revolutionäre hart macht.

Abschied von Harald Meinke



Harald Meinke, Fernsehjournalist und Filmemacher, lebt nicht mehr. Am 3. September d.J. erlag er im Alter von 31 Jahren in Hamburg einem Herzanfall. Er hinterläßt Frau und Kind, die vierjährige Anna.

H. Meinke drehte 1980 den Film „Karibisches Tagebuch“ und machte durch originelle Fernsehreportagen über Kuba, Indochina und Afghanistan von sich reden. Surinam war seine letzte Station, von der er Filmmaterial, Reportagen und Gespräche mitbrachte, bestimmt zur Veröffentlichung im Weltspiegel, Konkret, Cuba Libre und dem AIB. Unseren Lesern wurde er durch eine Reihe von Beiträgen, so zu Kampuchea, Palästina oder Afghanistan bekannt.

Als stellvertretender Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und verantwortlicher Redakteur ihrer Zeitschrift Cuba Libre engagierte sich Harald Meinke insbesondere in der Solidarität mit den Völkern Mittelamerikas und der Karibik. Kaum weniger aktiv war er in der Gewerkschafts- und Friedensbewegung. Die AIB-Redaktion teilt die Trauer der Angehörigen und Freunde Harald Meinke, eines Internationalisten in Wort und Tat.

Peter Rosales

Das Gorilla-Karussell



General Mejía Victores (l.) – Guatemalas Indios haben von ihm nichts zu erwarten

Am 8. August d.J. umstellten kurz nach 8.00 Uhr Truppen den Regierungspalast in der Hauptstadt Guatemalas. Die Oberbefehlshaber aller drei Waffengattungen verlangten den sofortigen Rücktritt des Diktators General Efraín Ríos Montt.

Eine kleine Gruppe regierungstreuer Soldaten wollten den Putschisten den Zugang zum Palast verwehren. Es kam zu einer kurzen Schießerei, bei der 5 Armeeingehörige und 2 zufällig vorbeigehende Zivilisten getötet wurden. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, ließ die Luftwaffe 12 Bomber und Hubschrauber über dem Regierungsgebäude kreisen.

Ríos Montt erbat Bedenkzeit, damit er ein Gespräch mit dem US-Botschafter Frederic Chapin führen könne. Aber auch diese Karte stach nicht mehr. Nach einer zehnmütigen Zusammenkunft mit dem US-Diplomaten verließ Ríos Montt, der selbst durch einen Putsch im März 1982 an die Macht gekommen war (siehe AIB 9/1982, S. 16-19; d. Red.), schweigend und mit zusammengepreßten Lippen seinen Amtssitz.

In den 17 Monaten seiner Regierungszeit hatte er 10 Putschversuche niedergeschlagen. Der 11. wurde ihm zum Verhängnis. Sein eigener Verteidigungsminister, General Mejía Victores, setzte sich an seine Stelle.¹

Vorausgegangen waren diesen Ereignissen unruhige Wochen für Efraín Ríos Montt. Bereits am 29. Juni d.J. hatte Oberst Francisco Gordillo im Fernsehen das Abdanken des Diktators und seiner sechs Berater gefordert, „um Guatemala die Rückkehr zur Demokratie zu ermöglichen“. Gleichzeitig hatte er erklärt, daß er im Anschluß an den Fernsehauftritt in den Untergrund gehen würde.

Oberst Gordillo hatte zusammen mit Ríos Montt und einem dritten Offizier, Maldonado Schaad, am 23.3.1982 den Putsch gegen den korrupten Diktator Romeo Lucas García angeführt. Die drei Offiziere bildeten nach diesem Putsch eine Militärjunta, die das Land bis Mai 1983 regierte, als Ríos Montt Gordillo und Maldonado Schaad zum Ausscheiden aus der Junta zwang.

Am Abend des 28. Juni 1983 trat noch ein weiterer Mann des rechten politischen Lagers gegen Ríos Montt im Fern-

sehen auf: Leonel Sisniega Otero, Führungsmitglied der Bewegung der Nationalen Befreiung (MLN). Die extrem rechtsgerichtete MLN ist derzeit die mit Abstand größte Partei Guatemalas und vertritt die Interessen der Militärhierarchie, der Großgrundbesitzer, des Großbürgertums und des rechten Klerus. Sisniega Otero bezeichnete Ríos Montt als „Verräter“ und „religiösen Fanatiker“.

Der Diktator erklärt daraufhin am 29. Juni d.J. den Ausnahmezustand – einschließlich eines Streik- und Demonstrationsverbots, der Pressezensur und der Kontrolle von Rundfunk und Fernsehen. Ganz sicher war er sich allerdings seiner Sache nicht: Um der MLN und der ultrakonservativen Militärhierarchie wenigstens etwas entgegenzukommen, veranlaßte er den Rücktritt der sechs jungen Offiziere, die ihm als Berater zur Seite gestanden hatten. Ebenso entließ er weitere 50 junge Offiziere aus anderen Regierungsfunktionen, um Platz für Zivilisten zu machen.² Er selbst dachte gar nicht daran, seine Funktion niederzulegen. Gegenüber Le Monde hatte er ein paar Monate vorher noch erklärt: „Mich hat Gott in mein Amt eingesetzt.“³

Diese Aussage ist insofern richtig, als „Gottes eigenes Land“, also die USA, Ríos Montts Putsch am 23.3.1982 gegen Lucas García unterstützt hatten. Der Grund dafür war weniger die Bestechlichkeit Lucas Garcías gewesen, als vielmehr das Unvermögen jenes Diktators, mit den Guerilla-Bewegungen fertig zu werden. Aber wie es im Sprichwort heißt: Gott gibt und Gott nimmt.

Die Beteiligung der USA am jetzigen Putsch gegen Ríos Montt wurde sogar im Foto festgehalten. Während der Kampfaktionen stand der US-Militärattaché Major William Mercado in weißem Anzug mit Walkie-Talkie in der Nähe des Regierungspalastes und unterhielt sich mit Putsch-Offizieren.

Zwei Tage vor dem Putsch hatte sich ihr Anführer, General Mejía Victores, außerdem mit folgenden Beamten und Militärs getroffen: McCormack, Sonderbeauftragter des US-Außenministeriums; General Paul Gorman, Oberbefehlshaber des in Panama stationierten Kommandos Süd der US-Streitkräfte; General Fred Woerne, Stellvertreter Paul Gor-

mans; sowie mit den Oberkommandierenden der Streitkräfte von El Salvador und Honduras.⁴ Am 9. August d.J. stand ein Sprecher des US-Außenministeriums ein, daß kurz vor dem Putsch Gespräche zwischen Mejía Víctores und hohen US-Militärs auf dem Flaggschiff US RANGER stattgefunden hätten. Und am 10. August d.J. wurde die Anwesenheit des Militärattachés beim Putsch selbst zugegeben.⁵ Die Verwicklung der USA in den Putsch ist unbestritten. Nicht weniger klar sind auch die Motive. Von Seiten der US-Botschaft in Guatemala hieß es: Präsident Ríos Montt „hat nicht all das getan, was man von ihm erwartet hatte“.⁶ Vor allen Dingen hatte er nicht in der vereinten Front reaktionärer Regimes Mittelamerikas gegen Nikaragua in der gewünschten Weise mitgearbeitet. Zweitens wirkten sich seine chaotische Wirtschaftspolitik und seine Guerilla-Bekämpfungsstrategie, die 1/5 der Bevölkerung des Landes zu Flüchtlingen machte, negativ auf die Verwertungsbedingungen des US-Kapitals in Guatemala aus. Das gilt sowohl für die beiden Konzerne, die in der Wirtschaft Guatemalas die entscheidenden Positionen innehaben, d.h. für die United Brands Co. und die American & Foreign Power, als auch für kleinere Konzerne, die nur bestimmte Wirtschaftszweige beherrschen, wie z.B. die Robinson Lumber Co. und die Weis Fricher Mahogany Co. Drittens war es auch Ríos Montt trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, die vom Pentagon als ernste Gefahr eingeschätzte Guerilla-Bewegung zu schlagen oder auch nur entscheidend zu schwächen.

Schließlich hatte sich der Diktator durch die religiöse Verbrämung seiner Politik nicht nur national sondern auch international lächerlich gemacht. Das erschwerte es US-Präsident Reagan, vom Kongreß die Wiederaufnahme der Militärhilfe für Guatemala genehmigt zu bekommen.

Sich selbst bezeichnete Ríos Montt als von „Gott erleuchtet“ und als „Verteidiger des Christentums“. Die Guerilleros waren für ihn „Kräfte des Satans“.⁷ Sonntags hielt er Fernsehpredigten und forderte z.B. die Geschäftsleute und Militärs auf, „sich von ihren Konkubinen zu trennen, um nicht den Zorn des Herrn hervorzurufen“.

Seine einfältige Religionsauffassung ist das Ergebnis seines Übertritts in die US-Sekte „Christliche Kirche des Wortes“ vor 4 Jahren. Diese Sekte hat ihren Sitz in Eureka/Kalifornien und ist nur eine von etwa 100 seit 1976 in Guatemala tätigen US-Sekten. Die Evangelistenmissionierung in Lateinamerika ist kein zufälliger Prozeß.

Nach einer Reise durch Lateinamerika forderte der damalige Vizepräsident Nelson Rockefeller Maßnahmen von der Nixon-Regierung gegen bestimmte Teile der katholischen Kirche, die sich als „Kirche der Unterdrückten“ (siehe 2. Vatikanisches Konzil 1962 und Bischofskonferenz 1968) verstand. Rockefeller bezeichnete das Verhalten dieser Priester und Nonnen als „eine Ursache für die soziale Unruhe“ in Lateinamerika.

In Zusammenarbeit mit dem CIA wurden für Lateinamerika Missions-Strategien erarbeitet und neue Sekten gegründet (z.B. das „Sprachinstitut des Sommers“). Eine wahre Prediger-Invasion schwappte besonders in die Länder Mittelamerikas. Guatemalas Bischof Gerardo Flores kommentierte dazu unlängst, das Eindringen der Sekten nach Guatemala ist die „Antwort des US-Außenministeriums auf die von der katholischen Kirche eingenommene Haltung“.

Inzwischen sind 22% der Bevölkerung Guatemalas Sektenanhänger — auch wenn sich viele Guatemalteken nur umtaufen ließen, um weniger Probleme mit der Regierung zu haben. Neben 6.000 Gotteshäusern unterhalten die Sekten Bibel Institute und eigene Schulen. Das erklärt, warum selbst der rechte Flügel der katholischen Kirche Guatemalas Ríos Montt kompromißlos ablehnte, was den Diktator jedoch wenig störte. Ihm war ein gutes Verhältnis zu den Sekten

weitaus wichtiger.

Verschiedene Prediger und Sektenführer der USA hatten zu seiner Unterstützung die Organisation „Lovelifit International“ gegründet, die Ríos Montt nicht nur Geld, Medikamente, Kleidung und Lebensmittel zukommen ließ, sondern auch geländegängige Lastwagen und Hubschrauber. Nach eigenen Angaben des Diktators Ríos Montt waren ihm von den Evangelisten 1 Mrd Dollar Hilfe angekündigt worden. Gleichzeitig taten die Mitglieder von „Lovelifit International“ noch ein Weiteres: Sie lifeteten das Image des Diktators Ríos Montt in den Massenmedien der USA.⁸

Dadurch stieg vielleicht sein Ansehen in den USA. In Guatemala hingegen wurde sein Ruf immer schlechter. Zu seinen Gegnern zählte in den letzten Monaten auch die mit den Großgrundbesitzern liierte Offizierskaste der höheren Ränge.

Der Putsch Ríos Montt gegen Lucas García im Jahr zuvor war nicht nur gegen die Korruption des Lucas-Regimes, sondern auch gegen gewisse Privilegien der obersten Militärs gerichtet gewesen. Bei jenem Putsch waren deshalb die unteren Offiziersränge besonders aktiv gewesen. Dadurch konnten sie sich einflußreiche Positionen auf Kosten der höheren Ränge sichern (ein Beispiel sind die sechs Präsidenten-Berater).

Unzufrieden waren die Generäle weiterhin mit der Verschiebung der Präsidentschaftswahlen durch Ríos Montt auf das Jahr 1986. Sie befürchteten, daß diese und ähnliche Maßnahmen ein Hindernis für die Wiederaufnahme der US-Militärhilfe darstellen würde, die 1977 unter Jimmy Carter eingestellt worden war. Mit Ausnahme einer Ersatzlieferung für die Luftwaffe in Höhe von 6,3 Mio Dollar Anfang dieses Jahres war diese Geldquelle seitdem dicht geblieben.⁹

Mißerfolge bei der Guerilla-Bekämpfung

Schließlich stießen auch die zunehmenden Mißerfolge bei der Guerilla-Bekämpfung auf die Kritik der Offizierskollegen.

Die bald nach der Machtübernahme vom März 1982 begonnene Militärkampagne „Victoria 82“ war eine Imitation der US-Kriegführung in Vietnam. Im Mittelpunkt stand die Politik der „verbrannten Erde“, d.h. der Zerstörung von Dörfern, Feldern und Viehbestand, und der Vertreibung der Kleinbauernfamilien, bzw. ihre Zwangsumsiedlung in sog. strategische Dörfer. Damit sollte den Guerilleros die soziale Basis entzogen und der Nachschub erschwert werden.

Die Bilanz von 17 Monaten Montt-Diktatur: 14.000 Tote, d.h. monatlich doppelt so viele wie im Jahr davor; 15.000 Vermißte; 1 Mio Obdachlose und Vertriebene in Guatemala; 200.000 geflüchtete Guatemalteken in Mexiko und weitere 150.000 in anderen Ländern Mittelamerikas. In dieser Zeit wurden mehr Häuser niedergebrannt, als beim schweren Erdbeben 1976 einstürzten.

Anfänglich konnte Ríos Montt mit dieser Politik ein paar Erfolge erringen. Da sich der Hauptstoß seiner Strategie gegen wehrlose Bauernfamilien richtete, erreichte Ríos Montt langfristig jedoch nur das Gegenteil seiner Absicht. Die Guerilla-Aktivitäten und die Einheit der patriotischen Kräfte nahmen zu. Immer mehr Bauern schlossen sich der Guerilla an.¹⁰

Typisch ist folgender Fall: Zu Beginn dieses Jahres wurden die Einwohner des Dorfes El Arbolito von Journalisten interviewt. Ihr Dorf war von den Soldaten dem Erdboden gleichgemacht, die Pflanzungen verbrannt und die Haustiere getötet worden. Da sie rechtzeitig gewarnt worden waren, hatten die Bauern gerade noch flüchten können.

Einige ihrer Kinder waren verhungert, die meisten anderen an Malaria und Ruhr erkrankt. Auf die Frage, was sie nun

tun wollten, antworteten sie: „Wir haben keine andere Wahl, als mit unseren Familien in den Untergrund zu gehen und uns dem Kampf gegen das Regime anzuschließen.“¹¹

Besonders seit März 1983 nahmen die Guerillaaktivitäten und -erfolge deutlich zu. Das Guerillaheer der Armen (EGP) konnte von März bis Mai 1983 bei 11 Kommandounternehmen 158 Soldaten außer Gefecht setzen. Im April und Mai 1983 erlitt die Armee Verluste in Höhe von 181 Mann durch die Revolutionäre Organisation des Volkes in Waffen (ORPA) bei ebenfalls 11 Einsätzen.¹² Dazu wurden zahlreiche Militärtransporter, Panzer und andere Fahrzeuge zerstört sowie Waffen, Radiosender und Munition erbeutet.

Neben den Militäraktionen wurden in vielen Dörfern Informationsversammlungen durchgeführt. Spezialeinheiten der Guerilleros störten Fernseh- und Radiosendungen mit Reden oder Propaganda der Militärs. Seit Februar 1982 sind diese beiden Guerillaverbände mit den Streitkräften der Rebellen (FAR) und der Guatemalteken Partei der Arbeit (PGT) – Kern der Nationalen Leitung in der Guatemalteken Revolutionären Nationalen Einheit (URNG) zusammengeschlossen (siehe URNG-Programm in: AIB 4/1982, S. 13-14; d. Red.). Dieser Prozeß ging nicht ohne Widersprüche vor sich, so daß in der zweiten Hälfte des letzten Jahres das Nachlassen der Guerillaaktivitäten auch durch Probleme bei der Zusammenarbeit der vier Verbände zu erklären ist. Diese Probleme konnten Anfang des Jahres 1983 behoben werden.

Mejía Victores: „die Seuche ausrotten“

Zunehmen wird der Guerillakampf auf jeden Fall. Die sozialen Probleme im Land werden immer drückender. Die Arbeitslosenrate liegt bei 30%. Über 50% der Bevölkerung sind Analphabeten. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 53 Jahre. 2% der Grundbesitzer besitzen 78% der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Dem International Herald Tribune vom 19.8.1983 zufolge steht das Land wegen rückläufiger Kaffee- und Baumwoll-Exporte vor dem wirtschaftlichen Ruin. In dieser Situation machte sich Ríos Montt auch die Wirtschaftskrise zum Feind, indem er versuchte, dem Land die vom Internationalen Währungsfonds (IMF) ausgearbeitete Steuerreform aufzuzwingen. Mit dem Kernstück der Reform, einer Mehrwertsteuer von 10%, wäre auch der Absatz auf dem Binnenmarkt weiter zurückgegangen. Damit nicht genug, ärgerte er auch noch die Latifundistas mit Plänen zu einer – wenn auch moderaten – Bodenreform.¹³

So hatte es Ríos Montt im Laufe seiner Regierungszeit geschafft, alle möglichen Kräfte innerhalb und außerhalb des Landes gegen sich aufzubringen – was Ronald Reagan im Dezember 1982 nach einem persönlichen Treffen mit dem Diktator nicht davon abhielt, folgendes von sich zu geben: „(Er) ist ein Mann höchster persönlicher Integrität, dessen Streben voll und ganz auf die Wiederherstellung der Demokratie gerichtet ist.“¹⁴

Acht Monate später äußerte sich die US-Administration ähnlich lobend über Mejía Victores. Wer ist dieser Mann?

52 Jahre alt, Fallschirmspringer, mit 35jähriger Dienst Erfahrung gehört der General und neue Diktator zum erzkonservativen Flügel der Armee, der der MLN nahesteht. Seine Ausbildung erhielt er in US-Einrichtungen in Panama und den USA. Bereits unter dem früheren Diktator Lucas García diente er als stellvertretender Verteidigungsminister. Von den Guerillaorganisationen wird er als „Gorilla“ (= US-höriger, typisch südamerikanischer Diktator) eingeschätzt, der lediglich einen anderen „Gorilla“ ersetzt.¹⁵

Gleich nach dem Putsch hatte Mejía öffentlich verkündet, seine Mission sei es vor allem, „bis zum Ende zu kämpfen,

um die marxistisch-leninistische Verseuchung (polución) auszurotten“.¹⁶

Um Guatemala salonfähig für Militärhilfe zu machen, hob er einen Tag nach dem Putsch den von Ríos Montt verfügten Ausnahmezustand auf, schaffte die geheimen Sondergerichte ab und bestätigte Parlamentswahlen für 1984. Den Innenminister im Rang eines Obersten ersetzte er durch den Rechtsanwalt Gonzales Rodas.

Am Tag nach dem Putsch hatte er unvorsichtigerweise noch verlauten lassen: „Die sandinistische Revolution ist nicht nur für Guatemala und Mittelamerika eine Bedrohung, sondern für den ganzen Kontinent“ und „Die Contadora-Gruppe hat in Mittelamerika nichts zu suchen“.

8 Tage später ließ er seinen Außenminister Fernando Andrade Díaz eine Kehrtwendung von 180 Grad machen und sich hinter die Contadora-Gruppe stellen – nachdem er allerdings vorher US-Botschafter Frederic Chapin Guatemalas Unterstützung für die Militärmanöver und die Einrichtung von zwei weiteren US-Stützpunkten und einem Trainingslager für Armeegehörige El Salvadors zugesagt hatte.¹⁷

Washington belohnte diese Politik mit der Erklärung, „die von General Mejía Victores angekündigten Maßnahmen voll zu unterstützen“.¹⁸ Noch unter Umgehung des offiziellen Militärhilfe-Embargos wurde El Salvador verpflichtet, aus den von den USA gelieferten Waffenbeständen Munition und leichte Waffen an Guatemala weiterzugeben, und dafür salvadorianische Militärs in der Guerilla-Bekämpfung auszubilden.

Für direkte Militärhilfe sind jedoch immer noch nicht alle Hindernisse aus dem Weg geräumt. Anfang des Jahres war der demokratische Abgeordnete und Vorsitzende des Kongreß-Unterkomitees für Militär- und Wirtschaftshilfe, Clarence D. Long, nach Guatemala gereist, um die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Waffenlieferungen zu überprüfen. Dabei ging es vor allem um die Klärung der Schuld an den Indiomassakern von 1982. Nach den Gesprächen mit Mejía Victores sagte der damalige Verteidigungsminister vor der Presse: „Long hat mehr Ähnlichkeit mit einem Mitglied der EGP(-Guerilleros), als mit einem Kongreßabgeordneten“, worauf sich Mr. Long beleidigt fühlte. Wieder in die USA zurückgekehrt, erklärte er den Reportern: „Solange diese Bande an der Macht ist, kriegen die keinen Cent.“¹⁹

Ob er wohl weiß, daß Guatemala im „Security Assistance Program“ des Pentagon für 1984 bereits mit 50 Mio Dollar Militärhilfe vorgesehen ist?²⁰

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 19.8.1983 und Latin American Weekly Report (LAWR), London, 19.8.1983
- 2) Le Monde, Paris, 1.7.1983; Granma, Havanna, 10.7.1983 und Newsweek, New York, 11.7.1983
- 3) Granma, 8.5.1983
- 4) IHT, 10.8.1983; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 10.8.1983 und Le Monde, 10.8.1983
- 5) Le Monde, 12.8.1983
- 6) Ebenda, 10.8.1983
- 7) Granma, 10.7.1983
- 8) Ebenda, 10.7.1983 und Cadernos do Terceiro Mundo, Lissabon, Nr. 8/1983
- 9) IHT, 15. und 19.8.1983
- 10) Granma, 10.7.1983
- 11) Cadernos..., Nr. 4/1983
- 12) Combate, Stockholm, Nr. 96, 7/1983
- 13) IHT, 19.8.1983
- 14) NACLA Report, New York, Nr. 2/1983
- 15) IHT, 19.8.1983
- 16) Voz, Bogota, 11.8.1983
- 17) Le Monde, 11.8.1983; IHT, 19.8.1983 und LAWR, 19.8.1983
- 18) IHT, 10.8.1983
- 19) IHT, 15.8.1983
- 20) NACLA, Report, Nr. 2/1983; El País, Madrid, 9.8.1983 und IHT, 19.8.1983

Neu im Oktober

Lorenz Knorr
Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik
 Kleine Bibliothek Band 260
 231 Seiten, DM 12,80
 ISBN 3-7609-0696-6

Georg Fülberth
Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
 Kleine Bibliothek Band 310
 143 Seiten, DM 7,80
 ISBN 3-7609-0841-1

Susanne v. Daniels/
 Frajo Krick/
 Gustl Steiner u. a. (Hrsg.)
Krüppel-Tribunal
 Menschenrechtsverletzungen im Sozialstaat
 Kleine Bibliothek Band 303
 171 Seiten, DM 14,80
 ISBN 3-7609-0799-7

Jürgen Kuczynski
Memoiren
 Kleine Bibliothek Band 308
 458 Seiten, DM 15,-
 ISBN 3-7609-0839-X

Peter Bachmann/Kurt Zeisler
Der deutsche Militarismus 1917-1945
 Illustrierte Geschichte
 472 Seiten, 1016 Abbildungen,
 Format 24x30 cm, Leinen mit
 farbigem Schutzumschlag,
 DM 50,-
 ISBN 3-7609-0795-4

Dieter Fricke u. a. (Hrsg.)
Lexikon zur Parteiengeschichte
 Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland 1789-1945. Vier Bände
Band 1
 Vom Alldeutschen Verband bis zur Deutschen Liga für Menschenrechte
 757 Seiten, DM 68,-
 ISBN 3-7609-0782-2

Deutsche Geschichte in zwölf Bänden
 Letztmalige Subskriptionsverlängerung der Bände 1-4:
 30. November 1983
Sonderprospekt bitte anfordern

Band 2
Die entfaltete Feudalgesellschaft
 Von der Mitte des 11. bis zu den siebziger Jahren des 15. Jahrhunderts
 476 Seiten, DM 68,-
 Subskriptionspreis DM 48,-
 ISBN 3-7609-1002-5

Band 3
Die Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus
 Von den siebziger Jahren des 15. Jahrhunderts bis 1789
 592 Seiten, DM 68,-
 Subskriptionspreis DM 48,-
 ISBN 3-7609-1003-3



Pahl-Rugenstein

Pahl-Rugenstein Verlag GmbH Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. (02 21) 36 40 51



Interview mit Comandante Maria Antonia

Die FMLN schuf sich Vorteile (2)

AIB: Comandante Maria Antonia, Sie sagten, daß die Counter-Insurgency-Taktik (Aufstandsbekämpfung) bisher in El Salvador nicht greife und im Offizierskorps umstritten sei. Läßt das nicht erwarten, daß Washington noch stärker auf die Erhöhung der US-Militärberater u.a.m. drängen wird?

MARIA ANTONIA: Ja genau. US-Präsident Reagan versucht jetzt, Zeit zu gewinnen, um das Kräfteverhältnis zugunsten der salvadorianischen Armee zu verändern. Er tut dies nicht im Bewußtsein, den Kampf kurzfristig zu seinen Gunsten entscheiden zu können, aber um zumindest eine Niederlage zu vermeiden. Er versucht Zeit zu gewinnen, um mehr Eliteeinheiten auszubilden.

Man versuchte Bataillone von zunächst 900, dann von 800, von 560 und schließlich von 350 Mann aufzustellen, d.h. 50 Counter-Insurgency-Bataillone mehr. Aber dafür müßten sie entweder die Anzahl der US-Militärberater in El Salvador erhöhen...

AIB: Oder aber in Honduras. Sie bilden doch neuerdings in Honduras salvadorianische Truppen aus...

MARIA ANTONIA: In der Tat erhöhen sie nicht nur die militärische und wirtschaftliche Hilfe für El Salvador, um diese Einheiten auszubilden. Da dies innerhalb des US-Kongresses ein umstrittenes Problem war, versuchte Ronald Reagan dessen Widerstand zu umgehen, indem er die Ausbildung dieser Elitetruppen zum Teil in Trainingscamps auf honduranischem Gebiet auslagerte.

Aber bei der Bildung von 50 zusätzlichen Bataillonen steht Reagan in El Salvador vor einem weiteren Problem, das im Zusammenhang mit dem quantitativen Zuwachs der militärischen Kräfte steht, vor dem Rekrutierungsproblem. Früher hatten die Regierungstruppen ihre hauptsächliche Rekrutierungsbasis in den ländlichen Gebieten und nicht in den Städten. Aber jetzt werden die ländlichen Gebiete teils von der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) kontrolliert und ein Teil der Bevölkerung lebt dort. Und in jenen Orten, wo die FMLN keine militärische Kontrolle ausübt, hat die Bevölkerung Angst, rekrutiert zu werden.

Daher gehen die Männer und vor allem die jüngeren, anstatt der Armee ihre Einziehung zu ermöglichen, in die von uns kontrollierten Gebiete weg und schließen sich unseren Truppen an. Dadurch stärken sie die FMLN. Diese Erscheinung begünstigt uns und wendet sich gegen den Feind.

Deswegen muß der Gegner die Rekrutierung jetzt in den Städten durchführen, was dem Bild, das er von den Städten – hauptsächlich von San Salvador und anderen wichtigen Städten – eigentlich zeichnen will, widerspricht. Um viele Rekrutierungen durchzuführen, fahren sie mit ihren Lastwagen oft vor die Ausgänge der Kinos, Schulen und Stadien und zwingen die Leute aufzusteigen.



US-Ausbildungslager in Puerto Castilla/Honduras

Es handelt sich also um eine Zwangsrekrutierung, die Bevölkerung wird gewaltsam eingezogen. Und dies widerspricht natürlich dem demokratischen Anschein, den das Regime in den Städten erwecken möchte.

Die Zwangsrekrutierung betreibt man in der Mehrzahl gegenüber Jugendlichen, die bewußtseinsmäßig schon nicht mehr auf seiten des Regimes stehen, sondern auf der Seite der FMLN. Und das schafft ihm Probleme bei der Reorganisation seiner Truppen.

Eine der Folgewirkungen ist das Aufbrechen der ideologischen Konzeptionen des Gegners, wobei das Volk sich über die Rolle der salvadorianischen Armee im Klaren ist. Es sieht das Militär als ein politisches Instrument der Oligarchie und als Marionette des US-Imperialismus, die wegen ihrer Repressionstätigkeit ein völlig negatives Image hat.

Das Heer hat die Zivilbevölkerung massakriert, und die Leute wissen das. Sie wollen deshalb nicht bei einer so kriminellen Armee wie der salvadorianischen mitmachen. Deshalb sind sie für die Kräfte, die für die Befreiung des Volkes kämpfen, die für die Achtung des Lebens, für die Menschenwürde und die Menschenrechte kämpfen.

Aus diesem Grund hilft die Bevölkerung unseren bewaffneten Kräften. Und diejenigen, die eingezogen werden, schaffen große interne Probleme in der Armee.

Insgesamt steht der Feind, d.h. die Reagan-Administration vor dem Problem, daß sie derzeit eigentlich keine Counter-Insurgency-Taktik in El Salvador anwenden kann. Abgesehen von den ständigen Schwierigkeiten, die US-Militärhilfe für El Salvador im Kongreß bewilligt zu bekommen (im Juli d.J. gab er 30 Mio Dollar Sonderhilfe frei; d. Red.), stoßen die US-Offiziere innerhalb der Marionettenarmee, insbesondere hinsichtlich der Strategie der Kriegführung, auf Gegenkräfte. Sie haben Schwierigkeiten in Sachen Befehlsstruktur

und hinsichtlich des Ausmaßes der Kämpfe.

Das sind reale Schwierigkeiten, vor denen der US-Imperialismus bei der Anwendung seiner Counter-Insurgency-Taktik im Inneren des Landes steht. In Washington scheint man sich darüber im Klaren zu sein, daß man mit der salvadorianischen Armee allein die Kräfte der FMLN nicht wird bezwingen können.

AIB: Wollen Sie damit sagen, dies gehe ausschließlich mit US-Kampftruppen?

MARIA ANTONIA: Ja genau. Die Reagan-Administration weiß, daß die salvadorianische Armee unfähig ist, uns zu schlagen. Sie weiß, daß die Bourgeoisie politisch große Widersprüche aufweist und sehr gespalten ist. Und sie ist sich im Klaren darüber, daß, wenn es so weiter geht — angesichts der politischen und militärischen Fortschritte der FMLN — die Aussicht auf den Sieg für die FMLN kurzfristig immer näher rückt. Deshalb wollten die USA die salvadorianischen Wahlen auf Dezember 1983 vorziehen mit dem Ziel, die gegnerischen Kräfte zu einigen und die Wahlen als Deckmantel für ihre Militärpolitik zu benutzen.

Reagans Handicap: Die Bourgeoisie ist momentan in 12 politische Parteien gespalten. Es gibt keine politische Verfassung, keine Wählerverzeichnisse. D.h. mit diesen Wahlen würde man eine Regierung installieren, die scheinbar den Willen des Volkes vertritt und es Washington sozusagen verfassungsgemäß erlauben würde, seine militärische Lösung durchzusetzen und die FMLN/FDR zu zerschlagen. Und das ist das Hauptziel Reagans bei der Lösung des salvadorianischen Konflikts.

Andererseits macht die FMLN in diesem Moment unaufhaltbare Fortschritte, stehen die gegnerischen Truppen am Rande der Niederlage. Deshalb bleibt für Washington zur Rettung dieses Regimes, das sich einzig mit der Militär- und Wirtschaftshilfe der USA am Leben hält, keine andere Lösung als die Intervention. Und deshalb werden auch von außen her alle Maßnahmen getroffen, um dies vorzubereiten.

Das soll nicht nur dazu dienen, die FMLN zu vernichten, sondern auch die wachsende Volksbewegung in Guatemala zu zerschlagen und zugleich die nikaraguanische Revolution anzugreifen.

Dabei wird Honduras gleichzeitig in eine Militärbasis für die Verteidigung der US-Interessen verwandelt.

Dazu gehört z.B. auch, daß Reagan jetzt den Militärchef des US-Südkommandos in Panama, General Nutting, durch General Gorman, der ein Vier-Sterne-General ist, ablöst, und daß der Generalstab von früher 4 auf jetzt 7 Mitglieder erhöht würde. Die Reagan-Administration versucht auch, eine Militärbasis in Kostarika einzurichten: Wenn Kostarika dann „Friedenstruppen“ ruft, so öffnet es damit den US-Marines das Tor.

Reagan erhöht die Militär- und Wirtschaftshilfe für die kon-

terrevolutionären Banden in Honduras. Er eröffnet Flugplätze in Honduras, damit seine Flugzeuge dort landen können. Er richtet dort Kasernen ein, erhöht die Anzahl der US-Militärberater und der honduranischen Angriffsflugzeuge. Und die konterrevolutionären Angriffe auf Nicaragua und auf die FMLN in El Salvador nehmen ständig zu.

Wir meinen daher, daß Reagan Mittelamerika aufrüstet, damit er die militärische Intervention ausweiten und Mittelamerika in ein zweites Vietnam verwandeln kann. Dies bedroht natürlich den Weltfrieden. Wir glauben, daß der Weltfrieden seit den 40er Jahren niemals so gefährdet war wie heute.

AIB: Wie wichtig nehmt Ihr eine politische Verhandlungslösung in El Salvador und der Region?

MARIA ANTONIA: In Anbetracht der militärischen Lösung, die Reagan für den Konflikt in El Salvador und Mittelamerika sucht, betreibt die FMLN eine politische Lösung des salvadorianischen Konflikts, die sich gerade auf den Vorschlag von Verhandlungen ohne Vorbedingungen stützt (seitens der FMLN/FDR vom Oktober 1982; d. Red.).

Das würde dazu beitragen, in unserem Land so schnell wie möglich Frieden herzustellen und die Zahl der Opfer zu verringern, die die salvadorianische Revolution und die Verteidigung der nikaraguanischen Revolution kosten. Es würde dazu beitragen, die Selbstbestimmung unserer Völker — sowohl des Volkes von Nicaragua als auch der Völker von El Salvador und Guatemala — zu ermöglichen. Und es würde der militaristischen und kriegstreiberischen Politik Reagans in Mittelamerika ein Ende setzen.

Mit dieser Politik wollen wir auch verhindern, daß Reagan seine Wiederwahl im Jahr 1984 mit Hilfe eines blutigen Siegs in Mittelamerika gewinnen kann.

AIB: Rechnen Sie damit, daß ein Einmarsch von US-Kampftruppen gleichzeitig gegen El Salvador, Nicaragua und Guatemala erfolgt?

MARIA ANTONIA: Das ist das, was die Reagan-Administration eigentlich möchte. Sie sucht nach einem Vorwand, um zu intervenieren...

AIB: Dieser Vorwand ist El Salvador...

MARIA ANTONIA: Genau. Aber wir wollen ihnen diesen Vorwand nicht liefern. Und deshalb schlägt die FMLN eine politische Lösung vor.

AIB: Kann man demnach sagen, die FMLN verfolgt mit ihrem Eintreten für eine politische Lösung in El Salvador in allererster Linie das Ziel, eine Kriegeskalation in Mittelamerika zu verhindern?

MARIA ANTONIA: In der Tat. Die politische Lösung soll zum einen die militärische Invasion der USA in ganz Mittelamerika verhindern, denn wir wollen nicht, daß sich Mittelamerika in ein Flammenmeer verwandelt. Zum anderen schlagen wir die Verhandlungen auch als Lösung für unseren inneren Konflikt in El Salvador vor. *Wird fortgesetzt*

HALLO NICARAGUA



Sach-Comic

Lesen macht stark

Rius
Hallo Nicaragua
Sach-Comic
144 S., 12,80 DM

Stefan Siegert
Karl Marx geht um
Eine Bilder-Geschichte
152 Seiten, 14,80 DM

Stefan Siegert

KARL MARX GEHT UM



EL SALVADOR die unsichtbare Front



W. Brönnner/H.E. Gross (Hg.)
El Salvador — die unsichtbare Front
Sachbuch,
176 S., 9,80 DM

Im Buchhandel erhältlich

Postfach 789
46 Dortmund

WELTKREIS

Nico Biver

Der Mord an Aquino – ein Signal

Benigno Aquino legte wenige Minuten vor der Landung der taiwanesischen Boeing 767 auf dem Flughafen der philippinischen Hauptstadt Manila eine kugelsichere Weste an. „Wenn sie mich allerdings in den Kopf schießen, bin ich sowieso ein Mann des Todes“, hatte Ninoy, wie ihn seine Anhänger nennen, bei seinem Abflug am Morgen des 21. August d.J. erklärt.¹

Wenige Stunden später lag der 50jährige Rivale des Staatspräsidenten Ferdinand Marcos tot auf dem Rollfeld, ermordet durch einen Schuß in den Hinterkopf.

Wenige Schritte von ihm entfernt lag sein angeblicher Mörder, niedergestreckt von den Kugeln der Sicherheitskräfte.

Drei Sicherheitsbeamte hatten B. Aquino im Flugzeug abgeholt und mit ihm das Flugzeug durch einen Nebenausstieg verlassen, während die anderen Passagiere am Aussteigen gehindert wurden. Der erste Schuß, der dann fiel, soll von dem Attentäter, der später von den Behörden als ein bekannter Killer mit dem Namen Rolando Golman y Davang identifiziert wurde, abgefeuert worden sein. Die folgenden Schüsse galten dem Attentäter selbst.

Alle Umstände des Mordes deuten auf eine Verwicklung der Repressionskräfte hin. Sollte der angebliche Attentäter wirklich der Todesschütze gewesen sein, so bleibt die Frage offen, wie er die Sperrketten der Soldaten überwinden konnte und woher er wußte, daß B. Aquino das Flugzeug nicht über die Passagierbrücke, sondern über die Gangway das Flugzeug verlassen würde.

Vieles deutet allerdings darauf hin, daß nicht er, sondern die Sicherheitsbeamten selbst B. Aquino auf dem Gewissen haben. Ein japanischer Journalist, hatte vom Innern des Flugzeugs aus beobachtet, wie zwei der Soldaten, die B. Aquino

begleiteten, ihre Pistolen zogen, bevor der erste Schuß fiel. Er sah auch wie der angebliche Attentäter aus einem wartenden Lastwagen der Flughafenpolizei gestoßen und dann niedergeschossen wurde.

Für diese Version spricht auch, daß der Schußkanal von oben nach unten ging, obwohl der angebliche Täter kleiner als B. Aquino war, und daß auf dem Videoband von der Ankunft des Flugzeugs, genau die Stelle die das Attentat zeigt, fehlt.

Ein Interesse an Ninoy's Ermordung hatte sowohl der Diktator F. Marcos selbst als auch Kräfte in seiner Umgebung, die sich auf eine Machtübernahme vorbereiten, sollte er zurücktreten. B. Aquino war die wohl bekannteste Persönlichkeit der bürgerlichen Opposition und bereits früh zu einem gefährlichen Rivalen für F. Marcos geworden.

Auf dem „Weg wie El Salvador“?

Aus einer reichen Familie stammend, war er bereits mit 29 Jahren zum jüngsten Provinzgouverneur und danach zum jüngsten Senator der Philippinen gewählt worden. Als Führer der Liberalen Partei galt er als der aussichtsreichste Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 1973.

Der seit 1965 regierende F. Marcos verhängte jedoch 1972 den Ausnahmezustand, ließ Aquino und andere Oppositionelle verhaften und ihn 1977 zum Tode verurteilen. Im Jahr 1980 konnte er wegen einer Herzoperation in die USA ausreisen, wo er bis zum 14. August d.J. blieb.

Mit allen Mitteln hatten die philippinischen Behörden versucht, ihn von einer Rückkehr abzuhalten. Ende Juli 1983 war sein Todesurteil bestätigt worden. Sein Paß wurde nicht verlängert und mehrmals wurde er von offizieller Stelle, darunter von der Präsidentengattin Imelda Marcos, gewarnt, daß Attentatspläne gegen ihn bestünden. Doch alle Einschüchterungsversuche hatten keinen Erfolg.

B. Aquino wollte eine glaubwürdige bürgerliche Alternative zu F. Marcos aufbauen und eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen erzwingen. Auf dem Flug nach Manila hatte er erklärt: „Wir müssen den Präsidenten überzeugen, sich für eine Rückkehr zur Demokratie einzusetzen. Sonst sind wir auf dem gleichen Weg wie El Salvador.“²

Die bürgerliche Opposition, die sich vor allem in der aus 12 Gruppierungen bestehenden Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO) kristallisiert, war bisher heillos zerstritten. Gleichzeitig gelang es den revolutionären Kräften, in der Nationaldemokratischen Front (NDF) und in der mit ihr verbündeten Neuen Volksarmee (NPA) ihren Einfluß stetig auszubauen (vgl. AIB 7-8/1983, S. 48-51). B. Aquino hatte mehrmals gewarnt, daß die bürgerlichen Kräfte zwischen der Marcos-Clique und der NDF zerrieben werden könnten (vgl. AIB 4/1982, S. 27-30). In einer Situation, da die soziale Basis des Regimes immer mehr schrumpfte, wollte er die Hinwendung der philippinischen Massen und von Teilen der bürgerlichen Opposition zur NDF aufhalten. Die Massendemonstrationen anlässlich



22. August 1983 auf dem Flughafen in Manila: Der Mörder Aquino und sein Mörder liegen tot am Boden

seines Begräbnisses, an denen 3 Mio Menschen teilnahmen, zeigen, daß er möglicherweise erfolgreich in seinem Bestreben hätte sein können.

Nun aber ist es fraglich, ob es den bürgerlichen Kräften noch gelingen kann, sich an die Spitze der Oppositionsbewegung zu stellen. Der Mord an B. Aquino hat vielen klar gemacht, daß es nicht möglich ist, mit Marcos zu einer Übereinkunft zu kommen.

So lehnten bekannte Oppositionelle wie das Oberhaupt der katholischen Kirche, Kardinal Jaime Sin, und der ehemalige Präsident des Obersten Gerichtshofes, Roberto Conception, eine Mitgliedschaft in der Kommission ab, die den Mord an B. Aquino untersuchen soll. Der Vorsitzende der UNIDO, Senator Salvador H. Laurel, forderte F. Marcos auf, zurückzutreten und einer Übergangsregierung Platz zu machen, die eine ehrliche Untersuchung des Mordes einleiten, eine neue Verfassung entwerfen und freie Wahlen durchführen solle. Andernfalls werde die UNIDO alle Wahlen boykottieren.³

Die Nationaldemokratische Front hatte in einer Erklärung vom 23. August festgestellt, daß der Mord an B. Aquino ein Signal sei, für das Ende aller wohlgemeinten, aber vergeblichen Versuche, eine nationale Versöhnung herbeizuführen: „Es kann keine Versöhnung unter einem immer brutaler werdenden Regime geben. Es kann nur Einigkeit aller derer geben, die gegen die vom Regime verursachte und bestimmte Ungerechtigkeit und Unterdrückung kämpfen.“⁴

Die Bedingungen für eine Vereinheitlichung der Opposition, allerdings unter Führung der revolutionären Kräfte, haben sich in letzter Zeit verbessert, weil sowohl die Arbeiter und Bauern als auch die Mittelschichten und die nationale Bourgeoisie Leidtragende der Politik des Regimes sind. Der Aufbau einer exportorientierten Wirtschaft, die vor allem auf Auslandsinvestitionen aufbaut, und die Privilegierung der Unternehmen der Marcos-Clique bedroht große Teile der nationalen Bourgeoisie in ihrer Existenz.

Die UNIDO wendet sich deshalb gegen die Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IMF), fordert ein Ende der mit Bedingungen verknüpften Anleihen und des Abbaus der Zollschränken, die Verringerung der Auslandsabhängigkeit der Wirtschaft, die Einschränkung der Auslandsinvestitionen und ein Importverbot der Luxusgüter.⁵ Dieser Forderungen sind teilweise deckungsgleich mit denen der radikalen Opposition, die sich gegen die vom IMF diktierte Wirtschaftspolitik wendet, weil sie vor allem auf Kosten der Werktätigen geht.

Keine Versöhnung mit dem Regime

Beide Oppositionsströmungen wenden sich ebenfalls gegen die Unterdrückungspolitik des Marcos-Regimes. Auch wenn die Repression die Linke wesentlich stärker trifft, so hat doch die Festnahme des Führers der Philippinischen Demokratischen Partei (PDP), Aquilino Pimentel, und nicht zuletzt der Mord an B. Aquino gezeigt, daß die bürgerliche Opposition nicht ausgespart bleibt.

Aufgrund der breiten Proteste, die auch von der Führung der katholischen Kirche ausgingen, wurden die Verhaftungsbefehle des Präsidenten (PCO) abgeschafft. Dies bleibt jedoch eine kosmetische Änderung, da die Verhaftungsbefehle durch ähnliche Dekrete ersetzt wurden. Aufgrund der PCOs, die F. Marcos ohne Zustimmung der Gerichte gestatteten Personen verhaften zu lassen, sind 162 Oppositionelle eingekerkert.⁶

Vor allem die Bedeutung der US-Militärbasen auf den Philippinen für die Erstschlags- und Interventionsstrategie der Reagan-Administration veranlassen diese, das Marcos-Regime weiterhin zu unterstützen. In Washington will man unter allen Umständen auch eine Machtübernahme der Lin-



Trauerzug für B. Aquino

ken verhindern. Aus diesen Gründen hat Ronald Reagan wohl seinen Philippinen-Besuch im November d.J. bisher nicht abgesagt.

Dies heißt allerdings nicht, daß der Reagan-Administration der Mord an B. Aquino gelegen gekommen wäre. Der Ermordete wäre eine für die USA durchaus annehmbare Alternative zu F. Marcos gewesen. Noch zwei Wochen vor seinem Tod hatte B. Aquino erklärt: „...angesichts der Erfahrungen im Iran und Nicaragua wäre es töricht für die USA, keine Alternativen vorzubereiten.“⁷

Der Mord hat außerdem zur Folge, daß die bürgerliche Opposition sich radikalisiert, ihr rechter Flügel an Einfluß verliert und das Marcos-Regime sich weiter innenpolitisch und international isoliert, daß es zunehmend instabiler wird. Daran ändern auch die Versuche von F. Marcos nichts, der Linken den Mord an B. Aquino in die Schuhe zu schieben. Auch seine Beteuerungen, daß sein Regime stabil sei, vermögen darüber nicht hinwegzutäuschen.

Die USA werden sich deshalb nach einer Alternative zu Marcos umsehen müssen. Diese dürfte allerdings nicht mehr in der Gestalt der bürgerlichen Opposition erscheinen. Nur durch eine Machtübernahme durch die Armee und die Unterdrückung der gesamten Opposition scheint es noch machbar, das Überleben des Regimes hinauszuzögern.

Anmerkungen:

- 1) Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 1.9.1983
- 2) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 22.8.1983
- 3) Vgl. IHT, 2.9.1983
- 4) Philippinen, Nr. 12, August 1983
- 5) Siehe: FEER, 7.7.1983
- 6) Laut: IHT, 8.8.1983
- 7) Ebenda, 23.8.1983

Peter Garcia

Die Wiedergeburt der FRETILIN

Juni 1983. Wie die internationale Presse berichtete, hatte Indonesiens Armee den Guerilleros auf Ost-Timor einen Waffenstillstand aufgezwungen. Genau den Guerilleros, die nach indonesischen Angaben jedes Jahr aufs Neue vernichtet worden waren...

Bereits am 25.2.1983 hatte eine neue Offensive der Befreiungsbewegung Ost-Timors, der Revolutionären Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors (FRETILIN, gegründet 1970; d. Red.), berechnete Zweifel an den indonesischen Darstellungen aufkommen lassen. 2.500 der insgesamt 7.000 Guerilleros ihrer bewaffneten Organisation FALINTIL (Streitkräfte zur Befreiung Ost-Timors) besetzten vorübergehend die fünf Städte Luré, Turisca, Fatu Malic, Betano und Fatu Mea. In fünf weiteren Städten wurden die indonesischen Garnisonen in heftige Kämpfe verwickelt.

Mit dieser Offensive sollten die Delegationen zur 7. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Delhi an den Befreiungskampf des Volkes von Ost-Timor erinnert werden. Die militärische Kampagne wurde vom landesweit hörbaren eigenen Rundfunksender Radio Maubere begleitet: „...Unsere Offensive ist die Form der aktiven Teilnahme des Maubere-Volkes an der Konferenz (der Nichtpaktgebundenen)... Wir werden die gegnerischen Verbände, die unser Land weiterhin besetzt halten wollen, so bald wie möglich vernichten... Pátria ou morte. Resistir é vencer (Vaterland oder Tod. Widerstand ist Sieg).“

Offensive der Totgesagten

Im Verlauf der Radiosendung wurden die unmittelbaren Ziele des bewaffneten Kampfes erläutert. Mit der zeitweisen Besetzung kleiner Städte im Landesinnern sollte der Rückzug der Indonesier in die größeren Städte erreicht werden. Außerdem dienten sie der Beschaffung von Kriegsmaterial und der Vernichtung möglichst vieler indonesischer Militärangehöriger. Ein weiteres Ziel für militärische Aktionen waren Gefängnisse und Konzentrationslager, um Anhänger und Sympathisanten der FRETILIN zu befreien. Schließlich galt es, die Vorbereitungen für die geplante indonesische Frühjahrsoffensive gegen die FRETILIN entscheidend zu stören.¹

Inwieweit sind diese Ziele erreicht worden? Der indonesische Außenminister Mochtar Kusumaatmadja mußte vor Reportern der internationalen Nachrichtenagenturen eingestehen, daß immer mehr Truppentransporte und Reisen indonesischer Militärangehöriger im Innern Ost-Timors mit dem Hubschrauber durchgeführt werden müssen.

Auf der anderen Seite schickte die FRETILIN im Februar 1983 einen Brief an UN-Generalsekretär Perez de Cuellar mit einer Einladung für UNO-Beobachter, denen uneingeschränkte Sicherheit im Landesinnern garantiert wird. Und schließlich konnte die FRETILIN überall auf dem Land „Ständige Guerilla-Stützpunkte“ (BGEs) einrichten. Alles das verdeutlicht, daß es den Indonesiern nicht gelungen ist, im Landesinnern Fuß zu fassen.²

Der Brief an den Generalsekretär der UNO war vom neuen



Guerilla-Einheit der FRETILIN im befreiten Gebiet

Oberkommandierenden der FALINTIL, Kay Rala Xanana Gusmão, unterschrieben worden. Der 39jährige Xanana Gusmão ist Klassenkamerad und Kampfgefährte des 1978 ermordeten Präsidenten Nicolau Lobato.

1973 entließ die portugiesische Kolonialmacht Guamão wegen „subversiver Tätigkeit“ aus seinem Posten bei der Verwaltungsbehörde in Dili und setzte ihn auf die „Schwarze Liste“. Trotz Abitur mußte er deshalb bis 1975 als Maurer arbeiten, um sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Mit Beginn des Freiheitskampfes nahm Xanana Gusmão als FRETILIN-Mitglied selbst die Waffe in die Hand. Ende 1981 wurde er nach der Kampagne des „lebenden Zauns“³ von den Indonesiern mit viel Propaganda-Rummel für tot erklärt.⁴

Die Neujahrsbotschaft 1982/83 an die früheren portugiesischen Kolonien in Afrika wurde diesmal von Xanana Gusmão im Namen des Revolutionsrats des Nationalen Widerstands abgefaßt. Mit diesen 5 Ländern, und besonders mit Angola und Moçambique, unterhält die FRETILIN seit Beginn ihres Freiheitskampfes engste Beziehungen. Dieser traditionellen Grußbotschaft wurde zum Jahresende 1982 eine zweite hinzugefügt. Sie richtete sich an die 3 Länder Indochinas: „...Der bedeutende Sieg Vietnams über den US-Imperialismus war der Rahmen für eine Wende in Südostasien ... (auch) für die anderen unterdrückten Völker... Bruderparteien, -regierungen und Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea! Wir möchten unsere Solidarität, unsere uneingeschränkte Unterstützung für den Vorschlag einer internationalen Konferenz bekräftigen, um den imperialistischen Winkelzügen zur Boykottierung der Errungenschaften des Volkes von Kampuchea ein Ende zu setzen... Wir unterstützen weiterhin den guten Willen und die Initiativen der UdSSR und Vietnams zur Normalisierung der Beziehungen zu China...“⁵

Auch diese Neujahrsbotschaften waren über den neuen Sender Radio Maubere verlesen worden. Maubere – so bezeichnen sich die Einwohner Ost-Timors. Gleichzeitig ist Maubere

der häufigste Familienname auf Ost-Timor, etwa vergleichbar unserem Familiennamen „Schmidt“.

Die Portugiesen hatten diesen Namen verächtlich als Synonym für alle Ost-Timorensen verwandt, die im Landesinneren wohnten und nur schlecht Portugiesisch sprachen. Das wiederum veranlaßte die Bewohner des Landes, die nicht von den Portugiesen assimiliert werden wollten, sich selbst stolz als Maubere zu bezeichnen. Der heutige Gebrauch dieses Namens symbolisiert den Widerstandswillen des Volkes von Ost-Timor.⁶

Der Widerstand hat inzwischen Formen angenommen, die zur Zeit der portugiesischen Kolonialherrschaft undenkbar gewesen wären.

Tausende Animisten lassen sich — laut Canberra Times vom 14.3.1983 — monatlich zum Katholizismus bekehren, um so gegen die Integration nach Indonesien zu protestieren. Der Außenminister der FRETILIN, Mari Alkatiri, gab während seiner Reise durch verschiedene lateinamerikanische Staaten im März 1983 eine ähnliche Einschätzung: „Am Anfang wurden besonders die Katholiken von den moslemischen Indonesiern verfolgt. Seitdem spielt (die katholische Kirche) eine wichtige Rolle im Kampf um die Befreiung und bei der Unterstützung der FRETILIN... Die offene Unterdrückung ... hat nur die Anzahl der Katholiken vergrößert, als eine weitere Form des Widerstands gegen die Invasoren.“

Allerdings wurde von 45 Priestern und Laien aus Ost-Timor auf einer Kirchentagung in Djakarta bedauert, daß eine Stellungnahme aus Rom zur Katholikenverfolgung auf Ost-Timor immer noch aussteht.

Eine auf den ersten Blick noch schwerer verständliche Art des Widerstands sind Kinderehen. Den Zwangsehen zwischen Indonesiern und Ost-Timorensen versucht man u.a. dadurch zu entgehen, daß man die Jugendlichen auf Ost-Timor bereits zwischen 14 und 16 Jahren verheiratet.

Schließlich ist es auch Widerstand, wenn heute ein Vater seine Kinder Portugiesisch — die Sprache der früher verhaßten Kolonialmacht — lernen läßt.⁷

Diese Formen des täglichen Protestes sind wichtig, denn sie vermitteln das Gefühl, daß die Macht des Invasors begrenzt ist. Neben dem ungebrochenen Widerstandswillen des Maubere-Volkes sind es hauptsächlich drei Faktoren, die die Lage für das Volk von Ost-Timor entscheidend verbessert haben.

Da sind erstens die militärischen Erfolge der FALINTIL seit Ende 1982 bis heute.

FRETILIN-Politik der nationalen Einheit

Zweitens haben sich seit dem Wahlsieg der Labour Party in Australien und der Sozialisten in Portugal auch international günstigere Bedingungen ergeben. Selbst wenn der neue australische Premier Hawke eher proindonesisch eingestellt ist, so ist die Unabhängigkeit Ost-Timors doch ein Programmpunkt der Labour Party. Das erste Mal seit 1975 dürfen Mitglieder des ost-timorensischen Widerstands nach Australien einreisen. Von dieser Möglichkeit machten im Juli 1983 die beiden Mitglieder des Zentralkomitees der FRETILIN, Abílio Araújo und Roque Rodrigues, Gebrauch.

Der dritte Faktor ist die immer stärker werdende Opposition in Indonesien selbst (auch unter den Militärs), die sich zunehmend über die wahre Lage in Ost-Timor bewußt wird. Lange Zeit war es der indonesischen Regierung gelungen, um Ost-Timor eine Mauer des Schweigens aufzurichten. Die in Ost-Timor verwundeten indonesischen Soldaten, die als Krüppel zurückkehrten, die zwangsumgeschulten ost-timorensischen Studenten und die katholischen Priester durchbrachen diese Mauer. Selbst die gefallenen indonesischen Soldaten redeten ihre eigene Art von Sprache. Heute ist

Selbstbestimmung für Ost-Timor ein fester Bestandteil der Forderungen der indonesischen Opposition.

Zum bisherigen Erfolg des Befreiungskampfes hat schließlich auch eine flexiblere Politik der FRETILIN beigetragen. Seit 1982 versucht die indonesische Besatzungsmacht, junge Ost-Timorensen in die Armee zu zwingen, oder sie mit Geld und Lebensmitteln zu kaufen. Bei dem chronischen Hunger unter großen Teilen der Bevölkerung und bei der extrem hohen Arbeitslosigkeit hatten die Indonesier auch gewisse Erfolge. Das Bataillon 744 besteht heute ganz aus Ost-Timorensen.

Die FRETILIN stellt dieser Taktik die Politik der nationalen Einheit gegenüber. Auch solche Ost-Timorensen, die im Sold der Indonesier stehen, können Mitglieder der FRETILIN werden, ebenso die in Ost-Timor ansässigen Chinesen (in der Regel kleine Kaufleute). Selbst engste Zusammenarbeit mit den Indonesiern schützt nicht vor Übergriffen der Besatzungsmacht, deren Militärhandbuch unter Kapitel V-13 genaue Anweisungen zum Foltern gibt.⁸ Im November 1982 z.B. verbrannten indonesische Militärangehörige einen ost-timorensischen Polizisten in Porto de Maubisse bei lebendigem Leibe, weil er angeblich einen Bruder bei der FRETILIN hatte.

Ende des Jahres 1982 rief das Oberkommando der FALINTIL zur Schaffung der nationalen Einheit „unabhängig von Rasse, Glauben, politischen Ansichten, Alter, Geschlecht und sozialer Herkunft“ auf, um die Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Ost-Timor schneller zu erreichen.⁹

Und mit diesem Ziel vor Augen erklärte sich Xanana Gusmão Anfang des Jahres zu einem Treffen mit indonesischen Offizieren bereit. Den von den Indonesiern gewünschten Tagungsort Baucau lehnte die FRETILIN ab, und Djakartas Unterhändler mußten den Guerilleros nach Buburake-Lariguito im FRETILIN-kontrollierten Gebiet folgen. Dort wurde dann am 23. März d.J. zwischen Xanana Gusmão und dem indonesischen bevollmächtigten Oberst Purwanto der Waffenstillstand vereinbart.

Die FRETILIN war damit nur einverstanden, um über die Gewährung der Selbstbestimmung für Ost-Timor zu verhandeln. Was blieb dem indonesischen Außenminister da anderes übrig, als im Juni 1983 vor der Presse in Djakarta wenigstens „Gespräche“ mit der „sog. FRETILIN“ zuzugeben.¹⁰ Der Waffenstillstand war jedoch nicht von langer Dauer. Mitte September d.J. hat die indonesische Armee die größte Offensive seit 1975/76 gegen die FRETILIN eingeleitet. Anlaß dafür war ein Überfall von ost-timorensischen Deserteurern der indonesischen Armee, bei dem 15 indonesische Soldaten getötet wurden. In letzter Zeit waren hunderte in die Armee gezwungene Ost-Timorensen zur Guerilla übergelaufen.

Angesichts der wiedergewonnenen Stärke der FRETILIN wird sich die neue Offensive weniger gegen die Guerilla als gegen die Zivilbevölkerung richten. Nach dem Überfall waren bereits 200 Dorfbewohner zur Vergeltung ermordet worden.¹¹

Anmerkungen:

- 1) Erklärung der FRETILIN an die 7. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen, Delhi, 2.3.1983
- 2) Cadernos do Terceiro Mundo, Lissabon, Nr. 2-3/1983
- 3) Siehe AIB 10/1982, S. 38-39
- 4) Cadernos, a.a.O.
- 5) NACROMA, Lissabon, Nr. 3-4/1983
- 6) FUNU, Lissabon, Nr. 1/1981
- 7) Cadernos, Nr. 2-3 und 6-7/1983
- 8) Le Monde, Paris, 21.7.1983
- 9) Cadernos, 2-3/1983 und NACROMA, 3-4/1983
- 10) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 27.6.1983; Le Monde, 13.7.1983 und Afrique Asie, Paris, Nr. 301/1.8.1983
- 11) Vgl. Le Monde, 17.9.1983

60 Jahre türkische Republik

Immerhin erkoren die in Ankara regierenden reaktionären Militärs als Termin für ihr geplantes Wahlspektakel nicht den 29. Oktober. Es hätte ihnen ähnlich gesehen, berufen sie sich doch auf jene Republik, die an diesem Tag 60 Jahre bestehen wird, und vor allem auf deren „Vater“, Mustafa Kemal Pascha, genannt „Atatürk“.

Denn während die türkische Militärjunta die Interessen der Großbourgeoisie, vor allem aber der NATO-Vormächte und des Internationalen Währungsfonds exekutiert, war die damalige Gründung der Republik das Ergebnis eines antiimperialistischen Unabhängigkeitskampfes. 1921 hatte Kemal sogar geäußert: „Wir sind Angehörige einer politischen Schule, die es für notwendig erachtet, gegen den Imperialismus, der uns als ganze Nation zerstören will, und gegen den Kapitalismus, der uns als ganze Nation schlucken will, als ganze Nation einen Krieg zu führen.“

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hatten die europäischen Mächte – voran Frankreich und Deutschland sowie England – das zerbröckelnde Osmanische Reich in eine Halbkolonie verwandelt. Die kleine nationale Bourgeoisie stieß auf die Vorherrschaft sowohl des ausländischen Kapitals wie des mit diesem verbundenen Istanbuler Handelskapitals, dessen Stützen Angehörige der armenischen, griechischen und syrischen Minderheiten waren, und sie fand sich gefesselt durch die feudalistischen Machtverhältnisse. Die Bewegung der „Jungtürken“ – vornehmlich europäisch geprägte Intellektuelle und Offiziere – hatte in der Revolution von 1908 zwar die Bildung einer konstitutionellen Monarchie sowie eine gewisse bürgerliche Gesetzmäßigkeit erreicht, doch in etlichen Fragen blieben ihre Vorstellungen unerfüllt, wo sie nicht von selbst inkonsequent bzw. widersprüchlich waren – wie etwa im Chauvinismus ihrer Nationalitätenpolitik.

Der 1. Weltkrieg, in den das Osmanenreich unter dem jungtürkischen Regime an der Seite der Mittelmächte eingetreten war, lieferte das ehemalige Großreich den Territorialinteressen der Siegermächte aus. Der Aufteilung der nichttürkischen Gebiete sollte die Verwandlung des Rests in eine Kolonie folgen. Der Vertrag von Sèvres (10. August 1920), dem Sultan aufgezwungen, sollte das Land auf Istanbul und Anatolien reduzieren, fixierte eine „internationale“ Kontrolle der Meerengen sowie die Besetzung großer Landesteile durch alliierte Truppen (seit 1919) und stellt die Privilegien ausländischer Untertanen wieder her.

Gegen diese Erniedrigung hatten sich schon im Januar 1919 die anatolischen Bauern erhoben, die zusammen mit zurückgekehrten Soldaten spontan Partisaneneinheiten gebildet hatten. Im Sommer 1919 vereinte Kemal Pascha große Teile der bürgerlich-nationalen Opposition gegen die Unterdrückung und den Ausverkauf des Landes auf dem Kongreß von Sivas (23. Juli); seine „Vereinigung zur Verteidigung der Rechte Anatoliens und Rumeliens“ (Rumelien ist der türkische Landesteil Thrakien auf europäischem Boden) wurde zur Keimzelle der späteren Republikanischen Volkspartei (CHP).

Im Mai 1920 wurde die „Grüne Armee“ gebildet, die großen Zulauf von Seiten der armen Bauern erhielt; islamisch orientiert (Grün ist die Farbe des Islam), betrachtete sie dennoch laut Programm die „Rote Armee als ihren besten Verbündeten im Kampf gegen den Imperialismus“. Unter der zahlenmäßig kleinen städtischen Arbeiterklasse spielte die im September 1919 gegründete Kommunistische Partei (TKP) eine wichtige Rolle.

Der Volkswiderstand und das geschickte Taktieren Kemals erzwangen die Bildung einer Nationalversammlung im Januar 1920 in Istanbul. Mit der nationalistischen Mehrheit in diesem Parlament wurde

der sog. Nationalpakt verabschiedet, ein Grundsatzdokument der türkischen Befreiungsbewegung. Er enthält im wesentlichen die Forderungen nach Unabhängigkeit in den 1919 festgelegten Grenzen und nach Aufhebung der ausländischen Kontrollen sowie den Verzicht auf alle vormals beherrschten arabischen Gebiete. Im März 1920 lösten die britischen Besatzer die Versammlung auf und deportierten viele ihrer Mitglieder. Die Nationalbewegung wich nach Angora aus (ab 1930 Ankara genannt). Dort konstituierte sich die Große Nationalversammlung (GNV) unter Kemal als Präsident, die CHP wurde zur einzigen politischen Interessenvertretung des Volkes erklärt.

Es gelang den nationalistischen Kräften, die bedrohliche Offensive Griechenlands im Sommer 1921 zurückzuschlagen und die alliierten Truppen zum Abzug zu zwingen. Günstig wirkte sich der Sieg der Roten Armee über die alliierten Invasionstruppen im eigenen Land aus. Überdies unterstützte die Sowjetregierung die GNV materiell – im März 1921 war auf Ersuchen Kemals ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet worden. Im neuen Vertrag von Lausanne (24. Juli 1923) entsprachen die Alliierten den meisten Forderungen der GNV. Er besiegelte die nationale Befreiung außenpolitisch.

Innenpolitisch stellte sie sich als Etablierung der Herrschaft der Bourgeoisie dar. Formal ging der Proklamierung der Republik am 29. Oktober 1923 die Abschaffung des Sultanats am 1. November 1922 voraus. Erster Präsident der Republik wurde Kemal, Hauptstadt wurde Angora.

Ihr Gepräge erhielt die junge Republik wesentlich durch die Vorstellungen Kemals, die sich in sechs Prinzipien niederschlugen: „Nationalismus – Säkularismus – Republikanismus – Populismus – Etatismus – Reformismus“ (sie sind bis heute formal verpflichtend). In der Realität schlugen sich diese Grundsätze widersprüchlich nieder – Mustafa Kemal, Teilnehmer der Revolution von 1908, war bürgerlicher Nationalist und zudem von den Klassenkräfteverhältnisse abhängig.

So sollte der „Etatismus“ der Sicherung der Unabhängigkeit durch aktive staatliche Beteiligung am Wirtschaftsleben dienen. Zwar wurden die ausländischen Privilegien abgeschafft, Schlüsselindustrien und Verkehrswesen verstaatlicht. Eine Bodenreform jedoch blieb Programm, eine gründliche antifeudale Reform somit aus. Den Einfluß feudaler und geistlicher Kreise schmälerte immerhin die Säkularisierung, d.h. die Trennung von Kirche und Staat, eine Großtat in einem Land mit über 90% islamischer Bevölkerung. Das Erlöschen des Kalifats mit dem Tod des letzten Kalifen (des bereits 1922 entmachteten Sultans Mehmet) im Februar 1924 gab den Anlaß für den Verweltlichungsprozeß, der u.a. die Schließung der islamischen Schulen und der geistlichen Gerichte beinhaltete.

Den Druck der Rechtskräfte spiegelte am deutlichsten die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten sowie gegenüber den Bauern und der Arbeiterklasse wieder. Mehrere Aufstände von Armeniern und Kurden wurden blutig unterdrückt. Wenn sie auch meist von reaktionären Kräften geschürt worden waren, so zeigte die Republik ihrerseits zu keiner Zeit Ansätze zu einer Nationalitätenpolitik, die legitimen Autonomiebestrebungen gerecht geworden wäre. Ein Aufstand der Kurden im Jahre 1925 wurde überdies zum Erlaß eines „Gesetzes zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ genutzt, das der Regierung die Möglichkeit gab, alles zu unterdrücken, was „Reaktion und Rebellion“ begünstigte.

Betroffen waren davon in erster Linie die Bauern und Arbeiter. Die revolutionäre Bauernbewegung – Dorfsowjets sowie die „Grüne Armee“ – war bereits zwischen Sommer 1920 und Frühjahr 1921 liquidiert worden. Ohne Landreform und angesichts der weitgehend fortbestehenden Macht der Notabeln und moslemischen Geistlichen fern der Städte versank die ländliche Türkei wieder in Rückständigkeit. Die städtische Arbeiterklasse wurde gesetzlich geknebelt und ihre Ausbeutung verstärkt. Die TKP war bereits 1923 verboten worden.

Das umfassende Reformprogramm Kemals stieß – neben den eigenen Inkonsequenzen – an die Machtpositionen der alten Kräfte und vermochte sich außer in einigen Bereichen vor allem deshalb nicht durchzusetzen, weil die nationale Bourgeoisie der jungen Republik das Bündnis sowohl mit der revolutionären Bauernbewegung als auch mit der wenigstens schwachen Arbeiterklasse ablehnte.

So blieb die Türkei angesichts der eigenen ökonomischen Schwäche anfällig und auslandsabhängig. Der Kurs nach dem Tode Kemals verlief denn auch innenpolitisch weiter nach rechts und außenpolitisch an der Seite der Westmächte. Sein Erbe, auf das sich die Generäle berufen, ist bereits damals verspielt worden.

J. Ostrowsky



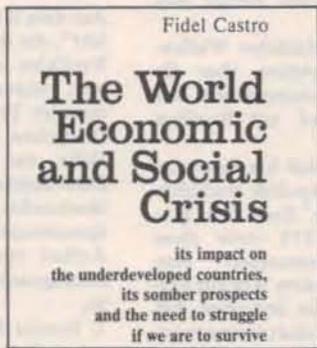
Staatsgründer Kemal Atatürk (vorn) im Jahre 1924

Unterentwicklung und Rüstung

Die Forderung, wirksame Schritte zur Abrüstung auszuhandeln und die freiwerdenden Finanzmittel dem Prozeß zur Überwindung von Unterentwicklung zuzuführen, wird zusehends populärer. Materialien, die für die 2. UN-Sondervollversammlung über Abrüstung im Jahre 1982 erarbeitet wurden und diesen Zusammenhängen gewidmet sind, liegen jetzt in deutscher Sprache vor:

Herbert Wulf (Hrsg.), Aufrüstung und Unterentwicklung. Aus den Berichten der Vereinten Nationen, rororo-aktuell 5130, Reinbek bei Hamburg 1983, 279 Seiten, 10,80 DM.

Der Herausgeber, der sich seit Jahren im Hamburger Institut für Sicherheitspolitik mit dem Thema befaßt, hat in seinen Band zum einen die interessantesten Ausschnitte aus dem Bericht einer UN-Expertenkommission (Vorsitz: Ingo Thorsson, Schweden) aufgenommen (Kapitel II-IV), zum anderen Einzelstudien, die die Kommission bei verschiedenen Wissenschaftlern in Auftrag gegeben hatte (Kapitel V-X). Der Leser erhält so einen nahezu umfassenden Überblick über den Stand der internationalen Diskussion um die Zusammenhänge zwischen Rüstung und Unterentwicklung bzw. Abrüstung und Entwicklung.



Der Wert dieses Berichts liegt vor allem in der ungeheuren Materialfülle, die den wachsenden Widerspruch zwischen weltweiten Militäraufwendungen und den drängendsten Entwicklungsnotwendigkeiten belegt. Gleichzeitig stellt der Bericht eine wertvolle Argumentationshilfe dar, die in der Auseinandersetzung mit den von interessierter Seite gegen die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit von Konversions- und „Umwidmungs“-Maßnahmen im Rüstungsbereich vorgebrachten Einwänden sehr hilfreich sein kann (z.B. der Einwand, die Rüstung sei ein ideales Schwungrad für Entwicklung und Wachstum, oder die Behauptung, Rüstungskonversion sei technisch nicht möglich oder gefährde Arbeitsplätze). Dies weist jedoch bereits auf die Grenzen einer positiven Verbindung von Abrüstung und Entwicklung hin, die H. Wulf in seiner Einleitung in die Worte faßt: „Doch das Rezept, Abrüstung könne Fachkräfte und Kapital freisetzen, die für die Entwicklung zur Verfügung stünden, blendet die Ursachen für und Interessen an Rüstung und mangelhafter Entwicklung aus.“ (S. 20) Zuzustimmen ist deshalb der These, daß es vor allem eine politische Frage ist, wieviel in dieser Richtung Abrüstung/Entwicklung bewegt wird und daß es dafür besonders erforderlich ist, daß „der politische Wille des Volkes in vielen Teilen der Welt zum Ausdruck kommt“ (S.28), wie das Fazit des „Palme-Berichts“ der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit lautet.

Problematisch und durch die Materialien der UN-Expertenkommission auch in dieser Allgemeinheit nicht belegt, ist allerdings die Behauptung H. Wulfs, „gegenseitige Schuldzuweisung als Entschuldigung für die eigene Aktivität in der Rüstung und die Inaktivität im Entwicklungsbereich“ (S.10) sei eines der Haupthindernisse für Fortschritte auf diesem Gebiet. Eine genauere Untersuchung der unterschiedlichen Militär-, Rüstungs- und Abrüstungsstrategien sowie der voneinander grundverschiedenen Interessenlagen der kapitalistischen und der sozialistischen Industrieländer (wozu der UN-Bericht durchaus Hinweise gibt) sowie der Entwicklungsländer hätte hier sicher ein differenzierteres Bild ermöglicht.

Die Einzelstudien vertiefen die globale Thematik des Bandes. Hervorzuheben ist etwa der Beitrag von Michael Brzoska, der belegt, daß es keinen Automatismus Abrüstung-Entwicklungshilfe-Entwicklung gibt (Kapitel V). Ferner der Beitrag von H. Wulf (Kapitel IX), der an Hand der Ausweitung der Rüstungsproduktion in der Dritten Welt auf deren wachsende Militarisierung aufmerksam macht, die negativen Wirkungen auf den Entwicklungsprozeß herausarbeitet und da-

bei auch auf die Notwendigkeit alternativer nationaler Verteidigungskonzeptionen hinweist, wie sie gegenwärtig beispielsweise in dem von Nicaragua praktizierten System der Volksmilizen deutlich werden. Daß Abrüstung, wirtschaftlich-soziale Entwicklung und die Neuordnung der Weltwirtschaft im Interesse der Entwicklungsländer vor allem Aufgaben des politischen Kampfes sind, will eine weitere Buchveröffentlichung deutlich machen, die im Frühjahr 1984 beim Weltkreis-Verlag auch in deutscher Sprache herauskommen soll:

Fidel Castro, The World Economic and Social Crisis. Its Impact on the Underdeveloped Countries, its Somber Prospects and the Need to Struggle if we are to Survive (Die ökonomische und soziale Krise in der Welt. Ihre Auswirkungen auf die unterentwickelten Länder, ihre düsteren Perspektiven und die Notwendigkeit zu kämpfen, wenn wir überleben wollen), Report to the Seventh Summit Conference of Non-Aligned Countries, Publishing Office of the Council of State, Havanna 1983, 224 Seiten.

Das Buch, das der kubanische Revolutionsführer zum Abschluß seiner Präsidentschaft in der Nichtpaktgebundenen-Bewegung der 7. Gipfelkonferenz in Delhi als Bericht vorlegte, stützt sich vom Material her fast ausschließlich auf Daten offizieller internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds oder der OECD, was die Glaubwürdigkeit der darin vertretenen Thesen beträchtlich erhöht. Es wurde unter Mitwirkung einer Gruppe jüngerer Ökonomen des kubanischen Weltwirtschaftlichen Forschungszentrums und des Internationalen Wirtschaftlichen Forschungszentrums der Universität Havanna zusammengestellt.

Das Buch geht aus von den negativen Wirkungen der gegenwärtigen kapitalistischen Weltwirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer und gibt in den folgenden Kapiteln einen bilanzierenden Überblick über nahezu alle Teilbereiche der Diskussion um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung, seien es nun Rohstofffragen, Währungs- und Finanzprobleme, Landwirtschaft und Ernährung, Industrialisierung, transnationale Konzerne, Energieprobleme, die Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander, die Lebensqualität in der unterentwickelten Welt oder der Zusammenhang von Aufrüstung und Unterentwicklung.

Auch dieses Buch besticht durch die Fülle des präsentierten Materials. Es ist darüber hinaus eine aufrüttelnde Anklageschrift, die vor allem die Verantwortung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems in seiner gegenwärtigen Verfassung und besonders die der transnationalen Konzerne für die Misere der Entwicklungsländer nachweist. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der Verantwortung für das Wettrüsten mit seinen negativen Auswirkungen auf die Dritte Welt.

Fidel Castro bezieht hier eine eindeutige Position: „Der wachsende Druck, den die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht selbst gegen ihre eigenen Verbündeten ausüben, die daraus folgende Erhöhung der Militärausgaben und die unausweichliche und angemessene Reaktion der sozialistischen Länder auf diese Politik sind die Erklärung dafür, weshalb in der Welt von heute, trotz ihrer größten Wirtschaftskrise und zu einem Zeitpunkt, da Milliarden von Menschen kaum über das Existenzminimum verfügen, riesige Summen für militärische Zwecke aufgewandt werden.“ (S. 200)

Und zu den Ursachen der wachsenden Militarisierung der Entwicklungsländer heißt es: „Das durch die aggressive Politik der imperialistischen Mächte und ihrer regionalen Gendarmen heraufbeschworene internationale Klima der Spannungen und der Gewalt, die zur Zerstörung oder Destabilisierung revolutionärer Prozesse und zur Verteidigung der neokolonialistischen Interessen ausgeübten direkten oder indirekten Aggressionen und Pressionen, die oft durch diese Interessen ermutigten regionalen Konflikte, das sind die Hauptfaktoren, die zur Einbeziehung der Dritten Welt in das Wettrüsten beigetragen haben.“ (S. 204)

Hervorhebenswert ist auch die Herangehensweise des Verfassers an die Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO). Fidel Castro ist ein entschiedener Verfechter einer solchen Umgestaltung des Weltwirtschaftssystems, ohne den begrenzten und teilweise widersprüchlichen Charakter des NIWO-Programms zu übersehen. Im Gegenteil, gerade die Offenheit Castros bei der Behandlung auch der Schwächen dieses Kampfes (Industrialisierung u.a.) macht deutlich, daß hier den vorliegenden Berichten über das Elend in der Welt nicht ein weiterer einfach hinzugefügt wurde, sondern eine schöpferische Analyse, die der Bewegung der Nichtpaktgebundenen eine neue Perspektive und mehr Durchschlagskraft zu verleihen vermag.

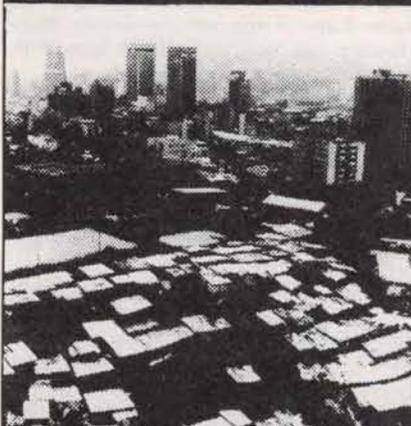
R. Falk

Dritte Welt

im Unterricht,
in der Bildungsarbeit
und ... in der Freizeit



NEUERSCHEINUNG



Modernisierung des Elends

Einzelpreis: 5,- DM, ab Nr. 12:
6,- DM + Porto (Doppelnummer:
10,- DM + Porto). Abonnement für
6 Nummern einschl. aktueller Nach-
lieferungen der bereits erschiene-
nen Nummern: 30,- DM, Nr. 13 fol-
gende: 36,- DM

Bestellungen an:
Pädex-Verlags-GmbH, Rotlint-
straße 45 H, 6000 Frankfurt / M.

FORUM

entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen

Das FORUM ist der Rundbrief der
entwicklungspolitischen Aktionsgrup-
pen der BRD und Westberlin, die sich
im Bundeskongreß (BUKO) versam-
eln.

- hiermit abonniere ich
für (50 DM / 36 DM)
 ich möchte erst
mal ein Probeexemplar

Name

Strasse

PLZ, Wohnort

ausschneiden und abschicken
an:

FEA-Verlag,
Broichstr. 12, 404 Neuß

Infodienst

BRD-Rüstungsexporte

Erstmals wurde gegen einen Rüstungskonzern seitens der Staatsanwaltschaft wegen illegalen Waffenexports offiziell Anklage erhoben. Nach fünfjährigen Ermittlungen beschuldigte die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft vier Manager des Rüstungskonzerns Rheinmetall gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen und Maschinengewehre, Kanonen, eine komplette Munitionsfabrik usw. in Spannungsgebiete geliefert zu haben, u.a. nach Saudi Arabien, Südafrika und Argentinien. Ebenfalls wegen Waffenlieferungen an Südafrika erstattet die Anti-Apartheid-Bewegung Anzeige gegen die Bremer Firma Kühne und Nagel, deren britische Geschäftspartner bereits wegen des Verstoßes gegen das UN-Waffenembargo gegen Südafrika von 1977 zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Einem besonderen Problem widmet sich die vom Westberliner Arbeitskreis Physik und Rüstung erstellte Broschüre

Die Bundesrepublik als heimlicher Waffenexporteur. Eine Dokumentation über die raketentechnologische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Brasilien (4 DM).

Darin wird nachgewiesen, daß brasilianische Ingenieure von der Bundesrepublik Nachhilfe beim Raketenbau erhielten. Nach dem großen Atomgeschäft von 1975 stelle diese raketentechnische Zusammenarbeit eine „weitere wichtige Hilfe auf dem Weg zur brasilianischen Atombombe“ dar und zeige, daß die Bundesregierung „zu einer verantwortungsbewußten und konsequenten Politik der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen nicht bereit ist“.

Bestelladresse: CON, Westerdeich 38, 2800 Bremen

Materialien zu Nicaragua

In der Reihe „ASK-Hintergrund“ ist im Juli d.J. eine gründlich recherchierte Broschüre über Nicaragua erschienen. Sie gibt in leicht lesbarer Form einen Überblick über die wichtigsten Reformen der neuen Regierung, über die sandinistischen Massenorganisationen und die US-Intervention. Der 24-seitige ASK-Hintergrund kann für 2 DM in Briefmarken bezogen werden bei: **Solidaritätsshop Dritte Welt**, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1. Die Broschüre „Krieg gegen Nicaragua – Die Rolle der USA“ analysiert an Hand von US-amerikanischen Quellen den Aufbau und die Aktivitäten der „Contras“ sowie die Kriegspolitik der Reagan-Administration gegen Nicaragua. Das 36-seitige Heft ist für 3 DM erhältlich beim **Lateinamerika-Komitee Duisburg e.V.**, c/o Yvonne Ayouth, Johannerstr. 130, 4100 Duisburg 1.

„Die bedrohte Freiheit – Nicaragua im Kampf um eine bessere Zukunft“ ist der Titel eines 45minütigen Videofilms, der von Wolf Lindner im Januar 1983 erstellt wurde. Der Film berichtet nicht nur über die Umgestaltungen im neuen Nicaragua, sondern auch über Aufbauprojekte von Solidaritätsorganisationen aus Bundesrepublik. Die Video-Kassette (VHS) kann beim **Hessischen Jugendring**, Albrechtsstr. 15, 6200 Wiesbaden, gegen eine Spende von 280 DM erworben werden, oder beim **Verein Monimbo e.V.**, Schäfergasse 15, 6057 Dietzenbach, für 40 DM ausgeliehen werden.

Vietnam-Spenden

4,2 Mio DM Spenden für das 5-Mio-Projekt einer Nähadelfabrik in Ha Dong sind bis Ende August d.J. auf die Konten der Hilfsaktion Vietnam e.V. (HAV) eingegangen. Inzwischen konnten in Ha Dong die Installation der Produktionsmaschinen abgeschlossen, Fachkräfte für die Produktion und Wartung ausgebildet und erste Testläufe erfolgreich durchgeführt werden.

Damit das Produktionsprogramm Anfang 1984 anlaufen kann, werden noch 800.000 DM benötigt. Die HAV bittet daher um weitere Spenden: **Hilfsaktion Vietnam e.V.**, Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Konto-Nr. 1016250300, Stichwort: Ha Dong.

„Chile kämpft – Nicaragua lebt“

Auf dem Konzert „Chile kämpft – Nicaragua lebt“, das der SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen am 10.9.1983 in Essen veranstaltete, wurde dem nikaraguanischen Kulturminister Ernesto Cardenal eine Spende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Höhe von 200.000 DM überreicht. Das DGB-Bundesvorstandsmitglied Ilse Brusius überbrachte damit die zweite Rate einer Spendenaktion der DGB-Jugend, die für den Aufbau eines Ausbildungszentrums auf der nikaraguanischen Insel Solentiname bestimmt ist.

I. Brusius forderte den „Stopp des faschistischen Terrors in Chile“ und würdigte die „Aufbauleistungen Nicaraguas nach der Vertreibung des Diktators Somoza... Der DGB verurteilt deswegen nachdrücklich, daß die Aufbauleistungen von der Regierung der USA durch wirtschaftlichen, politischen und militärischen Druck auf Nicaragua zerstört werden sollen.“ Selten deutliche Worte verlor auch SPD-Präsidiumsmitglied H.J. Wischnowski: „Wir fordern Reagan auf, mit der militärischen Repression aufzuhören und die Truppen zurückzuziehen. Wir fordern ihn auf, die Aktivitäten des CIA mit den Contras einzustellen. Wir fordern die Einstellung der Waffenlieferungen an die Feinde des nikaraguanischen Volkes.“

Im ganzen Bundesgebiet fanden anläßlich des 10. Jahrestages des Putsches in Chile vom 3.-11. September d.J. Aktionen und Diskussionsforen der Chile-Komitees statt, an denen sich Zehntausende beteiligten.

BRENNPUNKT MITTELAMERIKA

Achtseitige Zeitung gegen die
US-Intervention.

Zum Verteilen im heißen Herbst.

Denn:

**Friedensbewegung und
Befreiungskampf gehören
zusammen.**

Herausgeber: Informationsstelle El Salvador,
Informationsbüro Nicaragua, CIES.
100 Zeitungen kosten 20,- DM incl. Porto.
Bestellen bei: CIES, Kardinal-von-Galen-Ring 45,
4400 Münster.

Libanon



US-Marines im Libanon

Bei den Ende August/September d.J. neu entflammten Kämpfen zwischen Regierungstruppen und phalangistischen Milizen einerseits, den oppositionellen Milizen der Front der Nationalen Rettung andererseits errangen letztere im Gebiet südöstlich Beirut (Bhamdun, Schuf-Gebirge) Positionsgewinne. Der Beirut Flughafen rückte damit in Reichweite ihrer Artillerie.

Nachdem mehrere französische und US-Soldaten der multinationalen Streitmacht in Beirut fielen, entsandte die Reagan-Administration zusätzlich 2.000 Marines (bereits im Einsatz sind 2.200 Marines) vor die libanesischen Küste. Und sie drohte mit dem massiven Einsatz der Marines, der 14 US-Kriegsschiffe (Mannschaftsstärke am 15. September d.J. ca. 12.000) und der US-Kampfflugzeuge.

So hat der Teilrückzug der israelischen Besatzungstruppen vom 3.-5. September d.J. auf die Linie des Awali-Flusses erst einmal die Position der phalangistisch geführten Regierung Gemayel geschwächt. Dies obgleich sich die libanesischen Armee bei vorausgegangenen Gefechten in Beirut selbst behaupten konnte. Israels Verteidigungsminister Arens erklärte angesichts der neuen Kämpfe, seine Armee werde im Libanon bleiben, „bis wir sicher sind, daß feindliche Streitkräfte nicht die Gebiete betreten, die wir räumen. Wenn die libanesischen Armee, Verwaltung und Polizei beweisen, daß sie das geräumte Gebiet kontrollieren können, werden wir den gesamten Libanon verlassen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.9.1983)

Pakistan

Zu landesweiten Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ für den 14.8.1983, den Unabhängigkeitstag Pakistans, hatte die Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie (MRD) aufgerufen. Auf diese Weise wollte die MRD, ein Aktionsbündnis von neun Parteien, ihre Forderungen nach Aufhebung des seit dem Putsch von 1977 bestehenden Kriegsrechts und nach freien Wahlen untermauern.

In der gesamten zweiten August-Hälfte kam es zu machtvollen Demonstrationen und Streiks gegen Zia ul-Haq's Regime, z.B. am 20./21. August d.J. in Karatschi, wo mehr als 10.000 Menschen gegen das Militärregime protestierten. 12 Menschen wurden dabei durch Gummigeschosse der Repressionskräfte verletzt. In Khaipur endete eine Demonstration von 20.000 Menschen mit der Inbrandsetzung öffentlicher Gebäude. Die Auseinandersetzung mit der Polizei forderte sieben

Tote und zahlreiche Verletzte. Die Protestschwerpunkte sind die wirtschaftlich relativ rückständigen Gebiete Belutschistan, die Provinz Sind und die nordwestliche Grenzprovinz Paschtunistan. Allein in der Provinz Sind sollen bis Ende August 45 Menschen getötet und 10.155 Oppositionelle verhaftet worden sein.

Mauritius

Nach dem Wahlsieg einer Dreier-Allianz unter Regierungschef Amerood Jugnauth am 22. August d.J. steht auf Mauritius ein Kurswechsel bevor. Die Koalition aus der Mauritianischen Sozialistischen Bewegung (MSM), der rechten Sozialdemokratischen Mauritianischen Partei (PMSD) und der Arbeiterpartei erhielt 51% der abgegebenen Stimmen und 41 von 62 Parlamentssitzen. Paul Berengers Militante Bewegung von Mauritius (MMM) unterlag mit 44%. Die zuvor regierende Linkskoalition (siehe AIB 11-12/1982, S. 20-22) aus MMM und der kleinen Mauritianischen Sozialistischen Partei (PSM) war im März d.J. an wirtschaftspolitischen Gegensätzen zerbrochen, die zur Abspaltung der MSM unter A. Jugnauth führten.

Die neue Regierungskoalition will den mauritianischen „Sozialismus an die Realitäten anpassen“, signalisierte eine größere Bereitschaft zu Zugeständnissen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds und der Militarisierung des Indischen Ozeans.

Angola

Der unerklärte Krieg Südafrikas und der westlichen UNITA (Bewegung zur Totalen Befreiung Angolas) von J. Savimbi gegen die Volksrepublik Angola hat in diesem Sommer an Schärfe zugenommen. Nachdem reguläre Truppen Angolas die Stadt Cangamba, deren Einnahme durch die UNITA Anfang August d.J. bekanntgegeben worden war, wieder zurückerobert hatten, zerstörte die südafrikanische Luftwaffe sie mit Napalmbomben völlig. Angolas Staatspräsident J.E. dos Santos beschuldigte in einer Rede am 23.8.1983 Südafrika, friedliche Lösungen im Südlichen Afrika – vor allem bezüglich der Unabhängigkeit Namibias – zu verhindern und Angola die bewaffnete Auseinandersetzung aufzuzwingen. Er betonte die vorrangige Bedeutung der bewaffneten Verteidigung der angolanischen Revolution.

Namibia – BRD

Am 31.8.1983 entsandte die Bundesregierung eine Delegation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Leitung des Leiters der Abteilung Südliches Afrika, Dr. Barthelt, nach Namibia. Sie sollte dort über ein Ausbildungszentrum für schwarze Facharbeiter mit verschiedenen Wirtschaftsunternehmen und Stellen des südafrikanischen Besatzungsregimes verhandeln. Die Südwestafrikanische Volksorganisation Namibias (SWAPO) verurteilte die Delegationsreise als Kollaboration mit dem völkerrechtswidrigen Besatzungsregime Südafrika, da die Zusammenarbeit mit südafrikanischen

Die Zeit der pädagogischen Nabelschau ist vorbei. **Sinnvoll lernen und lehren** heißt, sich den Überlebensfragen unserer Tage zu stellen, sie in die Schule zu holen. Wir demokratischen Erzieher sind herausgefordert, **aus dem Klassenzimmer hinauszugehen** und Stellung zu beziehen in den Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden, gegen die Militarisierung des Bildungswesens, die Betonierung der Köpfe, gegen Rotstiftpolitik, Auslese und Privilegierung.

Unsere Themen:

Was tun Pädagogen und Schüler im Stationierungsjahr?
SPD Schulsenator Grolle zur Friedenserziehung
Grüne Bildungspolitik in der Diskussion
Genetik und Begabungstheorie
Video, Kabel-TV, Bildschirmtext und Erziehung
Lehrer Arbeitslosigkeit: Selbsthilfe und gewerkschaftliche Strategien
Lerntheorien

Alle zwei

Monate: Informationen aus Bildungs- und Gewerkschaftspolitik, aus der Friedensbewegung, aus Anti-Rotstift-Initiativen. Praxisbeispiele und Anregungen für den Unterricht. Beiträge und Diskussionen zu Strategie und Theorie aus dem In- und Ausland, aus Wissenschaft und Praxis. Im Abonnement 4,75 DM; für Schüler, Studenten usw. 4,25 DM

Pahl-Rugenstein
Gottesweg 54 5000 Köln 51

Coupon

- Ich abonniere die Zweimonatszeitschrift „Demokratische Erziehung“ ab Heft _____
 zum Preis von 4,75 DM inkl. MWSt., zzgl. Porto,
 als Schüler/Student zum Preis von 4,25 DM inkl. MWSt., zzgl. Porto.
 Ich möchte ein kostenloses Probeheft zugesandt bekommen.

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Datum und Unterschrift: _____

Demokratische Erziehung

NEU IM APRIL 1983

BRD und «Dritte Welt» 10



48 Seiten, 3,- DM,
im Abo 2,10 DM

Bisher erschienen:

- Band 1: Rohstoffsicherung, 3,- DM
 - Band 2: Rüstungsexport, 3,- DM
 - Band 3: Südliches Afrika, 3,- DM
 - Band 4: Palästina, 3,- DM
 - Band 5: Neue Weltwirtschaftsordnung, 3,- DM
 - Band 6: Grundbedürfnisstrategie, 1,- DM
 - Band 7: Personelle Entwicklungshilfe, 2,- DM
 - Band 8: IWF und Weltbank, 3,- DM
 - Band 10: Ausländer, 3,- DM
 - Band 11: Frauen, 2,- DM
 - Band 12: Tourismus, 2,- DM
 - Band 13: Paraguay, 3,- DM
 - Band 19: Atomexport, 2,- DM
- Weitere Bände in Vorbereitung, u.a. „Direktinvestitionen“, „Zentralamerika“, „Chemische Industrie“, „Partei-Stiftungen“, „NATO-Strategie“

Im Abo jeder Band 30 % billiger. Alle bisher erschienenen Bände noch vorrätig.
Abonnieren lohnt sich!

**MAGAZIN – VERLAG
KÖNIGSWEG 7
2300 KIEL 1
Tel.: 0431 / 63 1 43**

Kurzinformationen

Stellen in Namibia eine faktische Anerkennung des Besatzungsstatus beinhalte und somit gegen Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofes und der UN-Vollversammlung verstoße.

Die SWAPO lehnt jegliche „Entwicklungshilfe vor der Unabhängigkeit“, wie sie auch das Europaparlament schon am 13.1.1983 empfohlen hatte, ab.

Uruguay

Die größten Kampffaktionen gegen die Militärdiktatur seit dem Staatsstreich von 1973 fanden am ersten Nationalen Protesttag, dem 25. August d.J. statt. Ab 18 Uhr waren die Straßen für zwei Stunden wie ausgestorben; um 20 Uhr begann ein Konzert mit Töpfen und Pfannen; danach gingen in der ganzen Hauptstadt Montevideo die Lichter aus. Gegen eine anschließende Demonstration ging die Polizei brutal vor.

98% des Handels und praktisch die gesamte Bevölkerung beteiligten sich in Montevideo, Paysandu und Salto an den Aktionen. Organisiert wurde der „Tag des Protestes und des Nachdenkens“ vom Dienst für Frieden und Gerechtigkeit, der Nationalpartei (Blancos), der Coloradopartei, der christdemokratischen Abspaltung Union Civica und den in der Frente Amplio (Breite Front) zusammengeschlossenen Parteien.

Bolivien

Am 30.8.1983 folgten zehntausende Bolivianer einem Demonstrationsaufzug der Arbeiterzentrale Bolivians (COB). Sie protestierten gegen die verfehlte Wirtschaftspolitik der Mitte-Links-Regierung, gegen den vom Internationalen Währungsfonds (IMF) geforderten Lohnstopp und gegen die Weigerung von Präsident Siles Suazo, die Bedingungen für eine Beteiligung der COB an der Regierung zu akzeptieren.

Angesichts dieser Situation hatte sich S. Suazo bemüht, seine Regierung zu verbreitern. Die Bewegung der revolutionären Linken lehnte jedoch einen erneuten Regierungseintritt ab (siehe AIB 3/1983, S. 46). Nachdem am 5.8.1983 die gesamte Regierung zurückgetreten war, bot der Präsident der COB eine Regierungsbeteiligung an. Diese forderte daraufhin die Mehrheit der Ministerposten und legte ein Regierungsprogramm vor, das u.a. folgende Punkte enthielt: Keine Verhandlungen mit dem IMF; Aussetzung der Zahlung der Auslandsschulden; Arbeiterkontrolle in Privat- und Staatsunternehmen; Anpassung der Mindestlöhne an die Inflation (z.Zt. 300%); Rationierung der Nahrungsmittel zur Bekämpfung der Lebensmittelknappheit.

Da es Präsident Suazo vor allem darauf ankam, die Arbeiter- und Bauernbewegung in die Regierungsverantwortung einzubinden, ohne grundlegende Änderungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik vorzunehmen, lehnte er diese Forderungen ab. Mitte August d.J. wurde dann eine neue Regierung vorgestellt, der neben Mitgliedern der Linken Revolutionären Nationalistischen Bewegung (MNRI) von S. Suazo zwei Kommunisten, zwei Christdemokraten, ein Unabhängiger und ein Militär angehören.

Nikaragua

Vom 7.-9. September d.J. fand in Panama-Stadt die 4. Konferenz der Außenminister der Contadora-Staaten (Mexiko, Kolumbien, Panama, Venezuela) und ihrer Amtskollegen aus Nicaragua, Kostarika, El Salvador, Guatemala und Honduras statt. Sie verständigten sich auf wesentliche Punkte eines Friedensplans (Pakt von Panama), der eine schrittweise Abrüstung, eine Verringerung der Zahl der Militärberater und einen Dialog zwischen den Regierungen und Oppositionellen vorsieht.

Trotz dieser Entspannungsaussichten gehen die Angriffe der „Contras“ unvermindert weiter. Neben regelmäßigen Überfällen der in Honduras stationierten Gruppen, kam es am 8. und 9. September d.J. zu Luftangriffen auf Managua und den Hafen von Corinto.

Die Revolutionär-Demokratische Allianz (ARDE) Eden Pastoras, die von Kostarika aus operiert, hat die Verantwortung für diese Angriffe übernommen. E. Pastora kündigte anschließend die zeitweise Unterbrechung der Kampfbarkeit seiner Truppen an, weil die kostarikanische Regierung sie behindere. In Kostarika waren 200 ARDE-Mitglieder verhaftet, 100 US-Söldner des Landes verwiesen sowie Waffen beschlagnahmt worden.

Chile

Nachdem die faschistische Diktatur nach dem 4. Nationalen Protesttag (11. August d.J.) zu einigen Zugeständnissen bereit schien (Dialog mit der Opposition, Rückkehr von Exilierten), hat sie angesichts der Proteste am 5. Aktionstag (8. September) ihren Kurs wieder verschärft.

Vom 7.-11. September d.J. ermordeten die Polizeikräfte mindestens 16 Menschen. Trotz gegenteiliger Ankündigung wurde der Ausnahmezustand am 11. September wieder verlängert. Daraufhin beschloß die Demokratische Allianz, die von den Christdemokraten geführt wird, den Dialog mit der Regierung abzubrechen. Pinochet hatte am 9. und 11. September erklärt, daß er nicht vor 1989 zurücktreten werden.

Nach offiziellen Angaben nahmen 20.000 Menschen an Jubelfeierlichkeiten zum 10. Jahrestag des Putsches teil. Mit über 30.000 Teilnehmern fand indessen die größte Demonstration seit 1973 aus Anlaß des Begräbnisses eines Demonstranten statt, der am 8. September d.J. ermordet worden war.

Am 16. September d.J. kam es zur Gründung des Sozialistischen Blocks, der mit der Demokratischen Allianz zusammenarbeiten will. Ihm gehören ein Flügel der Sozialistischen Partei, die Einheitliche Bewegung der Volksaktion (MAPU), die Einheitliche Bewegung der Volksaktion - Arbeiter-Bauern (MOC) und die Sozialistische Konvergenz an. Der neuen Organisationen sind jedoch weder die Kommunisten noch die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) angeschlossen. Die MIR war auf Kritik bei einigen Linksparteien gestoßen, nachdem sie am 30. August d.J. den Bürgermeister von Santiago, General Carol Urzua, als Vergeltung für die Morde des Regimes während der vergangenen Protesttage erschossen hatte. Fünf MIR-Mitglieder, darunter die beiden Leiter ihres militärischen Flügels, wurden am 7. September d.J. bei einer Schießerei mit der Polizei getötet.

Den Frieden erklären



Mit einem Geleitwort von Robert Jungk
144 Seiten, broschiert, DM 12,80

Aus dem Inhalt: Lokale Militär- und Rüstungsanalyse, 20 Übersichtskarten und Tabellen zum deutschen und ausländischen Militär in der Bundesrepublik und der DDR und zur Rüstungswirtschaft in der BRD. 30 Regionalkarten vom Emsland bis Südbayern zu Militär und Rüstung.

Den Frieden erklären
Mit Kindern Frieden lernen und erfahren
176 Seiten, illustriert, kartoniert, DM 19,00



Peter Musall (Hg.)
Ich will dir vom Frieden erzählen
96 Seiten, illustriert, kartoniert, DM 13,80



Handbuch der Friedensarbeit
192 Seiten, broschiert, DM 9,80
Das Handbuch gibt einen Überblick über die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, nennt Kontaktstellen und -gruppen, einführende Literatur und vieles andere.



Uwe Seidel/Diethard Zils (Hg.)
Gebete zum Frieden
192 Seiten, Taschenbuch, DM 9,80
Persönliche Gebete, liturgische und engagierte Texte mit vielen Fotos.



Elisabeth Burmeister (Hg.)
Frauen machen Frieden
176 Seiten, Taschenbuch, DM 9,80

Raimund Pfundtner
Wer nicht fragt kommt um
240 Seiten, broschiert, DM 16,80
Orientierungshilfen für junge Leute zu Fragen der Abrüstung und Friedenssicherung.



Lieder für den Frieden
120 Seiten, DM 6,80
100 alte und neue Friedenslieder, zum größten Teil mit Noten und Gitarrengriffen.

Ele Schöffthaler (Hg.)
Geschichten von Frauen und Frieden
176 Seiten, Taschenbuch, DM 12,80

Bitte fordern Sie unsere Prospekte an!

Jugenddienst-Verlag · Burckhardthaus-Verlag
Herzbachweg 2 · 6460 Gelnhausen

2V 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungs-Gebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Kommentar: Der Fall Altun

Am 30. August 1983 fand ein seit über einem Jahr schwebendes Asylverfahren in Westberlin seinen Abschluß: Der türkische Asylbewerber Kemal Altun, seit 14 Monaten in einer Einzelzelle des Untersuchungsgefängnisses Moabit in Abschiebehaft, stürzt sich zu Beginn der Verhandlung, die über seine endgültige Auslieferung an die türkische Militärdiktatur entscheiden soll, aus dem sechsten Stockwerk des Berliner Verwaltungsgerichtes.

Er ist auf der Stelle tot, in den Tod getrieben von den Bonner Scharfmachern Zimmermann und Engelhardt und ihren Handlangern, die am öffentlich diskutierten Fall Altun demonstrieren wollten, daß sie es ernst meinen mit ihrer „Wende“ in der Ausländerpolitik. Die Regierung hat ein Exempel statuieret, sie hat deutlich gemacht, daß sie gegebenenfalls bereit ist, zur Durchsetzung ihrer deutsch-nationalen Politik über Leichen zu gehen.

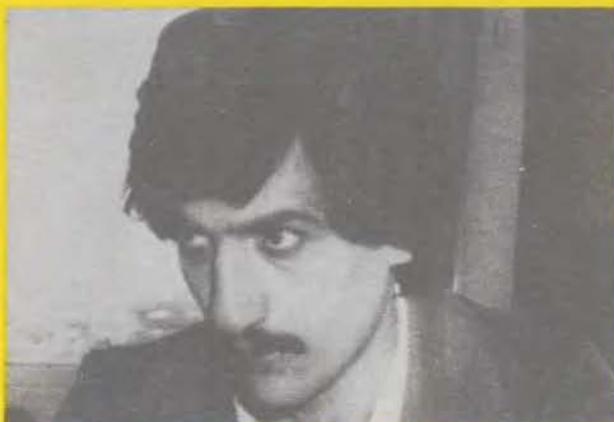
Altun ist übrigens bereits das dritte Opfer der ausländerfeindlichen Politik der Bundesrepublik. Am 28. Mai 1982 verbrannte sich in Hamburg die 25jährige Türkin Semra Ertan aus Protest gegen den anwachsenden Rassismus. Die brasilianische Demokratin Maria Barcellos Lara ging am 1. Juni 1976 in Köln in den Freitod, weil sie den Folterknechten in ihrem Heimatland ausgeliefert werden sollte. Längst vor der Bonner „Wende“ waren ausländische Demokraten ihres Lebens in der Bundesrepublik nicht mehr sicher, wenn ein befreundetes Militärregime ihre Abschiebung begehrte.

Innenminister Zimmermann und Co. versuchen gegenwärtig, Zug um Zug ihre im Wahlkampf propagierten „Ausländer-raus“-Parolen in die Tat umzusetzen. Sie versuchen durch Rechtsbeugung und -verdrehung, das Grundrecht auf Asyl, ein politisches Erbe aus den Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes, in sein Gegenteil zu verkehren.

Sie versuchen mit schäbigen Rückkehrprämien, Menschen wie Warenströme über die Grenzen hinundherzuschieben. Sie wollen das Zuzugsalter für türkische Kinder auf sechs Jahre begrenzen: ein Hohn auf die frommen Sprüche der CDU-Familienpolitiker.

Die Ausländerbehörden kennen inzwischen keine Scham und keine Gesetze mehr, um unliebsame Gäste loszuwerden. Der ägyptische Staatsbürger Karam Khella, der seit 22 Jahren in der Bundesrepublik lebt, aktiv in der Solidaritäts- und Friedensbewegung arbeitet und an der Hamburger Universität Soziologie lehrt, wurde in der Hansestadt die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis verweigert. Seinem Landsmann Magdi Gohary, der seit über 20 Jahren in München wohnt, Vertrauensleuteworsitzender in einem Münchner Chemiegroßbetrieb ist und dem Bundesvorstand der Anti-Apartheid-Bewegung angehört, droht die Ausweisung.

In Westberlin sollen 470 palästinensische Flüchtlinge in



den Libanon abgeschoben werden. Im Ruhrgebiet wurden mehrere Male pakistanische Asylbewerber bei Nacht und Nebel von der Polizei abgeholt und in ein bereitstehendes Flugzeug nach Karatschi verfrachtet.

Kein Zweifel, die Bonner Wende-Manöver in der Ausländerpolitik sind gefährlich für den Fortbestand der Demokratie und des inneren Friedens. Die von Zimmermann in Angriff genommene Novellierung des Ausländerrechtes erfordert den entschlossenen Widerstand aller deutschen und ausländischen Demokraten.

Dafür, daß sich der Widerstand gegen die staatlich verordnete Ausländerfeindlichkeit auf breiter Basis entwickelt, gibt es gerade in diesen Tagen bemerkenswerte Anzeichen. Noch am Abend des Freitodes von Kemal Altun demonstrierten in vielen Städten Zehntausende spontan gegen die Ausländerpolitik der Zimmermannen. In Köln waren es am 10. September d.J. mehr als 25.000 deutsche und ausländische Bürger, die sich zu der bisher größten Demonstration für eine ausländerfreundliche Bundesrepublik vereinigt hatten. Den vielfältigen Aktionen des „Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnisses“ (DAAB) ist es zu danken, daß der Stimmenanteil der „Hamburger Liste für Ausländerbegrenzung“ auf unter 0,5% heruntergedrückt werden konnte.

Überall in der Bundesrepublik entstehen derzeit Freundschafts-, Nachbarschafts- und Bürgerinitiativen von ausländischen und deutschen Bürgern, die praktische Solidarität vor Ort üben wollen. In den Betrieben kämpfen deutsche und ausländische Arbeiter gemeinsam um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. In der Friedensbewegung wächst die Erkenntnis, daß der Frieden unten anfängt, in der solidarischen Zusammenarbeit von deutschen und ausländischen Friedensfreunden.

Es besteht die begründete Hoffnung, daß die Ausländerfeinde innerhalb und außerhalb der Regierung in die Schranken gewiesen werden können.

P. Schütt